

Landtag des Saarlandes

14. Wahlperiode



PI. 14/3
18.11.09

3. Sitzung

am 18. November 2009, 09:00 Uhr, im Gebäude des
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.02 Uhr
Ende: 15.41 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Ley (CDU)
Vorläufiger Schriftführer Theis (CDU)
Vorläufige Schriftführerin Rehlinger (SPD)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Jochem (FDP)
Zweite Schriftführerin Willger-Lambert (B 90/GRÜNE)
Dritte Schriftführerin Heib (CDU)

REGIERUNG:

Ministerpräsident und Minister der Justiz Müller (CDU)
Minister der Finanzen Jacoby (CDU)
Minister für Bundesangelegenheiten und Kultur - Chef der
Staatskanzlei Rauber (CDU)
Minister für Inneres und Europaangelegenheiten
Toscani (CDU)
Minister für Gesundheit und Verbraucherschutz
Weisweiler (FDP)
Minister für Bildung Kessler
Ministerin für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und
Sport Kramp-Karrenbauer (CDU)
Minister für Wirtschaft und Wissenschaft Dr. Hartmann
(FDP)
Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr Dr. Peter

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	19	Abg. Heib (CDU).....	25
Änderung der Tagesordnung	19	6. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Änderung der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (§ 12 Bildung der Ständigen Ausschüsse) (Drucksache 14/17)	25
1. Verpflichtung von Abgeordneten	19	Abstimmung, Annahme des Antrages	25
2. Zustimmung des Landtages zur Ernennung zweier Mitglieder der Landesregierung gemäß Artikel 87 Abs.1 Satz 2 der Verfassung des Saarlandes	19	7. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung der Mitgliederzahl der Ausschüsse gemäß Artikel 77 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes und § 37 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (Drucksache 14/16)	25
3. Vereidigung der neuen Mitglieder der Landesregierung gemäß Artikel 89 der Verfassung des Saarlandes	20	Abstimmung, Annahme des Antrages	25
Staatssekretär Kiefaber	20	Unterbrechung der Sitzung	26
Staatssekretär Schild	20	8. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 14/18 - neu)	26
4. Wahl der/des Ersten und Zweiten Vizepräsidentin/Vizepräsidenten gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes und § 33 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes	20	Abstimmung, Annahme des Antrages	26
Abg. Pauluhn (SPD).....	20	Abgabe einer Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten zum Thema: „Neue Wege für ein modernes Saarland. Den Fortschritt nachhaltig gestalten“	26
Abg. Ries (SPD).....	20	Ministerpräsident Müller	26
Abg. Hirschberger (FDP).....	21	Abg. Maas (SPD).....	40
Abg. Prof. Dr. Bierbaum (LINKE).....	21	Abg. Meiser (CDU).....	46
Abg. Schmitt (CDU).....	21	Abg. Lafontaine (LINKE).....	50
Abg. Kühn (FDP).....	22	Abg. Hirschberger (FDP).....	55
Abg. Pauluhn (SPD).....	22		
Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE).....	23		
Abg. Jochem (FDP).....	24		
5. Wahl der/des Ersten, Zweiten und Dritten Schriftführerin/Schriftführers gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes, § 33 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 11 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages	24		
Abg. Prof. Dr. Bierbaum (LINKE).....	24		
Abg. Schmitt (CDU).....	24		
Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE).....	24		
Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE).....	25		
Abg. Schmitt (CDU).....	25		

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE).....	57	Wegner, Riegelsberg, als Listennachfolger auf dem Kreiswahlvorschlag der CDU im Wahlkreis Saarbrücken in den Landtag des Saarlandes eintritt.
Minister Jacoby.....	61	
Minister Dr. Hartmann.....	61	Herr Bernd Wegner hat das Mandat angenommen. Erhebt sich gegen diese Feststellung der Landeswahlleitung Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.
Unterbrechung der Sitzung	64	
Abg. Prof. Dr. Bierbaum (LINKE).....	64	Des Weiteren hat der stellvertretende Landeswahlleiter mit Schreiben vom 13. November 2009 mitgeteilt, dass für den ausgeschiedenen Abgeordneten Georg Jungmann gemäß § 40 des Landtagswahlgesetzes Herr Edmund Kütten aus Perl als Listennachfolger auf dem Kreiswahlvorschlag der CDU im Wahlkreis Saarlouis in den Landtag des Saarlandes eintritt.
Abg. Schmitt (CDU).....	65	
Minister Kessler.....	67	
Abg. Commerçon (SPD).....	70	
Abg. Theis (CDU).....	72	Herr Edmund Kütten hat das Mandat angenommen. Erhebt sich gegen die Feststellung der Landeswahlleitung Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.
Abg. Hirschberger (FDP).....	73	Schließlich hat uns der stellvertretende Landeswahlleiter mit Schreiben vom 13. November 2009 mitgeteilt, dass für die ausgeschiedene Abgeordnete Gabby Schäfer gemäß § 40 des Landtagswahlgesetzes Herr Hans Gerhard Jene aus Merchweiler als Listennachfolger auf dem Kreiswahlvorschlag der CDU im Wahlkreis Neunkirchen in den Landtag des Saarlandes eintritt.

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 3. Landtagssitzung.

Ich habe den Landtag des Saarlandes zu seiner 3. Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen. Herr Ministerpräsident Peter Müller hat mit Schreiben vom 10. November 2009 mitgeteilt, dass er beabsichtige, in der heutigen Landtagssitzung eine Regierungserklärung mit dem Thema: „Neue Wege für ein modernes Saarland - den Fortschritt nachhaltig gestalten“ abzugeben.

Es wird vorgeschlagen, die Formalien - dies sind die Punkte 1 bis 8 der Tagesordnung - vor der Abgabe der Regierungserklärung zu behandeln. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Verpflichtung von Abgeordneten

Der stellvertretende Landeswahlleiter Andreas Bittner hat mit Schreiben vom 10. November 2009 mitgeteilt, dass für den ausgeschiedenen Abgeordneten Georg Weisweiler gemäß § 40 des Landtagswahlgesetzes Herr Christian Schmitt, Mandelbachtal, als Listennachfolger auf dem Kreiswahlvorschlag der FDP im Wahlkreis Neunkirchen in den Landtag des Saarlandes eintritt.

Herr Christian Schmitt hat das Mandat angenommen. Erhebt sich gegen die Feststellung der Landeswahlleitung Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Mit Schreiben vom 12. November 2009 hat der stellvertretende Landeswahlleiter mitgeteilt, dass für den ausgeschiedenen Abgeordneten Martin Karren gemäß § 40 des Landtagswahlgesetzes Herr Bernd

Schließlich hat uns der stellvertretende Landeswahlleiter mit Schreiben vom 13. November 2009 mitgeteilt, dass für die ausgeschiedene Abgeordnete Gabby Schäfer gemäß § 40 des Landtagswahlgesetzes Herr Hans Gerhard Jene aus Merchweiler als Listennachfolger auf dem Kreiswahlvorschlag der CDU im Wahlkreis Neunkirchen in den Landtag des Saarlandes eintritt.

Auch Herr Hans Gerhard Jene hat das Mandat angenommen. Erhebt sich gegen die Feststellung der Landeswahlleitung Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte die neuen Mitglieder des Landtages zu mir heraufzukommen, damit ich sie gemeinsam verpflichten kann. Die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer bitte ich, sich zur Verpflichtung der neuen Abgeordneten von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer erheben sich von ihren Plätzen.)

Nach Artikel 68 der Verfassung sind die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Liebe Kollegen, ich verpflichte Sie hiermit auf die gewissenhafte Ausübung der sich aus Ihrem Mandat ergebenden Pflichten. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Zustimmung des Landtages zur Ernennung zweier Mitglieder der Landesregierung gemäß Artikel 87 Abs.1 Satz 2 der Verfassung des Saarlandes

(Präsident Ley)

Mit Schreiben vom 11. November 2009 hat Herr Ministerpräsident Peter Müller mitgeteilt, dass er beabsichtige, die Herren Staatssekretäre Joachim Kiefaber und Wolfgang Schild zu weiteren Mitgliedern der Landesregierung zu ernennen.

Artikel 87 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes bestimmt, dass der Ministerpräsident die Minister und die weiteren Mitglieder der Landesregierung mit Zustimmung des Landtages ernennt.

Wer für die von Herrn Ministerpräsidenten Peter Müller vorgesehene Ernennung der Herren Staatssekretäre Joachim Kiefaber und Wolfgang Schild ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme?

Ich stelle fest, dass der Landtag den von Herrn Ministerpräsidenten Peter Müller vorgesehenen Ernennungen von weiteren Mitgliedern der Landesregierung mit Stimmenmehrheit zugestimmt hat.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vereidigung der neuen Mitglieder der Landesregierung gemäß Artikel 89 der Verfassung des Saarlandes

Die neuen Mitglieder der Landesregierung bitte ich zu mir heraufzukommen, damit ich sie vereidigen kann. Nach Artikel 89 der Verfassung leisten die Mitglieder der Landesregierung beim Amtsantritt den Amtseid. Ich bitte die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer, sich zur Vereidigung von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich spreche Ihnen die Eidesformel einmal vor: Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Dieser Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. Ich bitte Sie, nacheinander die linke Hand auf die Verfassung des Saarlandes zu legen und die Eidesformel zu wiederholen. Ich danke Ihnen.

Staatssekretär Kiefaber:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Ley:

Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

Staatssekretär Schild:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Ley:

Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Wahl der/des Ersten und Zweiten Vizepräsidentin/Vizepräsidenten gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes und § 33 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes

Ich bitte um Vorschläge für die Wahl der Ersten Vizepräsidentin/des Ersten Vizepräsidenten. - Bitte schön, Herr Kollege Stefan Pauluhn.

Abg. Pauluhn (SPD):

Die SPD-Landtagsfraktion schlägt Isolde Ries für dieses Amt vor.

Präsident Ley:

Zur Wahl ist Frau Abgeordnete Isolde Ries vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge oder wird zu dem Vorschlag das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zur Wahl. Erhebt sich gegen die Wahl durch Handaufheben Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich fragen: Wer für die Wahl von Frau Abgeordneter Isolde Ries zur Ersten Vizepräsidentin ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Frau Abgeordnete Isolde Ries einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, zur Ersten Vizepräsidentin gewählt ist.

Frau Abgeordnete Isolde Ries, nehmen Sie die Wahl zur Ersten Vizepräsidentin an?

Abg. Ries (SPD):

Ich bedanke mich und nehme die Wahl an.

Präsident Ley:

Ich spreche Ihnen im Namen aller herzliche Glückwünsche aus.

(Beifall des Hauses.)

(Präsident Ley)

Ich bitte dann um Vorschläge für die Wahl der Zweiten Vizepräsidentin/des Zweiten Vizepräsidenten. - Herr Kollege Horst Hinschberger.

Abg. Hinschberger (FDP):

Für die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP schlage ich Ihnen den Abgeordneten Karl-Josef Jochem vor.

Präsident Ley:

Danke schön. Des Weiteren hat sich zu Wort gemeldet Herr Professor Dr. Bierbaum.

Abg. Prof. Dr. Bierbaum (LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich schlage den Kollegen Rolf Linsler vor. Ich möchte dies auch kurz begründen. Ich glaube, es entspricht gängiger demokratischer Tradition, dass im Präsidium die Stärke der Fraktionen mit berücksichtigt wird. Die LINKE ist mit klarem Abstand die drittstärkste Fraktion. Es ist demokratische Tradition, demokratische Regelung, dass dieser Aspekt auch bei der Wahl des Zweiten Vizepräsidenten eine Rolle spielt. Wir beanspruchen die Position des Zweiten Vizepräsidenten für unsere Fraktion.

Wir haben Hans Ley von der CDU als Präsident und gerade eben Isolde Ries von der SPD als Erste Vizepräsidentin ohne jeglichen Vorbehalt mit gewählt. Wir erwarten nun das Gleiche im Hinblick auf unseren Vorschlag Rolf Linsler bei der Wahl des Zweiten Vizepräsidenten. Eine Ausgrenzung der LINKEN würde das politische Klima in diesem Landtag erheblich belasten. Ich bitte, dies bei der Abstimmung zu bedenken. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Präsident Ley:

Zu diesen Vorschlägen hat sich zunächst Herr Thomas Schmitt zu Wort gemeldet.

Abg. Schmitt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der saarländischen Verfassung und im Landtagsgesetz eine Regelung, wonach das Parlament den Präsidenten, die Vizepräsidenten und die übrigen Mitglieder des Präsidiums unter Berücksichtigung der verschiedenen Fraktionen wählt. Eine weitere Regelung ist in diesem Gesetz und in der Verfassung nicht vorgesehen. Darüber hinaus gibt es im saarländischen Landtag - -

(Zuruf von der SPD.)

Lassen Sie mich doch erst mal ausreden und hören Sie zunächst einfach mal zu.

(Weitere Zurufe von den Oppositionsfraktionen.)

Ich sage Ihnen gleich, wie es früher war. Wenn Sie mir zuhören, erfahren Sie, wie es früher war. - Ferner gibt es im saarländischen Landtag und überhaupt in deutschen Parlamenten, aber auch international verbreitet die ungeschriebene Regel, dass die stärkste Fraktion den Parlamentspräsidenten stellt. Darüber hinaus gilt lediglich, dass die verschiedenen Fraktionen berücksichtigt werden, und die Regel, dass sich im Präsidium die Mehrheitsverhältnisse im Parlament auch abbilden. Eine darüber hinausgehende Regelung, auch eine ungeschriebene, gibt es nicht, und erst recht keine, die immer Bestand gehabt hätte.

Es hat auch im Deutschen Bundestag schon Kampf-Abstimmungen um Vizepräsidenten gegeben, so etwa 1994 um eine Kandidatin der GRÜNEN, die gegen einen Kandidaten der SPD gewonnen hat. 1998 hat sich dann ein Kandidat der LINKEN gegen einen Kandidaten der CDU/CSU-Fraktion durchgesetzt. Ungeschriebene allgemein gültige Regeln hat es offensichtlich bei den Vizepräsidentenwahlen nie gegeben.

Auch in den Ländern gibt es ganz unterschiedliche Traditionen. So haben wir zum Beispiel den sächsischen Landtag, wo die SPD stärker ist als die FDP und die FDP dennoch den Vizepräsidenten stellt. Auch im saarländischen Landtag gibt es keine ungebrochene Tradition, wonach die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke berücksichtigt würden. Diese Regel mag von 1960 bis 1985 bestanden haben. Da galt es tatsächlich, dass die Fraktionen ihrer Reihenfolge nach berücksichtigt wurden. Aber im Jahr 1985 wurde mit dieser Regel gebrochen und der Zweite Vizepräsident von der SPD besetzt, und erst danach wurde die FDP berücksichtigt. 1990 stand dann erstmalig die SPD-Mehrheit der drittstärksten Fraktion überhaupt keinen Vizepräsidenten mehr zu, das war bis dahin ein Novum.

Es gibt auch keine Regel, dass die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke nach d'Hondt berücksichtigt würden. Nach d'Hondt hätte im Jahr 1980 ohne Zweifel der SPD der Zweite Vizepräsident zugestanden und erst dann die FDP berücksichtigt werden müssen. 1975 hätte die Reihenfolge gelautet: SPD, CDU, SPD, tatsächlich war sie SPD, FDP, CDU.

(Zurufe von der SPD.)

Immer wieder hat es Unterbrechungen von Regelungen und unterschiedliche Verhältnisse gegeben. Sie können sich nicht auf eine ungebrochene Tradition in diesem Hause berufen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Es gibt nur eine einzige ungebrochene Regel, dass nämlich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament sich auch bei den Vizepräsidenten widerspiegeln müssen. Immer in der Tradition dieses Hauses haben

(Abg. Schmitt (CDU))

sowohl Regierungs- wie Oppositionsfraktionen mindestens eine Vizepräsidentenstelle besetzt. Manchmal hat man dies sichergestellt, indem man eine dritte Vizepräsidentenstelle geschaffen hat. Auch in der Tradition dieses Hauses, auch in der jetzigen Lage hätte man über einen Dritten Vizepräsidenten nachdenken können.

(Zurufe von den Oppositionsfraktionen.)

Das wäre gar nicht ungewöhnlich gewesen, denn in diesem Hause hat es das schön öfters gegeben. Aber insbesondere die Linkspartei hat, um billigen Beifall zu suchen, gefordert, dass es auf gar keinen Fall und nie mehr als zwei Vizepräsidenten in diesem Hause geben dürfe.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Lachen bei der LINKEN.)

Von daher sind diese Überlegungen, bevor sie ernsthaft zur Aussprache kommen konnten, von vornherein zunichte gemacht worden. Deswegen wird es in diesem Hause auch keine Änderung des Landtagsgesetzes geben und es wird bei zwei Vizepräsidenten bleiben.

Wenn Sie der Meinung sind, es solle nur zwei Vizepräsidenten geben - es hat bisher immer die Regel gegeben, dass sowohl Oppositions- wie Regierungsfractionen sich bei den Vizepräsidenten widerspiegeln -, dann sollten wir dies auch künftig so beibehalten. Wir sind der Meinung, es soll bei zwei Vizepräsidenten bleiben, einem von den Regierungsfractionen und einem von den Oppositionsfractionen. Frau Isolde Ries ist gewählt worden auf Vorschlag der SPD-Fraktion. Wir als CDU-Fraktion unterstützen den Vorschlag der FDP-Fraktion, Herrn Karl-Josef Jochem zu wählen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Christoph Kühn.

Abg. Kühn (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann die Aufregung der Opposition nicht nachvollziehen. Sie berufen sich auf die Tradition. Es entspricht jedoch nicht der parlamentarischen Tradition, wenn in diesen Tagen die LINKE aus welchen Gründen auch immer Anspruch auf das Amt des Zweiten Vizepräsidenten anmeldet.

(Lachen bei der LINKEN.)

In der letzten Legislaturperiode hat die drittstärkste Kraft ebenfalls keinen Vizepräsidenten gestellt, ebenso wie in Zeiten der SPD-Alleinregierung; Sie müssten das noch wissen, Herr Maas. Erinnern Sie sich an den 06. Oktober 2004! Sie waren anwesend - gleicher Anlass, gleicher Tagesordnungspunkt, der

Landtag entscheidet über die Vizepräsidenten. Mit den Stimmen der SPD wird Folgendes beschlossen. Die Oppositionsparteien stellen den Ersten, die Regierungspartei den Zweiten Landtagsvizepräsidenten. Das ist die Sachlage, nicht mehr und nicht weniger, meine Damen und Herren.

In Anbetracht dessen ist es das Recht der Regierungsfractionen, aus ihren Reihen auch in dieser Legislaturperiode den Zweiten Landtagsvizepräsidenten zu stellen. CDU, FDP und GRÜNE haben sich für dieses Amt auf Karl-Josef Jochem verständigt. Wenn wir das, was in den letzten Tagen in den Medien und heute auch wieder von der Opposition in diesem Haus geäußert wurde, abschließend bewerten, kann man nur zu dem Schluss kommen: Die Empörung der Opposition ist nichts weiter als der untaugliche Versuch, die Regierung in Misskredit zu bringen. Das können wir getrost unter der Rubrik „Doppelte Moral und Populismus“ einordnen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie deshalb, den Kandidaten der Regierungsparteien, Karl-Josef Jochem, zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Stefan Pauluhn.

Abg. Pauluhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will gerne an das Stichwort des Kollegen Kühn von der „doppelten Moral“ anknüpfen und noch einmal darauf hinweisen, wie es denn überhaupt zu dieser Auseinandersetzung gekommen ist. Wie war denn das? Nach der Konstituierung dieses Hauses hat der Landtagspräsident die Fraktionsvorsitzenden nacheinander zu Gesprächen gebeten und ihnen eine Vorlage an die Hand gegeben, wonach es drei Modelle der möglichen Wahl der Vizepräsidenten geben könnte, so der Vorschlag des Landtagspräsidenten.

Modell eins. Es bleibt bei zwei Vizepräsidenten. Ich darf daran erinnern, dass der Präsident dieses Hauses einvernehmlich und einstimmig gewählt und dabei auch eine parlamentarische Tradition akzeptiert wurde, wonach die stärkste Fraktion den Landtagspräsidenten stellt. Wo, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kollege Schmitt, ist denn das in diesem Hause festgeschrieben?

(Beifall bei den Oppositionsfractionen.)

Kollege Schmitt, wo steht festgeschrieben, dass es zwei Vizepräsidenten gibt? Dabei stellt dann natürlich die stärkste Fraktion die Erste Vizepräsidentin und die zweitstärkste Fraktion die Zweite Vizepräsidentin. Ein zweites Beispiel hat man hier ausge-

(Abg. Pauluhn (SPD))

macht. Man konnte sich ebenfalls vorstellen, drei Vizepräsidenten zu wählen, damit man auch die FDP mit einem Vizepräsidenten versorgen kann. Es gab sogar eine weitere Option, nämlich die, dass man sich vier Vizepräsidenten vorgestellt hat, um dann auch noch die Grünen zu versorgen.

(Anhaltendes lautes Sprechen bei den Oppositionsfraktionen.)

Ich will sagen: Diese unsägliche Debatte um dieses unmögliche Postengeschacher,

(Zuruf: Bravo. - Beifall von den Oppositionsfraktionen)

in dem Jamaika letztendlich gescheitert ist, führen Sie jetzt als Legitimation an, um von dem vom Präsidenten vorgeschlagenen Weg abzuweichen. Das ist wirklich ein unsäglicher Start in eine neue Legislaturperiode, was es so, mit so viel Ärger in diesem Hause, noch nicht gegeben hat.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Claudia Willger-Lambert.

(Unruhe und Sprechen.)

Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass diese Diskussion eigentlich recht unwürdig ist.

(Lautes Sprechen bei den Oppositionsfraktionen.)

Vor allen Dingen finde ich es äußerst unwürdig, in welcher Art und Weise hier die LINKE für sich Versorgungsregelungen anmahnt,

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Lautes Lachen bei den Oppositionsfraktionen. - Zuruf: Das sagt genau die richtige)

obwohl Sie eben versucht haben, diesen Vorwurf der Koalition um die Ohren zu hauen. Es geht uns hier gerade nicht um Postengeschacher. Es geht uns auch nicht um Dienstwagen. Es geht uns insbesondere auch nicht darum, in welcher Art und Weise hier welche Leute versorgt werden, sondern geht darum,

(Sprechen bei den Oppositionsfraktionen)

wie ein Präsidium besetzt wird, das ganz bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat. Es ist nämlich auch Dienstleister des Landtages insgesamt. Ich bin eigentlich recht froh, dass wir GRÜNE in den zurückliegenden Jahren, in denen sich die SPD und die CDU die „Marie“ immer schön geteilt haben, nicht so ein Geschrei angestimmt haben, wie es jetzt vonsei-

ten der LINKEN gekommen ist und in welcher Art und Weise jetzt gemacht wird.

(Lautes Sprechen, Lachen und Zurufe von den Oppositionsfraktionen. - Zuruf: Geschichtsklitterung.)

Ich kann nur für mich sagen: Ich brauche keinen Dienstwagen und bin trotzdem gerne bereit, hier in diesem Parlament entsprechend mitzuarbeiten. Rolf Linsler braucht offensichtlich einen Dienstwagen, obwohl er als Alterspräsident ja eh schon eine besondere Aufgabe im Rahmen dieses Parlamentes wahrnimmt und nach der Geschäftsordnung des Landtages in dem Fall, dass Präsident und Vizepräsidenten verhindert sind, den Landtag repräsentiert. Warum also das Beharren auf dieser Stelle? Geht es doch um einen Dienstwagen? Ich denke, wir sollten mit dieser Frage abschließen.

(Anhaltendes Sprechen bei den Oppositionsfraktionen.)

Das Präsidium betreibt in einer vielfältigen Art und Weise die Kunst des Spagats zwischen einer unparteiischen Amtsführung auf der einen Seite und einer gewissen parteipolitischen Arbeit auf der anderen Seite. Ich habe in der letzten Legislaturperiode durchaus erleben können, dass Regeln unterschiedlich interpretiert wurden. Wir lassen uns bestimmte Absprachen über Debattenverläufe nicht kaputt machen.

(Abg. Pauluhn (SPD): Aha. - Lautes Sprechen und mehrere Zurufe von den Oppositionsfraktionen.)

Diese Absprachen sind wichtig und richtig in der Koalition. Ich glaube auch nicht, dass der Kandidat der LINKEN bereit ist, in Ansätzen eine wirklich unparteiische Amtsführung wahrzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Sprechen bei den Oppositionsfraktionen.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Wahl über die beiden Vorschläge. Nach § 67 des Gesetzes über den Landtag kann die Wahl durch Handaufheben erfolgen, wenn kein Abgeordneter widerspricht. Erhebt sich gegen die Wahl durch Handaufheben Widerspruch? - Das ist der Fall. Dann muss schriftlich gewählt werden.

Wahlzettel und Umschläge sind vorbereitet und werden Ihnen am Eingang zu Zimmer 30 - das ist von Ihnen aus gesehen vorne rechts - ausgehändigt. Gültig sind nur die Wahlzettel, auf denen die Stimmabgabe im Kreis durch ein Kreuz eindeutig gekennzeichnet wird. Den Umschlag mit dem Wahlzettel - einmal gefaltet, wenn es geht - bitte ich, in die Wahlurne einzuwerfen.

(Präsident Ley)

Ich schlage vor, die bereits in der letzten Sitzung bestimmten Schriftführer - das sind die beiden jüngsten Mitglieder der beiden größten Fraktionen - wiederum zu vorläufigen Schriftführern zu bestimmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren. Ich bitte die Schriftführer Roland Theis und Anke Rehlinger, am Präsidiumstisch Platz zu nehmen und die Namen der Abgeordneten zur Stimmabgabe aufzurufen.

(Die vorläufigen Schriftführer rufen die Namen der Abgeordneten auf.)

Präsident Ley:

Ich darf fragen: Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte dann die beiden Schriftführer, die Stimmen auszu zählen.

(Die vorläufigen Schriftführer zählen die Stimmen aus.)

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Es wurden 51 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Herrn Abgeordneten Karl-Josef Jochem 27 Ja-Stimmen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Auf Herrn Abgeordneten Rolf Linsler entfielen 24 Ja-Stimmen. Ich stelle fest, dass Herr Abgeordneter Karl-Josef Jochem mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen zum Zweiten Vizepräsidenten gewählt ist. Ich frage Herrn Abgeordneten Karl-Josef Jochem: Nehmen Sie die Wahl zum Zweiten Vizepräsidenten an?

Abg. Jochem (FDP):

Ich nehme die Wahl an. Ich bedanke mich für das Vertrauen und werde mich bemühen, das Amt zum Wohle des Parlamentes auszuüben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Ich spreche Ihnen im Namen des Hauses herzliche Glückwünsche aus.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Wahl der/des Ersten, Zweiten und Dritten Schriftführerin/Schriftführers gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes, § 33 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 11 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages

Wir kommen dann zur Wahl der/des Ersten Schriftführers/Schriftführerin. Ich bitte um Vorschläge. - Herr Professor Dr. Bierbaum.

Abg. Prof. Dr. Bierbaum (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Wir beantragen, dass die Wahl des Ersten Schriftführers beziehungsweise der Ersten Schriftführerin ausgesetzt wird, und zwar vor dem Hintergrund, dass wir nicht akzeptieren werden, was in Zusammenhang mit der Wahl des Zweiten Vizepräsidenten geschehen ist. Wir halten dies für einen Verstoß gegen die saarländische Verfassung. Wir werden deswegen das Verfassungsgericht anrufen. Wir bitten daher, diesen Punkt auszusetzen, bis eine gerichtliche Entscheidung vorliegt.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Ley:

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Kollege Thomas Schmitt.

Abg. Schmitt (CDU):

Wenn der Antrag so gestellt ist, wird die CDU-Fraktion ihm zustimmen, obwohl es meiner Ansicht nach ein Manöver ist, um vor dem Verfassungsgericht bessere Chancen zu haben. Wenn die LINKE heute einen Schriftführer stellen will, sind wir bereit, ihren Vorschlag mitzutragen, auch zu jedem späteren Zeitpunkt. Wir sind jedoch auch bereit, dem gestellten Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer dafür ist, dass wir wie von Herrn Professor Bierbaum vorgeschlagen die Wahl des Ersten Schriftführers aussetzen, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann wird so verfahren.

Wir kommen zur Wahl der Zweiten Schriftführerin oder des Zweiten Schriftführers. Ich darf um Vorschläge bitten. - Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich bitte.

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):

Ich darf im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Claudia Willger-Lambert für die Position der Zweiten Schriftführerin vorschlagen.

(Zuruf von der LINKEN: Ostermann!)

Präsident Ley:

Ergeben sich Bedenken gegen die Wahl durch Handaufheben? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich darüber abstimmen lassen. Wer für die Wahl von Frau Claudia Willger-Lambert zur Zweiten Schriftführerin ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich

(Präsident Ley)

kann feststellen, dass Frau Claudia Willger-Lambert einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, zur Zweiten Schriftführerin gewählt ist. Ich darf Frau Claudia Willger-Lambert fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE):

Ja. Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Beifall.)

Präsident Ley:

Herzlichen Glückwunsch. - Wir kommen dann zur Wahl des Dritten Schriftführers oder der Dritten Schriftführerin. Ich bitte um Vorschläge. - Kollege Thomas Schmitt.

Abg. Schmitt (CDU):

Für die CDU-Fraktion schlage ich die Kollegin Dagmar Heib zur Wahl vor.

Präsident Ley:

Es ist Frau Abgeordnete Dagmar Heib vorgeschlagen. Ergeben sich Bedenken gegen die Wahl durch Handaufheben? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich fragen, wer für den Vorschlag ist, Frau Abgeordnete Dagmar Heib zur Dritten Schriftführerin zu wählen, und darum bitten, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich kann feststellen, dass Frau Abgeordnete Dagmar Heib einstimmig gewählt ist. Ich darf Frau Dagmar Heib fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

Abg. Heib (CDU):

Ich nehme die Wahl an. Vielen Dank für das Vertrauen.

Präsident Ley:

Ich gratuliere Ihnen herzlich.

(Beifall.)

Ich darf Frau Claudia Willger-Lambert und Frau Dagmar Heib bitten, hier vorne am Präsidium Platz zu nehmen. Gleichzeitig möchte ich den Abgeordneten, die als vorläufige Schriftführer in der ersten, zweiten und dritten Sitzung mitgeholfen haben, das Parlamentsgeschehen zu organisieren, ein herzliches Dankeschön sagen. Es waren dies Roland Theis, Tobias Hans und natürlich auch Anke Rehlinger.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Änderung der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (§ 12 Bildung der Ständigen Ausschüsse) (Drucksache 14/17)

Zur Begründung verweise ich auf die Drucksache 14/17, die Sie auf Ihren Plätzen vorfinden, wonach die vorgeschlagene Neuordnung der Ausschüsse den Geschäftsbereichen der Landesregierung angepasst wird. Ich darf fragen, ob es Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 14/17 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/17 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung der Mitgliederzahl der Ausschüsse gemäß Artikel 77 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes und § 37 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (Drucksache 14/16)

Den Antrag 14/16 finden Sie auf Ihren Plätzen vor. Es geht neben der Festlegung der Mitgliederzahlen in den Ausschüssen auch um die Aufteilung der Mitglieder der Ausschüsse auf die fünf Fraktionen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer für die Annahme des Antrages Drucksache 14/16 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern -

(Sprechen und Zurufe.)

Ich höre gerade, dass es einen krankheitsbedingten Notfall gibt. Ich unterbreche die Sitzung für zwanzig

(Präsident Ley)

Minuten. - Darf ich fragen, ob es einen Arzt im Saal gibt? - Der Notarzt wurde bereits verständigt.

Ich unterbreche dann für zwanzig Minuten.

(Die Sitzung wird von 09.53 Uhr bis 10.05 Uhr unterbrochen.)

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten Platz zu nehmen. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Zur Erläuterung gegenüber der Öffentlichkeit: Ein Kameramann war zusammengebrochen und es war uns wichtig, sofort die notärztliche Versorgung sicherzustellen. Wir danken den Notärzten auch, dass sie so schnell vor Ort waren, und wünschen natürlich dem Kameramann alles erdenklich Gute.

(Beifall.)

Ich rufe dann Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 14/18 - neu)

Diesen Antrag finden Sie als Drucksache 14/18 - neu - auf Ihren Plätzen vor. Hierzu ist anzumerken, dass es bis auf die letzte Minute Änderungen gegeben hat, was die Zugehörigkeit einzelner Personen zu den Ausschüssen betrifft. Deshalb auch die neue Vorlage. Ein Wunsch konnte leider nicht mehr eingearbeitet werden; ich möchte ihn deshalb mündlich vortragen. Für den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz würde es noch einen Wechsel in der Fraktion der LINKEN geben. Heike Kugler würde anstelle von Astrid Schramm dem Ausschuss angehören. Gibt es zu diesem Vorschlag beziehungsweise der Drucksache Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 14/18 - neu - unter Berücksichtigung der eben erwähnten personellen Veränderung ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag einstimmig angenommen ist.

Wir wären dann am Ende des Bereiches Wahlen und Formalien angelangt und kommen zur Regierungserklärung:

„Neue Wege für ein modernes Saarland. Den Fortschritt nachhaltig gestalten“

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Peter Müller das Wort.

Ministerpräsident Müller:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Landtagswahl dieses Jahres haben die Wählerinnen und Wähler die politischen Kräfte im Saarland neu geordnet. Erstmals seit 1955 sind wieder fünf Parteien im saarländischen Landtag vertreten. Erstmals seit 25 Jahren, in denen es absolute Mehrheiten gab, stehen die Fraktionen vor der Aufgabe, eine Regierungskoalition zu bilden und die Politik des Landes parteiübergreifend zu gestalten. Damit ist eine bundesweite Entwicklung auch im Saarland angekommen: Das Parteienspektrum wird breiter, die überkommenen Raster der politischen Farbenlehre stimmen nicht mehr. Die Notwendigkeit der Bildung regierungsfähiger Koalitionen setzt die Überwindung der traditionellen Muster des politischen Lagerdenkens voraus.

Letztlich ist dies auch das Ergebnis eines grundlegenden Wandlungsprozesses in unserer Gesellschaft. Die traditionelle Einteilung in ein linkes und ein bürgerliches, in ein progressives und ein konservatives Lager spiegelt die politische Wirklichkeit in unserem Land nicht mehr wider. Viele Grundsatzpositionen und Kontroversen von einst haben sich überlebt. So geht es heute nicht mehr um den vermeintlichen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie. Stattdessen wissen wir, dass eine Ökonomie, die den Menschen dienen soll, nur eine ökologische und soziale Marktwirtschaft sein kann, die den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, ökonomische Effizienz und soziale Sensibilität miteinander verbindet. Die saarländische Politik exakt in diesem Sinne zu gestalten, ist das Ziel der neuen Regierungskoalition von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dies ist ein anspruchsvolles Ziel. Wir sind entschlossen, dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mit der Wahl des Ministerpräsidenten und der Bestätigung der neuen Landesregierung wurde ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes aufgeschlagen. Zugleich stellt dies eine Zäsur in der bundesdeutschen Parteiengeschichte dar. Erstmals wird eine Landesregierung von einer Koalition aus CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragen. Eine derartige Konstellation gab es noch in keinem Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb wird die Arbeit dieser Koalition weit über die Grenzen unseres Landes hinaus besondere Aufmerksamkeit erfahren.

Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, christdemokratische, liberale und grüne Überzeugungen zu einem Projekt der ökonomischen, ökologischen und sozialen Modernisierung zusammenzu-

(Ministerpräsident Müller)

führen. Wir wollen eine neue Gemeinsamkeit wagen und diese Koalition zu einem Erfolgsmodell machen. Unser Bündnis ist auf die Dauer der gesamten Legislaturperiode angelegt. Wir haben uns auf einen Koalitionsvertrag verständigt, der geprägt ist durch den Respekt vor den grundlegenden Wertvorstellungen des jeweils anderen Partners und der einen detaillierten und ambitionierten Fahrplan zur Gestaltung der Politik in den kommenden Jahren darstellt.

Auf dieser Grundlage wollen wir den Strukturwandel in unserem Land weiter voranbringen, dem Erfordernis der Nachhaltigkeit Rechnung tragen und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Ein wirtschaftlich starkes, ökologisch vorbildliches und sozial gerechtes Saarland - das ist unser Ziel. Daran werden wir mit aller Kraft arbeiten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dabei wissen wir um die großen Herausforderungen, denen sich die Politik nicht nur in unserem Lande gegenübersteht. Wir leben in einer schwierigen Zeit mit krisenhaften Entwicklungen, die unterschiedliches Handeln erfordert. Die vor uns liegenden Jahre werden nicht leicht, es liegt eine schwere Zeit vor uns. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, der Klimawandel, die demografische Entwicklung, die Bildungsfragen - all dies sind Aufgaben, deren Bewältigung für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist. Deshalb ist die neue saarländische Landesregierung fest entschlossen, sich diesen Herausforderungen zu stellen und auf der Basis neuer Bündnisse und Gemeinsamkeiten Lösungswege zu beschreiten.

Dies gilt zunächst für die Wirtschaftskrise, die keineswegs überwunden ist. Im Gegenteil, wir haben allenfalls die Talsohle erreicht. Ungeachtet erster positiver Wachstumsprognosen steht im kommenden Jahr sicherlich erst der Beginn des Wiederaufschwungs an. Viele Auswirkungen der Krise werden erst in den nächsten Wochen und Monaten ihre volle Wirksamkeit entfalten.

Insbesondere am Arbeitsmarkt ist von einer deutlichen Verschärfung der Situation auszugehen. Bisher ist es zwar vor allem durch den Einsatz von Kurzarbeit gelungen, die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt abzufedern. So waren im Juni 2009 rund 27.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Saar auf Kurzarbeit angewiesen. Die Arbeitslosenzahl ist sogar gesunken. Das Saarland liegt damit bei der Arbeitslosenquote, bezogen auf alle abhängigen Erwerbspersonen, im Vergleich der Bundesländer auf Platz 5.

Da unser Land aber gemeinsam mit Baden-Württemberg den höchsten Anteil an Arbeitsplätzen hat, der ausschließlich exportabhängig ist, und die Möglichkeit des Rückgriffs auf Kurzarbeit bei einzelnen Unternehmen ausläuft, besteht in der vor uns liegen-

den Zeit die konkrete Gefahr, dass die Arbeitslosenzahl auch in unserem Land beträchtlich und überdurchschnittlich ansteigt. Wir werden daher alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einsetzen, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit auf das unvermeidbare Mindestmaß zu begrenzen. Die Entwicklung des saarländischen Arbeitsmarktes war in den letzten Wochen und Monaten nicht so schlimm wie zu befürchten. Wir werden dafür sorgen, dass dies auch in der Zukunft so bleibt. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Daneben wird die Wirtschafts- und Finanzkrise erhebliche Rückwirkungen auf die Haushaltssituation unseres Landes haben. Infolge dieser Krise stehen Bund, Länder und Gemeinden vor den größten Steuermindereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beliefen sich die gesamtgesellschaftlichen Steuereinnahmen 2008 noch auf rund 560 Milliarden Euro, ist für das Jahr 2009 nach der neuesten Steuerschätzung lediglich noch mit Einnahmen von 524 Milliarden Euro zu rechnen. Für das nächste Jahr wird eine weitere Abnahme auf 511 Milliarden Euro erwartet. Allein dies bedeutet für das Saarland ein Einnahmeminus von mehr als 200 Millionen Euro pro Jahr. Daneben wird die Haushaltssituation durch die notwendigen Ausgaben im Rahmen der Konjunkturpakete und die Inanspruchnahme staatlicher Bürgschaften und Liquiditätshilfen in einem gegenwärtig nicht abschließend bezifferbaren Umfang belastet. Berücksichtigt man ergänzend die Belastungen durch beschlossene oder angekündigte Maßnahmen des Bundes, zeigt sich die insgesamt dramatische Lage der öffentlichen Haushalte. Die neue Landesregierung ist bereit, ihren Beitrag zur Überwindung dieser Situation durch eine weiterhin restriktive Haushaltspolitik zu leisten. Angesichts der besonderen Betroffenheit als Haushaltsnotlage land fordern wir aber auch die Solidarität der bündischen Gemeinschaft ein. Nur auf dieser Grundlage wird es auch für unser Land möglich sein, den Marsch in den Schuldenstaat zu stoppen. Dazu gibt es keine Alternative. Das ist unser Ziel. Dies sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig. Wir wollen ihnen keine übermäßigen Schuldenberge hinterlassen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Auch und gerade mit Blick auf nachfolgende Generationen wollen wir uns der Herausforderung des Klimawandels stellen. Die Erderwärmung schreitet voran. Die vergangenen zehn Jahre waren die wärmsten, seit Temperaturen gemessen werden. Es droht ein weiterer Temperaturanstieg in diesem Jahrhundert um bis zu 6 Grad mit verheerenden Konsequenzen für Umwelt und Natur. Soll, wie es der Klimaforscher Professor Schellnhuber ausgedrückt hat, das Unbeherrschbare vermieden werden und das Unver-

(Ministerpräsident Müller)

meidbare beherrschbar bleiben, so ist eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf zwei Grad notwendig. Dies setzt voraus, dass die weltweiten Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 mindestens halbiert werden. Nach dem Grundsatz - Global denken, lokal handeln - wollen wir hierzu unseren Beitrag leisten. Ziel der neuen Landesregierung ist es, auch auf lokaler Ebene den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Saar zu sichern. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Beachtung des Prinzips der Nachhaltigkeit sind zwingende Voraussetzungen für eine gute Zukunft unseres Landes. Deshalb wird die Landesregierung ihr Handeln konsequent an der Beachtung dieser Ziele ausrichten.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Der demografische Wandel stellt eine weitere zentrale Herausforderung für unser Land dar. Das Saarland ist von dieser Entwicklung überproportional betroffen. So wird erwartet, dass die Bevölkerungszahl in unserem Land bis zum Jahr 2030 um mehr als 120.000 Menschen zurückgeht. Diese Zahl ist größer als die Gesamtinwohnerzahl des Landkreises Merzig-Wadern. Auch wenn unser Land dann immer noch zu den dicht besiedelten Regionen in Europa zählt, werden sich insbesondere gravierende Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung ergeben. Auch dieser Herausforderung werden wir uns stellen. Wir wollen das Saarland demografiefester machen. Dazu zählen Initiativen, die das solidarische Zusammenleben über Generationengrenzen hinweg stärken, ebenso wie Maßnahmen zur Erhaltung der Lebendigkeit unserer Dörfer, Ortskerne und ländlichen Räume. Dazu zählen aber auch verstärkte Bemühungen um die dauerhafte und erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten und vor allem die Weiterentwicklung von Strukturen, die die Entscheidung für Kinder erleichtern. Der demografische Wandel ist nicht - wie bisweilen behauptet - Katastrophe, sondern er ist eine Gestaltungsaufgabe, die um so leichter zu bewältigen ist, je schneller und entschiedener sie angepackt wird. Unser Ziel ist ein lebendiges Saarland mit steigenden Geburtenzahlen und einer hohen Solidarität zwischen jungen und alten Menschen. Auch dafür werden wir mit all unserer Kraft kämpfen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Schließlich wird die saarländische Landesregierung dem Thema Bildung eine besondere Bedeutung beimessen. Bildung ist das Megathema der Zukunft, formulierte bereits der frühere Bundespräsident Roman Herzog. Eine gute Bildung ist die entscheidende Voraussetzung für die individuelle Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen wie auch für die Zukunftsperspektive unseres Landes. Wir wollen die

nach wie vor in der Bundesrepublik bestehende enge Kopplung zwischen Bildungschancen an die soziale Herkunft überwinden. Unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, gleiche und gerechte Chancen zu eröffnen. Jeder soll nach seinen Fähigkeiten und Talenten gefördert werden. Keiner soll vergessen werden. Das Saarland soll ein Land unbegrenzter Bildungs- und Aufstiegschancen sein. Denn wir wissen: Der Wirtschaftsstandort Saarland benötigt bestmöglich qualifizierte Menschen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Wir sagen aber auch: Wir fördern die Menschen um ihrer selbst willen. Für uns stehen die Menschen im Mittelpunkt.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wirtschafts- und Finanzkrise, Klimawandel, demografische Entwicklung und die Bildungsfrage - von der Bewältigung dieser Themen hängt die Zukunft unseres Landes entscheidend ab. Die neue saarländische Landesregierung wird sich bei der Aufarbeitung dieser Themen von den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit, der Subsidiarität und der Solidarität, der Wahlfreiheit und der Chancengerechtigkeit leiten lassen. Unser Ziel ist ein menschliches und modernes Saarland. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land gut leben können. Dafür wollen wir neue Bündnisse schmieden und neue Gemeinsamkeiten entwickeln. Dabei wissen wir, dass die von uns angestrebten Ziele ohne wirtschaftliches Wachstum nicht erreichbar sind. Wir wissen aber auch, dass Wachstum und Wohlstand keine Synonyme sind. Deshalb erlaube ich mir an dieser Stelle eine persönliche Anmerkung: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir einen neuen Wachstumsbegriff brauchen, der nicht rein quantitativ orientiert ist. Wir brauchen einen Wachstumsbegriff, der sich nicht ausschließlich orientiert an der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, so wie es gegenwärtig erfasst wird. Der neue Bundesumweltminister Norbert Röttgen hat hierfür den Begriff des gesunden Wachstums vorgeschlagen und formuliert: gesundes Wachstum muss dazu dienen, die Lebensqualität der heutigen Generation zu verbessern, ohne die Chancen der nachfolgenden Generationen zu beeinträchtigen. - Ich halte diesen Ansatz für zutreffend. Für die Arbeit der neuen Landesregierung in den einzelnen Politikbereichen, denen ich mich jetzt zuwenden möchte, kann er eine wichtige Leitlinie sein. Die Lebensqualität heute zu verbessern, ohne den Menschen von morgen Chancen zu nehmen, das ist das zentrale Anliegen unserer Politik. Dem fühlen wir uns in besonderer Weise verpflichtet.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Dies gilt auch und insbesondere für den Bereich der Wirtschaft. Wir werden uns auch in diesem Bereich

(Ministerpräsident Müller)

an dieser Maxime orientieren. Da das Saarland auf Grund seiner starken industriellen Basis und seiner überdurchschnittlichen Exportorientierung von der Wirtschaftskrise in besonderer Weise betroffen ist, wird die neue Landesregierung an den Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen der Krise festhalten.

Dies gilt sowohl für den Einsatz der bewährten Instrumente der Wirtschaftsförderung zur Unterstützung von Unternehmen, die aufgrund der Krise unverschuldet in Not geraten sind, als auch für die Umsetzung des Konjunkturpaktes Saar mit einem Volumen von rund 260 Millionen Euro. Der weitaus größte Teil der dabei eingesetzten Mittel fließt in den Hochschul- und Bildungsbereich und in die energetische Sanierung von Gebäuden. Damit werden die Ziele der Beschäftigungssicherung, der Nachhaltigkeit und der Verbesserung der Bildungsstrukturen in sinnvoller Weise miteinander verknüpft.

Ein wichtiges Instrument zur Beschäftigungssicherung war die Verlängerung der Möglichkeit zum Einsatz von Kurzarbeit auf 24 Monate. Diese Regelung ist befristet bis zum 31.12. dieses Jahres und droht auszulaufen. Die saarländische Landesregierung wird daher umgehend gegenüber der Bundesregierung eine Initiative mit dem Ziel ergreifen, diese Regelung über das Jahr 2009 hinaus zu verlängern, damit auch weiterhin durch den Einsatz von Kurzarbeit Entlassungen vermieden werden können, Arbeitsplätze gesichert werden können. Das sind wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Lande schuldig, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Unabhängig von den Herausforderungen der aktuellen Wirtschaftskrise wird die Landesregierung die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um bestehende Arbeitsplätze möglichst zu sichern und die Entstehung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze zu unterstützen. Ich sage das ausdrücklich: Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Dies ist angesichts der Unsicherheiten der aktuellen Krise ein ambitioniertes Ziel. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre, vor Beginn der Krise, haben aber gezeigt, dass das Saarland über die hierfür notwendigen Potenziale verfügt. Die neue Landesregierung wird daher mit einem Bündel von Maßnahmen ihren Beitrag leisten, um diese Potenziale zu erschließen. Ich will nun dazu einige Anmerkungen machen.

Erstens. Wir wissen um die zentrale Bedeutung des Mittelstandes für Wachstum und Beschäftigung. Handel, Handwerk und Dienstleistungen sind im Saarland überwiegend mittelständisch geprägt. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Er bietet die größte Zahl an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Deshalb wollen wir den Mittelstand durch weiteren Bürokratieabbau, neue Impulse bei

der Außenwirtschaftsförderung und eine Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes unterstützen. Wir werden uns darüber hinaus für die Erleichterung von Betriebsübergaben und verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen einsetzen. Mit uns wird es keine Politik geben, die sich ausschließlich an den Großunternehmen orientiert. Den Großen wird geholfen, die Kleinen sterben leise - das kann nicht unsere Maxime sein. Jeder Arbeitsplatz, jedes Unternehmen ist uns gleich viel wert.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zweitens. Das Saarland war Industriestandort, ist Industriestandort und soll auch in Zukunft Industriestandort bleiben. Unser Ziel ist es, die industrielle Produktion wettbewerbsfähig, nachhaltig und ökologisch verantwortlich zu gestalten, um damit die industrielle Wertschöpfung und die entsprechenden Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern. Wir orientieren uns an den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft. Wir wissen, dass ohne eine nachhaltig ausgestaltete Industrieproduktion das Ziel der Vollbeschäftigung im Saarland nicht erreichbar ist.

Der Automobil- und Automobilzulieferindustrie, dem Stahl- und dem Maschinenbau wird dabei auch zukünftig besondere Bedeutung zukommen. Wir wollen auf der Basis bestehender Initiativen unseren Beitrag zur Entwicklung des verbrauchsarmen, sicheren und sauberen „Autos der Zukunft“ leisten und dabei insbesondere einen neuen konzeptionellen Ansatz unterstützen. Dieser Ansatz besagt: Das Auto und auch alle anderen Güter, sie sind nicht Verbrauchsgegenstand; wir betrachten sie vielmehr als Ressource. Diese Potenziale wollen wir nutzen - im Interesse einer nachhaltigen Wirtschaft.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Drittens. Das Saarland leidet vor dem Hintergrund seiner Industriegeschichte immer noch unter einer Selbständigenlücke.

(Zuruf von der SPD.)

Deshalb wollen wir die Förderung von Existenzgründungen intensivieren, die Gründungsberatung weiter verbessern und die Starterzentren an den Hochschulen ausweiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Existenzgründer in den ersten fünf Jahren so weit wie möglich von öffentlichen Abgaben befreit und von Kammerbeiträgen freigestellt werden. Bereits in Schule und Ausbildung werden wir das Interesse junger Menschen an unternehmerischer Selbstständigkeit wecken und deutlich machen: Selbstständigkeit ist ein Erfolg versprechender Weg zur Selbstentfaltung und zur Selbstverwirklichung. - Wir wollen den jungen Menschen Lust auf Selbstständigkeit machen!

(Ministerpräsident Müller)

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Viertens. Die Innovationsstrategie des Landes wird fortgesetzt und weiterentwickelt. Neben den bestehenden Schwerpunkten in den neuen Technologien werden wir unser besonderes Augenmerk auf die Bereiche Energietechnik, Klimaschutz und Mobilität richten. Wir werden die Innovationspolitik um den Kompetenzschwerpunkt „Dezentrale Energieversorgung/Neue Energien“ ergänzen und ein entsprechendes Energiecluster unter Beteiligung des IZES errichten.

(Zurufe von der Opposition.)

Fünftens. Voraussetzung für die Ausschöpfung bestehender Beschäftigungspotenziale sind gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aus- und Weiterbildung sind daher für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von zentraler Bedeutung. Auch die neue saarländische Landesregierung hält an dem Ziel fest, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen eine Erstausbildung zu ermöglichen. Wir wollen die Spitzenpositionen des Saarlandes, die wir in den letzten Jahren erfreulicherweise beim Angebot von Ausbildungsplätzen belegt haben, verstetigen. Der „Ausbildungspakt Saar“ und das Landesprogramm „Ausbildung jetzt“ werden daher bedarfsorientiert weiterentwickelt. Ebenso werden die Programme des Landes zur Weiterbildung fortgeführt und intensiviert. Nach wie vor ist eine gute Ausbildung die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die es gibt. Deshalb wollen wir allen Menschen in unserem Land gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten garantieren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sechstens. Wir messen der aktiven Arbeitsmarktpolitik einen hohen Stellenwert bei. Primäres Ziel ist die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir werden mit einer Vielzahl von Instrumentarien der beruflichen Qualifizierung und Beschäftigung im Rahmen einer vernetzten Gesamtstrategie insbesondere die Eingliederung von schwer vermittelbaren Personengruppen in den Arbeitsmarkt fördern. Gerade den Schwächeren in unserer Gesellschaft wollen wir uns besonders zuwenden.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werden wir verstärkt auf die Fähigkeiten und Kompetenzen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen sein. Auch wenn die Zahl arbeitsloser älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren in unserem Land schon signifikant zurückgegangen ist, so wollen wir die Beschäftigungsquote in diesem Bereich doch weiter erhöhen. Deshalb werden wir den „regionalen Beschäftigungspakt für Ältere im Saarland“ ausbauen und zusätzlich als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle ein „Kompetenzcenter Ü 55“ einrichten. Wir

sagen: Niemand soll aussortiert und zum „Alten Eisen“ gezählt werden. Im Gegenteil: Der Erfahrungsschatz der Älteren ist ein wichtiges Kapital, das wir im Interesse einer guten Entwicklung unseres Landes optimal erschließen wollen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Siebtens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Tarifautonomie hat sich bewährt und wird von uns respektiert.

(Sprechen bei SPD und der LINKEN.)

Auf dieser Grundlage setzen wir uns für die Anwendung und Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes und branchenspezifische Mindestlöhne ein. Wir begrüßen die Absicht, das Verbot sittenwidriger Löhne gesetzlich festzuschreiben und sprechen uns gegen Dumpinglöhne aus. Die Sinnhaftigkeit eines eigenen Tariftreuegesetzes des Landes werden wir unter Berücksichtigung insbesondere der europäischen Rechtsprechung prüfen.

Die saarländische Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zum Prinzip der Sozialpartnerschaft. Notwendige betriebliche Flexibilität und das berechnete Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Sicherheit müssen bestmöglich zusammengeführt werden. Wir treten für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, für faire Löhne und für eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivvermögen ein. Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch zu Anteilseignern machen. Auch dies ist Sozialpartnerschaft, so wie wir sie verstehen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die neue Landesregierung ist sich bewusst, dass das Saarland als Industriestandort ohne eine funktionierende Energiewirtschaft nicht überlebensfähig ist. Wir wollen daher im Rahmen eines energiepolitischen Gesamtkonzepts die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes sichern und gleichzeitig den Herausforderungen des Klimawandels Rechnung tragen.

Um dies zu erreichen, werden wir einen Masterplan „Neue Energien“ entwickeln. Ziel ist eine nachhaltige, sichere und kostengünstige Energieversorgung des Saarlandes. Wir wollen den Zielen der Umwelt- und Klimaverträglichkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit gleichermaßen Rechnung tragen. Hierbei setzen wir bei der Strom- und Wärmeversorgung vor allem auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir streben an, im Saarland den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent zu steigern. Neben dem Ausbau der Fotovoltaik und der Windkraft möchten wir auch die mittel- und grundlastfähige Verstromung fester und flüssiger Biomasse voranbringen. Zudem werden wir die Nutzung der

(Ministerpräsident Müller)

Tiefengeothermie prüfen. Außerdem werden wir - orientiert an dem Vorbild des Landes Baden-Württemberg - ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz vorlegen, das unter Berücksichtigung sozialer Aspekte auch den Altbestand und öffentliche Gebäude umfasst.

Den Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir verbinden mit einer Vielzahl von Maßnahmen, die auf die weitere Steigerung der Energieeffizienz abzielen. Energiesparen bringt doppelte Dividende: Es spart Kosten und es vermindert den Ausstoß des klimaschädlichen CO₂. Deshalb werden wir gemeinsam mit dem IZES und der Wirtschaft ein Energieeffizienznetzwerk aufbauen, die energetische Sanierung landeseigener und kommunaler Immobilien vorantreiben und Energie-Audits im Handwerk und der Industrie unterstützen.

Wir werden uns für eine stärkere Dezentralisierung der Energieversorgung einsetzen und damit auch bewusst auf weitere Marktwettbewerber setzen, ohne dass dadurch die Rolle der bisherigen privaten Anbieter grundsätzlich infrage gestellt werden soll.

Uns ist durchaus bewusst: Für eine Übergangszeit können wir auf fossile Energieträger nicht verzichten. Die Altersstruktur der mit fossilen Brennstoffen befeuerten Großkraftwerke macht in den nächsten Jahren Ersatzinvestitionen zwingend erforderlich. Dazu kann auch der Neubau moderner Kraftwerke auf fossiler Basis mit einer maximalen Kapazität von 500 MW beitragen. Voraussetzung ist aber ein optimaler, dem neuesten Stand der Technik entsprechender Wirkungsgrad und eine größtmögliche Wärmekopplung. Unter diesen Bedingungen sind wir an Ersatzinvestitionen in diesem Bereich interessiert.

Teil der Übergangstrategie ist auch der sozialverträgliche Auslaufprozess des Bergbaus im Saarland. Dabei prüfen wir die Möglichkeit, durch Bundesratsinitiativen einen Verzicht auf die Optionsklausel zu erreichen und das endgültige Abbauende in Deutschland

(Zuruf von der Opposition: Aha!)

sozialverträglich auf 2014 zu terminieren.

(Abg. Linsler (LINKE): Ibbenbüren!)

Ich bedanke mich, Herr Kollege Linsler, für den Zwischenruf "Ibbenbüren". Sozialverträglich heißt: ohne betriebsbedingte Kündigungen. Es ist uns gelungen, in den letzten Jahren den Anpassungsprozess im Bergbau, der enorm war, ohne jede betriebsbedingte Kündigung, ohne eine einzige Entlassung zu erreichen. Und wir stehen dafür ein, dass dies auch für die letzte Etappe auf diesem Weg gilt. Damit tragen wir unserer Verantwortung gegenüber den Bergleuten Rechnung. Wir tun dies in einer Weise, wie wir es leider in anderen Industriebereichen nicht tun können. Deshalb gibt es keine Alternative zur sozial-

verträglichen Beendigung des Steinkohlenbergbaus in unserem Land.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mit dem Auslaufen des Steinkohlenbergbaus an der Saar endet ein Industriezweig, der über Generationen dieses Land in besonderer Weise geprägt hat.

(Abg. Linsler (LINKE): Deshalb sind wir in der Verantwortung.)

Der Kollege Linsler ruft dazwischen: "Deshalb sind wir in der Verantwortung". Dieser Verantwortung entsprechen wir,

(Ja, ja von der LINKEN)

weil wir vermieden haben, dass auch nur ein einziger Bergmann entlassen worden ist. Es gab nicht eine einzige Entlassung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der Bergbau hat dieses Land in besonderer Weise geprägt. Die Bergleute haben das Denken und Fühlen dieses Landes bleibend beeinflusst. Die Tugenden, die den Bergbau auszeichnen, werden auch in Zukunft ihre Bedeutung für unser Land behalten. Deshalb können die Bergleute auf das, was sie für unser Land geleistet haben, stolz sein! Auch das möchte ich ausdrücklich sagen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich möchte ergänzend darauf hinweisen, dass hinsichtlich der Rolle der einzelnen Energieträger die Landesregierung darin übereinstimmt, am gesetzlich festgelegten Atomausstieg festzuhalten.

(Abg. Maas (SPD): Oh! - Sprechen bei der Opposition.)

Gesetzesinitiativen, die die Verlängerung der Nutzung der Atomkraft zum Ziel haben, wird das Saarland im Bundesrat nicht zustimmen.

(Abg. Maas (SPD): Kontinuität! - Abg. Linsler (LINKE): Tatsächlich? - Weitere Zurufe.)

Ich bedanke mich für das Stichwort "Kontinuität".

(Sprechen. - Lachen bei der SPD.)

Im Jahr 2000 gab es einen Antrag der Länder Baden-Württemberg und Bayern im deutschen Bundesrat, die Laufzeit von Kernkraftwerken zu verlängern. Auch damals hat die saarländische Landesregierung diesem Antrag nicht zugestimmt. Mit der neuen Landesregierung ist Kontinuität in dieser Frage gewährleistet!

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Maas (SPD): Da müsst ihr selber lachen.)

Um in umfassender Weise den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes gerecht zu werden, wird

(Ministerpräsident Müller)

die saarländische Landesregierung eine neue Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln. Für sämtliche Planungen der öffentlichen Hand soll künftig ein Nachhaltigkeits-Check verpflichtend sein. Zudem werden wir das Leitbild der Nachhaltigkeit stärker als bisher in der Landesentwicklungsplanung und in den einzelnen Gemeinde- und Stadtentwicklungsstrategien berücksichtigen. Wir werden das Klimaschutzkonzept des Landes mit dem Ziel fortschreiben, bis zum Jahr 2050 den Treibhausgasausstoß um 80 Prozent zu reduzieren.

Ein Beitrag zur Stärkung der Nachhaltigkeit soll auch durch die Novellierung des Naturschutzgesetzes geleistet werden. Damit wollen wir die Vielfalt der Natur- und Pflanzenwelt sichern und den Artenschutz verbessern. Dasselbe versprechen wir uns von der Fortschreibung der regionalen Biodiversitätsstrategie und dem Aufbau eines landesweiten Biotopverbundsystems.

Im Bereich der Jagd wollen wir die durch die Föderalismusreform auf die Länder übertragenen Kompetenzen nutzen, um die Belange des Tier- und Umweltschutzes stärker im Jagdrecht zu verankern. Novellieren werden wir auch das saarländische Waldgesetz mit dem Ziel, ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Walderhaltung und Waldnutzung zu schaffen. Angesichts des Klimawandels und der beginnenden Rohstoffknappheit muss es gelingen, die immer wichtiger werdende Nutzung von Holz als Rohstoff in Einklang zu bringen mit der Funktion des Waldes als boden-, wasser- und klimaschützendem Ökosystem.

Der Schutz unserer vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt, sauberes Wasser, gute Luft und der rücksichtsvolle Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen - auch daran bemisst sich „Gutes Leben“ in unserem Land. Gemeinsam mit Naturschützern und Naturnutzern wollen wir hierfür sorgen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Mobilität, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist unverzichtbarer Bestandteil moderner Gesellschaften. Im Sinne der Nachhaltigkeit wollen wir die Mobilität von Menschen und Gütern so gestalten, dass die negativen Folgen für die Umwelt minimiert und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region gesichert werden kann. Nachdem in den letzten Jahren die Infrastruktur im Straßennah- und -fernverkehr erheblich ausgebaut wurde, sodass in Zukunft nur noch wenige Ergänzungen notwendig sind, werden wir künftig eine konsequente ÖPNV-Vorrangpolitik verfolgen.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Herr Kollege Maas, zu Ihrem Zwischenruf „nach der Schaffung des Tarifverbundes, den Sie jahrelang angekündigt, aber nicht hingekriegt haben“ füge ich

hinzu: den die Vorgängerregierung dann aber gemacht hat. Wir werden also nach der Schaffung des Tarifverbundes die Fortentwicklung in einen Verkehrsverbund mit dem Ziel vorantreiben, mittelfristig einen solchen Verbund für die gesamte Großregion SaarLorLux einzurichten. Zur Intensivierung des ÖPNV werden wir 60 Prozent der GVFG-Mittel einsetzen. Im Bereich des Schienenschnellverkehrs streben wir eine Verkürzung der Fahrzeit von Saarbrücken nach Frankfurt an und werden konsequent auf die Umsetzung der Erklärung von Baudrecourt hinarbeiten. Im Schienenpersonennahverkehr werden wir auf der Grundlage des gemeinsam mit Rheinland-Pfalz erarbeiteten Fahrplankonzepts die Fahrplanangebote weiter verbessern und die dafür erforderlichen Investitionen vornehmen. Gleichzeitig werden wir einen „Masterplan Mobilität“ vorlegen, in dem der weitere Ausbau der Saarbahn ebenso wie die Reaktivierung von stillgelegten Schienestrecken geprüft wird.

Darüber hinaus ist es unser Ziel, das Saarland noch fahrrad- und fußgängerfreundlicher zu machen.

(Lachen und Sprechen bei den Oppositionsfractionen.)

Nachdem in der Vergangenheit das Radwegenetz vornehmlich unter touristischen und Freizeit-Gesichtspunkten ausgebaut wurde, wofür wir zu Recht viel Anerkennung erfahren haben, werden wir künftig unser Augenmerk verstärkt auf den Alltagsradverkehr richten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Zurufe von der Opposition.)

Ihre Reaktion ermutigt uns, auf diesem Weg entschlossen voranzuschreiten.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die neue Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, bekennt sich zum Flughafen Saarbrücken als unverzichtbaren regionalwirtschaftlichen Standortfaktor. Dabei sind wir uns einig, dass weitere Investitionen sowohl in die direkte als auch in die umliegende Flughafeninfrastruktur notwendig sind. Wir streben an in Kooperation mit der HTW unter Einbeziehung des Standortes Götterborn und privater Investoren am Flughafen ein Kompetenzzentrum für Luftfahrt einzurichten.

Hinsichtlich der zahlreichen verkehrspolitischen Einzelprojekte möchte ich lediglich eine ergänzende Anmerkung zu dem Projekt „Stadtmitte am Fluss“ machen. Auch die neue saarländische Landesregierung fühlt sich dem „Memorandum of Understanding“ vom Juni dieses Jahres verpflichtet.

(Abg. Linsler (LINKE): Jetzt kommt's!)

Jawohl, Herr Kollege Linsler, jetzt kommt's!

(Ministerpräsident Müller)

(Lachen und große Heiterkeit.)

Danach steht die Realisierung des Projektes unter dem Vorbehalt einer positiven EU-Entscheidung und der Verfügbarkeit der entsprechenden EU-Mittel. Bisher hat die EU noch nicht entschieden, weil die Stadt Saarbrücken nicht in der Lage war, einen entscheidungsfähigen Großprojektantrag vorzulegen. Das bedauern wir, denn die Zeit mit Blick auf die Verfügung über die EU-Mittel drängt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU.)

Nach der Entscheidung der EU ist eine erneute Bewertung des Gesamtprojektes und der einzelnen Teilprojekte geboten.

Ich komme damit zu einem weiteren zentralen Bereich auf der politischen Agenda der neuen saarländischen Landesregierung. Wir werden in diesem Bereich, nämlich im Bereich der Bildungspolitik, in den nächsten fünf Jahren einen deutlichen Schwerpunkt setzen. Dabei ist es unser gemeinsames Ziel, den Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche und gerechte Bildungschancen zu ermöglichen.

(Zuruf der Abgeordneten Rehlinger (SPD).)

Ich weiß gar nicht, wieso Sie das aufregt, Frau Rehlinger, das sollte Sie freuen.

(Zurufe und Sprechen bei der Opposition.)

Wir wollen ein Höchstmaß an Wahlfreiheit bezogen auf Bildungsgänge und Betreuungsangebote garantieren. Wir wollen alle jungen Menschen begabungsgerecht fördern und das Saarland zu einem Land unbegrenzter Bildungs- und Aufstiegschancen entwickeln.

(Lebhafter Beifall von den Regierungsfractionen.)

Um diese Ziele zu erreichen, streben wir an, den Anteil der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft am Landeshaushalt schrittweise auf 30 Prozent aufzustoßen. Damit werden wir zugleich die Verpflichtungen des nationalen Bildungsgipfels erfüllen. Von allgemeinen Einsparquoten bleiben Bildung und Wissenschaft ausgenommen. Die auf Grund der demografischen Entwicklung frei werdenden finanziellen Mittel verbleiben im Bildungssystem und werden eingesetzt, um die Qualität zu verbessern. Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht fest: Wir räumen dem Bildungsbereich Priorität ein. Angesichts der Bedeutung des Bildungswesens für die Zukunft unseres Landes ist diese Prioritätensetzung nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten. Deshalb haben wir uns dazu in aller Deutlichkeit entschlossen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ein erster Schwerpunkt wird dabei der quantitative und qualitative Ausbau der Krippenplätze und der Betreuungsangebote sein. Ziel ist, den ab dem 01. August 2013 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einzulösen. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern werden wir reformieren. Perspektivisch wird ein inhaltlich fokussiertes Fachhochschulstudium angestrebt. Gleichzeitig soll der Studiengang „Pädagogik der Kindheit“ an der HTW um einen berufsbegleitenden Teil ergänzt werden. Für Kinderpflegerinnen und pädagogische Kräfte in Tageseinrichtungen und Freiwilligen Ganztagschulen werden wir berufsbegleitende Fortbildungsmöglichkeiten anbieten. Damit ist sichergestellt, dass auch für diejenigen, die teilweise seit vielen Jahren hervorragende Arbeit in unseren Vorschuleinrichtungen leisten, neue Perspektiven eröffnet werden.

Auch wenn wir den Anteil derjenigen, die mit einer akademischen Ausbildung in diesem Bereich tätig sind, erhöhen: Wir wollen diejenigen, die jetzt tätig sind, die hervorragende Arbeit leisten, nicht vergessen und für sie neue Angebote schaffen. Wir wollen sie auf diesem Weg mitnehmen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Außerdem wollen wir Bildung und Betreuung im Saarland künftig enger miteinander verzahnen. Neben den erwähnten qualitätssteigernden Maßnahmen werden wir deshalb das gebührenfreie letzte Kindergartenjahr gemeinsam mit den Trägern der Betreuungseinrichtungen zu einem obligatorischen Schulvorbereitungsjahr weiterentwickeln. Damit werden für die Kinder die Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs vom spielerischen Lernen im Kindergarten zum strukturierten Lernen in der Grundschule geschaffen. Wir werden so bereits im Vorfeld der Grundschule Raum für die individuelle und gezielte Förderung unserer Kinder schaffen. Im Vordergrund wird dabei die frühzeitige Stärkung der Sprachkenntnisse stehen.

Neben dieser intensivierten Frühbildung und -förderung streben wir an, ab dem Schuljahr 2011/2012 die gemeinsame Grundschulzeit aller Kinder eines Jahrganges um ein Jahr zu verlängern. Unter der Bedingung, dass die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden können, sollen die Schülerinnen und Schüler in der fünften Klasse gemeinsam von Grundschullehrkräften und Lehrpersonal aus den weiterführenden Schulen unterrichtet werden. Dabei werden wir sicherstellen, dass alle Kinder nach ihren individuellen Lernmöglichkeiten gefördert und gefordert werden. Damit die Lehrkräfteversorgung im Zuge der so erweiterten Grundschule gewährleistet wird, werden wir im Einvernehmen mit der Universität - beginnend ab dem Jahr 2011 - die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer

(Ministerpräsident Müller)

für die Grundschule und die Sekundarstufe I wieder zurück ins Saarland verlagern. Wir wollen unsere Lehrerinnen und Lehrer in diesem Bereich wieder selbst ausbilden. Die neue individuelle Förderung werden wir am Ende der Grundschulzeit mit einem verpflichtenden Beratungsgespräch für die Eltern flankieren, das an die Stelle der bisherigen verbindlichen Schullaufbahnpflicht tritt. Die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn soll also in gemeinsamer Verantwortung von Eltern und Lehrern getroffen werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das weiterführende Schulsystem soll ab dem Schuljahr 2013/2014 auf zwei gleichwertigen Säulen beruhen. Eine Säule ist das grundständige Gymnasium. Die zweite Säule besteht aus einer neuen Schulform, nämlich aus der Gemeinschaftsschule, in die die bisherigen Schulformen Erweiterte Realschule und Gesamtschule übergeleitet werden. Eltern und Kinder haben damit die Wahl zwischen zwei verschiedenen Schulformen und zwischen zwei unterschiedlichen Wegen zum Abitur. Das Gymnasium bietet unverändert das Abitur in 12 Jahren an, wobei wir aber die Studententafel und die Lehrpläne des G 8 auf der Grundlage der Vorschläge der von der Vorgängerregierung eingesetzten Expertengruppe überarbeiten werden, um Überforderungen von Schülerinnen und Schülern zu vermeiden. Daneben wird die Gemeinschaftsschule alle Schulabschlüsse bis hin zum Abitur in 13 Jahren anbieten. Nach wie vor findet hier eine Leistungsdifferenzierung statt, über deren Ausgestaltung die Schulkonferenzen nach Festlegung eines KMK-konformen Differenzierungsrahmens entscheiden. Auch damit ermöglichen wir ein Höchstmaß an Wahlfreiheit, insbesondere für die Eltern. Wahlfreiheit ist Maxime dessen, was wir tun. Ich glaube, dass wir damit den Erwartungen, aber auch den Ansprüchen gerecht werden, die die Eltern stellen können.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir sind uns bewusst, dass die Umsetzung dieses 2-Säulen-Modells eine Verfassungsänderung voraussetzt. Dabei besteht zwischen den Koalitionspartnern über den dauerhaften Fortbestand des grundständigen Gymnasiums Einvernehmen. Bei einer Verfassungsänderung wird dies rechtlich abgesichert. Bei Nichtzustandekommen einer Verfassungsänderung bleibt die vierjährige Grundschule erhalten. Die Prinzipien der Chancengleichheit, Wahlfreiheit, Durchlässigkeit und des längeren gemeinsamen Lernens werden dann in Form von Teilreformen realisiert.

(Sprechen bei der LINKEN.)

Unabhängig hiervon wollen wir künftig auf die unfreiwillige Wiederholung einer Klasse bis zum 7. Schuljahr verzichten. Erst dann werden verbindliche Ver-

setzungsempfehlungen ausgesprochen. Sowohl für starke wie für schwächere Schülerinnen und Schüler werden wir in Zukunft verstärkt individuelle Förderprogramme einrichten. Wir wollen allen Kindern in ihren unterschiedlichen Begabungen gerecht werden. Insbesondere die Hochbegabtenförderung und die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund werden wir weiter ausbauen. Darüber hinaus werden wir im Sinne der gerechten Leistungsbeurteilung und mit dem Ziel der Qualitätssicherung schulförmübergreifend an den zentralen Abschlussprüfungen festhalten.

Nicht nur bei der Schullaufbahn, sondern auch im Bereich der halb- und ganztägigen Schulbetreuung wollen wir künftig umfassende Wahlfreiheit schaffen. Wir werden - neben der Freiwilligen Ganztagschule - auch die gebundenen ganztagsschulischen Angebote und die Ganztagsklassen ausbauen. An Standorten mit mehreren Schulen gleichen Typs sollen schrittweise Ganztagschulen errichtet werden können.

(Abg. Maas (SPD): Zwangstagschulen! - Zurufe der Abgeordneten Spaniol (LINKE).)

Ansonsten soll das Ganztagsschulangebot in Form von Ganztagsklassen realisiert werden.

Lieber Herr Kollege Maas. Sie rufen an dieser Stelle: Zwangstagschulen. Ich kann Ihnen sagen, dieses Modell sichert, dass die Eltern frei entscheiden können, welches Modell der Betreuung sie annehmen: gebundene Ganztagsbetreuung, freiwillige Ganztagsbetreuung oder Halbtagsbetreuung.

(Zurufe der Abgeordneten Spaniol (LINKE).)

Die Eltern entscheiden! Das ist nicht Zwang, das ist Übertragung von Verantwortung an die Eltern. Das ist das Gegenteil von Zwang, aber das Richtige für unsere Eltern und unsere Kinder, Herr Kollege Maas.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Sprechen bei der LINKEN.)

Ich will abschließend noch zwei Vorhaben im Bereich der Schulorganisation und der Lehrerbildung ansprechen. Um die Lehrer auf ihre künftigen Aufgaben im Bereich der Binnendifferenzierung und Individualförderung vorzubereiten, werden wir die Lehrerbildung zugunsten der Stufenlehrerbildung verändern. Darüber hinaus wird es in Zukunft verstärkt darauf ankommen, dem sich schon heute abzeichnenden Lehrermangel in einzelnen Fächern entgegenzuwirken. Wir wollen deshalb die Übernahme von Lehrkräften aus anderen Bundesländern intensivieren und verstärkt qualifizierte Seiten- und Quereinsteiger für den Lehrerberuf gewinnen. Diese qualitätssichernden Maßnahmen finden an den Schulen selbst ihre Fortsetzung. Wir werden systematische Qualitätsüberprüfungen durchführen und

(Ministerpräsident Müller)

gleichzeitig die Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Schule verbessern, insbesondere in den Bereichen Finanzplanung und Personalorganisation. Wir wollen mehr Verantwortung, mehr Wahlfreiheit in einem Schulsystem, in dem jeder mitgenommen wird, der Schwächere genauso wie der Stärkere. Das ist unser Ziel, dieser Aufgabe wird sich die neue saarländische Landesregierung stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich komme damit zu dem Bereich der Hochschulen. Auch im Bereich der Hochschulen setzen wir auf Eigenverantwortlichkeit und Selbstverwaltungsautonomie. An den bewährten Instrumenten des Globalhaushaltes und der Zielvereinbarungen halten wir fest. Wir werden auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit der Hochschulen mit privaten Unternehmen mit dem Ziel hinwirken, verstärkt Mittel für Stiftungsprofessuren zu gewinnen und die dualen Studiengänge weiterzuentwickeln.

Die Koalitionspartner haben sich darauf geeinigt, das grundständige Erststudium ab dem Sommersemester 2010 wieder gebührenfrei zu stellen. Die Gebührenpflicht für Zweitstudien und Langzeitstudierende besteht fort. Die Koalitionspartner stimmen überein, dass der Wegfall der Gebührenpflicht nicht zu Lasten der Qualität der Lehre gehen darf. Dass sich die Qualität der Lehre an den saarländischen Hochschulen verbessert hat, kann man ohne Weiteres nachvollziehen, wenn man sich die Zahl der Ersteinschreibungen, aber auch die Zahl der Studienwechsler an die Universität des Saarlandes anschaut. Wenn alleine über 800 Studierende von anderen Hochschulen in diesem Semester an die Universität des Saarlandes wechseln, dann zeigt das: Die Exzellenz der Lehre hat sich verbessert. Das soll so bleiben, und deshalb erfolgt eine Kompensation für die wegfallenden Einnahmen der Hochschulen aus allgemeinen Haushaltsmitteln.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Im Bereich der strategischen Ausrichtung unserer Hochschulen verfolgen wir im Rahmen der Landeshochschulentwicklungsplanung das Ziel, bis zum Jahr 2020 eine attraktive und vernetzte Hochschullandschaft in Zusammenarbeit mit den Partnern der Großregion zu etablieren. Wir werden darauf hinwirken, dass insbesondere im Bereich der Zukunftsbranchen neue wissenschaftliche Einrichtungen und Studiengänge etabliert werden. Dazu zählt beispielsweise die Einrichtung eines Lehrstuhls für integrierte Mikrosysteme der Energieversorgung und die Unterstützung des Masterprogramms Visual Computing.

Auf dem Weg zu einer vernetzten Hochschullandschaft werden wir uns für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Universität des Saarlandes und der HTW, insbesondere im Bereich der Inge-

nieurwissenschaften, einsetzen, und auch ein Promotionsrecht zur Aufwertung dieses und anderer Studiengänge an der HTW prüfen. Die Hochschulen und universitätsnahen Forschungsinstitute sind unverzichtbare Innovationstreiber in unserem Land. Wir werden sie daher in ihrem Bemühen um Exzellenz in Forschung und Lehre unterstützen und offensiv in den Prozess des Strukturwandels einbeziehen. Unser Land verfügt über hervorragende Forscher und Lehrer. Mit ihnen gemeinsam wollen wir neue Wege für die Zukunft unseres Landes gehen.

(Beifall der Regierungsfractionen.)

Auch die Gewährleistung der inneren Sicherheit, ohne dabei die Rechte des Einzelnen oder die Grundsätze einer offenen Gesellschaft zu schwächen, ist wichtiges innenpolitisches Anliegen der neuen saarländischen Landesregierung. Wir wollen die Bürgerrechte stärken und zugleich Freiheit, körperliche Unversehrtheit und Eigentum der Menschen schützen.

Wir werden jegliche Form des Extremismus konsequent bekämpfen. Wir werden die jederzeitige Handlungsfähigkeit der saarländischen Polizei auch weiterhin gewährleisten und die Polizeipräsenz in der Fläche erhalten. Darüber hinaus wollen wir vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Gesellschaftsstruktur verstärkt Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewinnen. Auch hier wollen wir neue Gemeinsamkeiten wagen.

Wir wollen Kriminalität nicht nur repressiv, sondern auch präventiv bekämpfen. Deshalb werden wir das in dieser Form einzigartige Landesinstitut für präventives Handeln ausbauen. Dieses Institut gibt es in vergleichbarer Weise nirgendwo. Wir haben über alle Parteigrenzen hinweg Anerkennung für dieses Institut erfahren. Wir wollen mit dieser Arbeit des Instituts dafür sorgen, dass Prävention gerade im Kriminalitätsbereich für uns ein wichtiges Thema ist. Unsere besondere Aufmerksamkeit werden wir dabei der Prävention und der Bekämpfung der Jugendkriminalität widmen, damit junge Menschen nicht auf die schiefe Bahn geraten.

(Beifall der Regierungsfractionen.)

Ich will auch ausdrücklich sagen, wir vergessen die Opfer von Straftaten nicht. Die vorhandenen Instrumente des Opferschutzes werden wir konsequent anwenden und ihre Ausweitung prüfen. Neue technologische Entwicklungen führen zu Gefährdungen insbesondere im Bereich des Datenschutzes. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen unserer Möglichkeiten wirksam vor dem Missbrauch ihrer persönlichen Daten schützen. Eine Maßnahme hierzu wird die Schaffung eines unabhängigen Datenschutzzentrums sein, in dem der Datenschutz für den öffentlichen und den privaten Bereich zusammengeführt wird.

(Ministerpräsident Müller)

(Abg. Linsler (LINKE): Das ist gut!)

Parallel dazu werden wir im Saarland selbst auf eine eigene gesetzliche Grundlage zur Durchführung von Online-Durchsuchungen ebenso verzichten wie auf eine automatisierte Kennzeichenerfassung im saarländischen Polizeigesetz. Darüber hinaus wird die Videoüberwachung im öffentlichen Raum allein der Vollzugspolizei im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten vorbehalten bleiben.

(Abg. Rehlinger (SPD): Kontinuität!)

Die saarländische Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, weiß um die unterdurchschnittliche Finanzkraft der saarländischen Kommunen. Insoweit sitzen Land und Kommunen in einem Boot. Insoweit sind das Land und seine Kommunen in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Die Landesregierung bietet den Kommunen des Landes eine offene und partnerschaftliche Zusammenarbeit an.

(Abg. Maas (SPD): Das ist gefährlich!)

Wir sind bereit, den kommunalen Finanzausgleich zu überprüfen, um eine angemessene Berücksichtigung der unterschiedlichen sozialen, infrastrukturellen und kulturellen Lasten zu gewährleisten. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen die Zukunft des Landes gestalten und im Rahmen unserer Möglichkeiten die kommunale Selbstverwaltungsautonomie stärken. Wir wollen starke und gesunde Kommunen, denn nur dann gibt es ein starkes und ein gesundes Land.

(Beifall der Regierungsfractionen.)

Natürlich soll das Saarland auch in Zukunft eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht sein. Wir wollen, dass in diesem Land niemand im Abseits steht. Wir wollen die Menschen mitnehmen auf unserem Weg in die Zukunft. Wir setzen dabei auch auf das Engagement und die Solidarität der Saarländerinnen und Saarländer. Vor uns liegen viele Aufgaben, die staatliches, aber auch gesellschaftliches Engagement erfordern. Eine dieser Aufgaben besteht in der Bekämpfung der sogenannten neuen Armut.

Zwar liegt die Quote der Bezieher von Leistungen der Mindestsicherung in unserem Land etwas unter dem Bundesdurchschnitt. Dennoch besteht Handlungsbedarf. Auf der Basis der ersten „Sozialstudie Saar“ werden wir eine sozialraumorientierte Konzeption zur Bekämpfung der Armut vor allem bei Kindern entwickeln und gleichzeitig in allen Landkreisen eigene Projekte zur Bekämpfung der Kinderarmut einrichten. Dabei wissen wir, dass Armut nicht nur eine materielle Dimension hat.

Ein belgischer Arbeiterpriester hat einmal gesagt: Arm ist, wer keinen Freund hat. Wir werden angelegene Programme zur Stärkung der Erziehungs-

kompetenz bei benachteiligten Familien weiterentwickeln und ausweiten.

(Zuruf des Abgeordneten Linsler (LINKE).)

Wir streben an, die Schulabbrecherquote auch in den kommenden Jahren zu senken. Es ist uns ja gelungen, in den vergangenen 10 Jahren die Schulabbrecherquote in diesem Land zu halbieren. Das ist eine Entwicklung in die richtige Richtung, die wir fortsetzen wollen.

Im Bereich des SGB II werden wir auf eine Korrektur des bisherigen Bemessungssystems mit dem Ziel drängen, die Regelleistungen für die Kinder an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Wir begrüßen die Pläne der Bundesregierung, das Schonvermögen von 250 auf 750 Euro pro Lebensjahr zu erhöhen.

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft erweist sich insbesondere im Umgang mit pflegebedürftigen, älteren oder mit behinderten Menschen. Hier wird die Landesregierung wie bisher nach dem Grundsatz verfahren: So viel selbstbestimmtes Leben wie möglich, so viel Betreuung und Pflege wie nötig. Aus diesem Grund werden wir der ambulanten Pflege in beiden Bereichen Vorrang geben. Wir wollen, dass die Betroffenen möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld bleiben können. Erst, wenn dies nicht mehr möglich ist, soll eine stationäre Unterbringung erfolgen.

Wir werden die Hilfs-, Beratungs- und Fortbildungsangebote für pflegende Angehörige ausbauen und die häusliche Pflege im niederschweligen Bereich fördern. Zur Unterstützung der Angehörigen werden wir die Möglichkeiten der ambulanten Hilfe erweitern und wohnortnahe Pflegestützpunkte einrichten. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, die Pflegezeit auf drei Jahre zu verlängern.

Für Menschen mit Behinderung werden wir anhand frühzeitig einsetzender innovativer Betreuungskonzepte und behindertengerechter Arbeitsplatzangebote die Chance zur Teilhabe am Erwerbsleben verbessern. Wir verstehen Barrierefreiheit in einem umfassenden Sinn und wollen entsprechend den Leitlinien der UN-Konvention dafür Sorge tragen, dass Menschen mit Behinderung sich möglichst frei und selbstbestimmt entfalten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Wir verbinden damit die Grundsätze der Subsidiarität und der Solidarität, weil wir wissen: Verantwortete Freiheit ist Grundlage dieser Gesellschaft. Sie bedarf aber der Ergänzung durch das Prinzip der Solidarität. Nur eine solidarische Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit einem menschlichen Gesicht. Dafür wollen wir uns einsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

(Ministerpräsident Müller)

Wir wissen, dass die moderne Gesellschaft eine aktive Bürgergesellschaft ist. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements konsequent weiterverfolgen. Alle ehrenamtlich Tätigen werden sich weiter auf die Landesregierung als Partner verlassen können.

Darüber hinaus werden wir die Bürgerbeteiligung im Bereich der politischen Entscheidungsprozesse ausbauen. So wollen wir bei Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene die gesetzlichen Hürden niedriger legen, so dass diese Elemente direkter Demokratie einfacher in Anspruch genommen werden können. Im Bereich des Kommunal- und des Landeswahlrechts werden wir das Zählverfahren nach d'Hondt durch das Verfahren nach Hare/Niemeyer ersetzen. Auf Landesebene wollen wir ein Zwei-Stimmen-Wahlrecht ebenso prüfen wie die Abschaffung der Stichwahl bei den Direktwahlen von Bürgermeistern und Landräten.

Eine moderne Gesellschaft braucht intakte Familien. Familien sind für uns überall dort, wo Ältere für Jüngere und Jüngere für Ältere nachhaltig Verantwortung übernehmen. Wir werden deshalb die Familien anhand eines flächendeckenden Netzes von lokalen „Bündnissen für Familien“ und durch die Einführung eines Familienpasses stärken. Zudem wird der Ausbau unseres Kinderbetreuungssystems die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie wesentlich verbessern. Familien - davon bin ich fest überzeugt - sind Keimzellen unserer Gesellschaft. Wir wollen unsere Familien unterstützen, weil sie für die Zukunft unseres Landes von unverzichtbarer Bedeutung sind.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Zu einer modernen Gesellschaft gehören auch die Freiheit von Diskriminierung und die Gleichberechtigung der Geschlechter. Aus diesem Grund sieht sich die neue Landesregierung dem Prinzip des Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe verpflichtet. Wir wollen auf die Einrichtung eines Lehrstuhls für Genderforschung hinwirken und in der Landesverwaltung ein ressortübergreifendes Gender-Netzwerk implementieren, um auf diesem Weg die Gleichstellungspolitik voranzutreiben. Unser Ziel ist es, die Frauenquote in öffentlichen Führungspositionen bis 2020 auf 40 Prozent zu steigern.

(Sprechen bei der SPD und der LINKEN. - Unruhe.)

Gleichermaßen wenden wir uns gegen die Diskriminierung aufgrund sexueller Identität und Orientierung. Diesen Grundsatz werden wir nicht nur in der Landesverfassung verankern, sondern auch die Initiative von drei Bundesländern zu Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz unterstützen. Im saarländischen Landesrecht werden wir die Gleichstellung Verpartnerter

beim Familienzuschlag festschreiben. Einer diskriminierungsfreien Gesellschaft fühlen wir uns verpflichtet. Dem stellen wir uns, egal wie viel Unruhe dies bei der Opposition auslöst, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Abg. Maas (SPD): Die ist begründet.)

Schließlich zeichnet sich eine moderne Gesellschaft durch gelungene Integration und ethnische und kulturelle Vielfalt aus. Um diese Ziele aktiv zu verfolgen, wird die Landesregierung einen Landesintegrationsbeauftragten benennen und eine Stabsstelle Integration/Migration einrichten. Grundlegend für das Gelingen von Integration ist die umfassende Teilhabe von Migranten am öffentlichen Leben einer Gesellschaft, insbesondere aber am Erwerbsleben einer Gesellschaft. Diese Ziele wird die Landesregierung konsequent anhand gezielter Sprachförderungsmaßnahmen und speziell ausgerichteter Instrumente der Arbeitsmarktpolitik verfolgen. Wir werden den interkulturellen Dialog fördern und die Kompetenzen erfolgreicher Migranten nutzen, um Zuwandererkindern anhand von Patenschaften eine besondere Art der Förderung zukommen zu lassen.

Um eine schnellere Integration von neu ankommenden Zuwanderern zu erreichen, werden wir die Situation in der Landesaufnahmestelle Lebach prüfen und eine zügigere Verteilung der Bewohner auf die saarländischen Gemeinden anstreben. Auch werden wir unter Beachtung verfassungsrechtlicher Vorgaben die Rechte der Härtefallkommission stärken und ihre Untersuchungsmöglichkeiten ausweiten. Zuwanderung und Integration gehören zusammen. Zuwanderung ist Bereicherung für alle Beteiligten, wenn die Integration gelingt. Die saarländische Landesregierung stellt sich daher der Aufgabe, ihren Beitrag zu leisten, damit Integrationsprozesse erfolgreich verlaufen. Wer hierher kommt, soll hier integriert werden. Das setzt die Bereitschaft beider Seiten voraus, diesen Weg zu gehen. Wir wollen hierfür neue Möglichkeiten schaffen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Natürlich lebt eine moderne und humane Gesellschaft auch von der Vielfalt des kulturellen Schaffens und der kulturellen Ausdrucksformen. Diese Vielfalt zu fördern und zu bewahren ist unser Ziel. Wir erkennen an, dass sich Breitenkultur und Spitzenkultur gegenseitig bedingen. Allen Formen kulturellen Schaffens werden wir daher bestmögliche Förderung gewähren. Um die breite Vielfalt dieses Schaffens systematisch zu erfassen, werden wir bis zur Mitte der Legislaturperiode einen Kulturbericht vorlegen. Auf dieser Basis werden wir die kulturpolitischen Entwicklungsperspektiven unseres Landes in einer öffentlichen Debatte ausloten und zur

(Ministerpräsident Müller)

Grundlage unseres weiteren kulturpolitischen Handelns machen.

Die kulturellen Leuchttürme des Landes, aber auch die vielen lokalen und regionalen Initiativen werden wir im Rahmen des Möglichen weiter unterstützen. Ungeachtet dessen wollen wir weiterhin zentrale kulturpolitische Leitprojekte, wie den Bau des Vierten Pavillons des Saarland-Museums oder den Bau der geplanten Eventhalle in Saarbrücken, vorantreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele der bereits angesprochenen Themen haben erkennbar demografische Komponenten. Dennoch möchte ich mit Blick auf die Querschnittsaufgabe des demografischen Wandels noch auf Folgendes hinweisen. Um den Auswirkungen dieses Wandels auf die Siedlungs- und Versorgungsinfrastrukturen Rechnung zu tragen, werden wir den Landesentwicklungsplan entsprechend fortschreiben. Wir werden in den Dörfern und Städten der Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung einräumen. Dadurch werden wir den Flächenverbrauch reduzieren und die Strukturen der Versorgungseinrichtungen an die Gegebenheiten einer schrumpfenden Bevölkerung anpassen. Dies betrifft nicht nur die Versorgung mit Energie und Trinkwasser, die Entsorgung von Abfall und Abwasser, dies betrifft auch die Gesundheitsversorgung mit einem flächendeckenden und wohnortnahen Netz an Kliniken, an Haus-, Fach- und Zahnärzten sowie Apotheken insbesondere im ländlichen Raum.

Insgesamt sind vor dem Hintergrund des demografischen Wandels neue Anforderungen an die Bewahrung und den Schutz der Gesundheit gestellt. Dabei steht heute sehr viel stärker als in früheren Jahren der Grundsatz der Prävention im Vordergrund. Frühzeitige Prävention vermeidet nicht nur spätere Beeinträchtigungen, sondern hilft auch, unser Gesundheitssystem zukunftsfähig zu machen. Aus diesem Grund unterstützen wir die Familien wie auch die Kinderbetreuungseinrichtungen in Ihrem Bemühen um eine gesundheitsbewusste Erziehung, indem wir die Drogen- und Suchtberatung intensivieren und unsere Kampagne „Saarland aktiv und gesund“ ausbauen und mit anderen Präventionskampagnen vernetzen.

Um auch in Zukunft für das Saarland eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen zu können, werden wir unsere Krankenhausstruktur auf der Basis des im kommenden Jahr vorliegenden Krankenhausplanungsgutachtens anpassen. Zudem wollen wir dem sich abzeichnenden Hausärztemangel durch die Einrichtung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an der Universität des Saarlandes entgegenwirken und die Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals im Sinne einer Integration von Alten- und Krankenpflegeberufen fortentwickeln. Dazu will ich Folgendes sagen. Natürlich gehört unsere

Aufmerksamkeit den Krankenhäusern. Natürlich gehört unsere Aufmerksamkeit den Ärztinnen und Ärzten. Wir wollen dabei aber das Pflegepersonal nicht vergessen. Auch die Situation des Pflegepersonals ist entscheidend wichtig für die Qualität unseres Gesundheitswesens. Deshalb werden wir uns darum in besonderer Weise kümmern.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Selbstverständlich werden wir bei all unseren Maßnahmen immer auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Partnern der Großregion im Blick haben. Die europäische Integration eröffnet die große Chance für unser Land, aus einer nationalen Randlage in eine europäische Zentrallage zu rücken. Wir wollen auf dem Weg zu einer Modellregion im Herzen Europas weiter voranschreiten. Wir wollen gemeinsam mit unseren interregionalen Partnern Vorreiter sein, wenn es darum geht, das Europa der Regionen zu schaffen. Wir wollen Vorreiter sein, wenn es darum geht, nationale Barrieren zu überwinden und eine gemeinsame grenzüberschreitende Identität aufzubauen. Hierzu werden wir in dieser Legislaturperiode neue Akzente setzen und neue Projekte anstoßen.

Richtschnur wird dabei das Zukunftsbild 2020 sein, das seine Aktualität unverändert nicht verloren hat. Die Universität der Großregion, grenzüberschreitende Verkehrsprojekte oder die Aufarbeitung der verbliebenen Probleme von Grenzgängern sind Beispiele für Themen, die unmittelbar den Alltag der Menschen in der Großregion betreffen. Das Saarland ist unsere Heimat, aber Europa ist unsere Zukunft. Die Landesregierung ist daher entschlossen, ihren Beitrag zu leisten, damit die sich aus der europäischen Entwicklung ergebenden Chancen für unser Land konsequent genutzt werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich komme damit zur Finanzpolitik, die ich bewusst an das Ende meiner Ausführungen gestellt habe.

(Sprechen bei den Oppositionsfractionen.)

Die Situation der öffentlichen Finanzen hat sich in den letzten Wochen und Monaten dramatisch zuspitzt.

(Abg. Pauluhn (SPD): Ganz überraschend. - Erneut Sprechen bei den Oppositionsfractionen.)

Dies gilt für Haushaltsnotlageländer - zu denen auch das Saarland gehört - in besonderer Weise. Dennoch bekennt sich die Haushalts- und Finanzpolitik dieser Landesregierung in aller Deutlichkeit zu den Leitprinzipien der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit. Hierzu gibt es keine Alternative. Alles andere würde bedeuten, dass man den Marsch in den grenzenlosen Schuldenstaat dauerhaft akzeptiert. Dies wäre mit Blick auf nachfolgende

(Ministerpräsident Müller)

Generationen schlicht unverantwortlich. Wer Schuldenbremsen ablehnt, will immer neue Schulden machen. Das ist nicht akzeptabel, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Lautes Sprechen bei den Oppositionsfractionen. - Abg. Linsler (LINKE): Wer macht denn den Selbstbedienungsladen?)

Deshalb ist die saarländische Landesregierung bereit, alle zumutbaren Eigenanstrengungen zu unternehmen, um die Finanzlage des Landes zu verbessern.

(Sprechen bei den Oppositionsfractionen.)

Wir bekennen uns zu einer restriktiven Haushaltspolitik und freuen uns auf die konstruktiven Vorschläge der Opposition in diesem Zusammenhang.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In der Vergangenheit durften wir erfahren, dass die Opposition in diesem Hause regelmäßig die steigende Verschuldung beklagt hat,

(Abg. Maas (SPD): Meinen Sie die GRÜNEN oder die FDP?)

um anschließend Vorschläge zu machen, wie zusätzliche Ausgaben und Schulden gemacht werden können. Einsparvorschläge gab es keine. Wir haben jetzt eine neue Konstellation der Opposition. Ich freue mich auf die Vorschläge von den Oppositionsparteien in diesem Land zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Anhaltendes Sprechen bei den Oppositionsfractionen.)

Wir werden jedenfalls den Weg der restriktiven Haushaltspolitik weitergehen.

(Erneut lautes Sprechen bei den Oppositionsfractionen.)

Bereits in den vergangenen Jahren waren die Steigerungsraten des saarländischen Landeshaushaltes die niedrigsten aller Bundesländer.

(Abg. Linsler (LINKE): Aber die meisten Schulden.)

Nirgendwo, Herr Kollege Linsler, sind die Landeshaushalte weniger gestiegen als in diesem Land. Als Verdi-Vorsitzender haben Sie das immer kritisiert.

(Zuruf des Abgeordneten Linsler (LINKE).)

Wir wollen aber auch unter Beachtung des verfassungsrechtlichen Gebotes gleichwertiger Lebensverhältnisse alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmeseite und zur Begrenzung der Ausgaben nutzen. Wir werden deshalb eine Haushaltsstrukturkommission einsetzen,

(Zurufe von den Oppositionsfractionen: Oh)

die alle Haushaltspositionen erneut aus ihrer Sicht auf den Prüfstand stellen, Sparpotenziale erarbeiten und den Haushaltsvollzug überwachen wird.

(Lautes Sprechen bei den Oppositionsfractionen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, dass wir uns als Nehmerland im Länderfinanzausgleich in der Summe keine höheren Standards als die Geberländer leisten können. Mit Blick auf das Verfassungsgebot gleichwertiger Lebensverhältnisse haben wir aber auch einen Anspruch darauf, uns im Gleichklang und im Gleichschritt mit den übrigen Bundesländern zu entwickeln. Wir werden uns deshalb bei der Steigerungsrate des Haushaltes am Durchschnitt der Länder, die genau wie wir Konsolidierungshilfen erhalten, orientieren. Die durchschnittliche Steigerungsrate aller Landeshaushalte darf nicht überschritten werden. Damit werden wir im Gleichschritt marschieren und in diesem Rahmen Zukunft gestalten. Wir werden dieses Land nicht kaputt sparen, sondern Gestaltungsspielräume verantwortlich wahrnehmen, um die Zukunft dieses Landes zu sichern.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Sprechen bei den Oppositionsfractionen.)

Soweit im Blick auf den vorgestellten Rahmen Einsparnotwendigkeiten entstehen, bleibt bei der Festlegung genereller Einsparquoten der Bildungsbereich ausgenommen. Die verbleibenden Handlungsspielräume werden eingesetzt, um die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben konsequent in Angriff zu nehmen. Dabei werden natürlich Priorisierungen und schrittweises Vorgehen unvermeidbar sein.

Trotz aller Eigenanstrengungen wird unser Land ohne Hilfe der bündischen Gemeinschaft seine unverschuldete Haushaltsnotlage nicht überwinden können. Deshalb wurden dem Saarland und vier weiteren Bundesländern im Zuge der Einführung der sogenannten Schuldenbremse Konsolidierungshilfen für unser Land in Höhe von 2,34 Milliarden Euro zugesagt. Ziel der Schuldenbremse ist es, ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Mit den Konsolidierungshilfen sollen die Notlageländer in die Lage versetzt werden, den Weg zur Beseitigung struktureller Haushaltsdefizite gemeinsam mit den anderen Bundesländern zu gehen.

(Abg. Linsler (LINKE): Sie haben doch die Schuldenbremse unterlaufen.)

Mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen, die der Einführung der Schuldenbremse im Februar 2009 zugrunde gelegt wurden, signifikant verändert:

(Lautes Sprechen bei den Oppositionsfractionen.)

(Ministerpräsident Müller)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erstens ging die Arbeitsgruppe Haushaltsanalyse der Föderalismuskommission noch von einem jährlichen Einnahmewachstum von 3 Prozent aus. Das war nicht aus der Luft gegriffen, sondern entsprach der Entwicklung der letzten zehn Jahre. Mittlerweile gehen nahezu alle Sachverständigen davon aus, dass auch nach Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise ein derartiges Einnahmewachstum im Konsolidierungszeitraum nicht mehr erreichbar ist. Das Bundesministerium der Finanzen selbst hat im Juli 2009 seine Prognose auf 2,3 Prozent reduziert.

(Abg. Commerçon (SPD): Jetzt werden die Steuern erhöht.)

Zweitens. Aus der jüngsten Steuerschätzung ergeben sich für das Saarland gegenüber der Prognose vom Mai 2008 Steuermindereinnahmen in Höhe von 243 Millionen Euro für dieses Jahr und von rund 300 Millionen Euro für das nächste Jahr.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Drittens. Beschlossene oder angekündigte Steuerrechtsänderungen können zu weiteren erheblichen Steuerausfällen führen. Bereits die noch von der Großen Koalition unter Beteiligung der SPD zum 01. Januar 2010 beschlossenen Maßnahmen haben für das Saarland jährliche Mindereinnahmen von 78 Millionen Euro zur Folge. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz würde zu zusätzlichen Steuerausfällen von jährlich 41 Millionen Euro führen, und bei einem Umbau des Einkommensteuertarifs zu einem Stufentarif wäre mit einem Einnahmeausfall in Höhe von weiteren 130 Millionen Euro pro Jahr zu rechnen.

(Zurufe von den Oppositionsfraktionen.)

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist - ob Sie es wollen oder nicht - mit Blick auf die Schuldenbremse und die Konsolidierungshilfen eine neue Geschäftsgrundlage gegeben.

(Weitere Zurufe von den Oppositionsfraktionen.)

Diese muss bei den anstehenden Verhandlungen zum Abschluss eines Staatsvertrags zwischen Bund und Konsolidierungsländern berücksichtigt werden. Das Grundgesetz bestimmt ausdrücklich - Sie sollten es einmal lesen -, dass unvorhersehbare Ereignisse bei der Frage nach der Schuldenbremse nicht zu berücksichtigen sind.

(Erneute Zurufe.)

Dann kann auch für die Gewährung der Konsolidierungshilfen nichts anderes gelten. Deshalb werden wir unseren Anspruch auf die Gewährung dieser Hilfen in enger Abstimmung mit den übrigen finanzschwachen Ländern konsequent vertreten. Für den Fall, dass der Bund in den Verhandlungen nicht bereit sein sollte, auf die berechtigten Anliegen der Empfängerländer einzugehen, behält sich die Lan-

desregierung vor, die beim Bundesverfassungsgericht noch anhängige Klage zur Finanzausstattung des Landes wieder aufzunehmen. Ansonsten aber gilt - und das ist entscheidend -: Wir wollen die Probleme von heute nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen lösen; wir wollen die Neuverschuldung auf das unerlässliche Mindestmaß begrenzen; wir halten an restriktiver Haushaltspolitik fest.

(Sprechen und Zurufe.)

Wer Schuldenbremsen ablehnt, will Schulden machen. Wir wollen den nachfolgenden Generationen eine vernünftige Zukunft eröffnen. Dafür steht diese Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich komme damit zum Schluss

(Zuruf: Gott sei Dank)

und fasse zusammen. Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Vor uns liegt eine schwierige Zeit.

(Weitere Zurufe.)

Die neue saarländische Landesregierung ist fest entschlossen, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Wir wollen neue Wege für ein modernes Saarland gehen und den Fortschritt nachhaltig gestalten. Ein wirtschaftlich starkes, ein ökologisch vorbildliches und ein sozial gerechtes Saarland ist unser Ziel. Dafür werden wir uns mit all unserer Kraft gemeinsam einsetzen, und alle gesellschaftlich relevanten Kräfte sind herzlich eingeladen, die vor uns liegende Wegstrecke mit uns gemeinsam zu gehen. Wer miesmacht, springt zu kurz; mitmachen ist gefragt. Dazu rufe ich auf. Packen wir es an im Interesse einer guten Zukunft für die Menschen in unserem Land. - Vielen Dank.

(Anhaltender starker Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Ley:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. - Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass sich die Fraktionen auf ein Redegrundzeitmodul geeinigt haben, dass wir uns aber auch darauf verständigt haben, heute das doppelte Redezeitmodul anzuwenden. - Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Heiko Maas.

Abg. Maas (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Regierungserklärung hat bereits ihren ersten Niederschlag gefunden. Wenn Sie gerade jetzt auf den SR-Videotext oder die Nachrichtenleiste bei SR-online gehen, lesen Sie als erste Mel-

(Abg. Maas (SPD))

dung: „Erste Jamaika-Regierungserklärung: Müller kündigt schwere Zeiten an“.

(Heiterkeit.)

Schön zusammengefasst und ein Ausblick auf das, was viele - -

(Zuruf.)

Ja ich bin einmal gespannt, wie lange es jetzt noch dort stehen bleibt.

(Weitere Zurufe.)

Meine Damen und Herren, wir haben gerade darüber hinaus auch eine Regierungserklärung gehört, in der sich der amtierende Regierungschef gar nicht mehr dabei eingekriegt hat, uns die Koalition aus CDU, FDP und GRÜNEN als ein Modell für die Zukunft, als ein neues Kapitel in der Parteiengeschichte, als etwas völlig Einzigartiges darzustellen. Herr Müller, ich sage: Das interessiert uns nicht. Es ist doch lediglich der verzweifelte und untaugliche Versuch, nach dem Minus-dreizehn-Prozent-Desaster, das Sie als Ministerpräsident bei der Landtagswahl eingefahren haben, Ihre völlige Bedeutungslosigkeit auf Bundesebene zu verhindern. Es ist nicht mehr und nicht weniger als ein lächerliches Schauspiel,

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen)

auch deshalb, weil die Menschen in diesem Land das überhaupt nicht interessiert. Die haben andere Probleme: Werden im Saarland in Zukunft mehr Arbeitsplätze geschaffen oder gestrichen? Bekomme ich für meine Kinder einen Krippenplatz oder nicht? Gibt es endlich Schulen, in denen alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern faire Chancen haben? Bleibt das Armutsrisiko im Saarland so hoch wie in der Vergangenheit? Und letztlich die alles überragende Frage: Wer soll das bezahlen? Gibt es eine Lösung für die permanente Haushaltsnotlage, die Altschulden, oder erstickt dieses Land an seinen Schulden, die Sie in den letzten zehn Jahren auch noch fast verdoppelt haben?

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Daran werden wir diese Regierung messen. Allerdings: Beim letzten Teil Ihrer Regierungserklärung, Herr Müller, kann einem Böses schwanken. Ihre haushalts- und finanzpolitischen Aussagen sind im Vergleich zu dem, was Sie vor der Wahl auch in diesem Parlament gesagt haben, schlichtweg peinlich und ansonsten planlos. Die Armut Ihrer Argumente entspricht der Armut dieses Landes, und das ist schlimm.

(Erneuter Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Und dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren: In einem Punkt ist diese Koalition wahrhaft einzigartig, nämlich darin, dass sie einem abgehalfterten und abgewählten Ministerpräsidenten eine

Restlaufzeitverlängerung verschafft. Dabei dachte ich immer, die GRÜNEN seien gegen Restlaufzeitverlängerungen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der LINKEN.)

Ich biete Ihnen hier und heute eine Wette an, Herr Müller, nämlich dass Sie diese Legislaturperiode - egal wie lange sie dauert - nicht als Ministerpräsident beenden. Sie werden Ihr Amt nutzen, um sich irgendwann vom Acker zu machen und irgendeine andere gut dotierte Position zu übernehmen, wo auch immer. Wahrscheinlich wären Sie schon jetzt gern Kommissar in Brüssel geworden, aber es ist bezeichnend, dass Frau Merkel Herrn Oettinger Ihnen vorgezogen hat, obwohl auch er nur dritte Wahl gewesen sein soll.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, das Land hätte in der Situation, in der wir uns befinden, wahrhaftig einen politischen Neuanfang verdient. Ich glaube nicht, dass es diesen Neuanfang mit Ihnen geben wird. Die Stimmen der und in der Presse - damit Sie nicht meinen, es würde sich lediglich um eine Bewertung der SPD handeln - sind verheerend: „Jamaika versinkt im Filz“. „Es ist nicht Jamaika, sondern Sizilien“. „Das ist kein Modell, höchstens ein regionales Experiment“. „Wenn die Macht bedroht ist, werden politische Inhalte beliebig“. „Prinzipienlos, aber fröhlich“.

(Lachen bei den Oppositionsfraktionen. - Zuruf: Wer hat das gesagt?)

Das eine hat Herr Özdemir von den Grünen gesagt. Das andere Herr Cohn-Bendit, ebenfalls von den Grünen.

(Lachen und Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Auch deshalb ist im Saarland zurzeit wenig von Aufbruch zu spüren. Die Aufbruchsstimmung beschränkt sich auf die Mitglieder dieser Koalition. Es ist nicht mehr als ein Aufbruch in neue Büros. Um mehr scheint es einigen nicht zu gehen. In der Bevölkerung wird allenfalls darüber diskutiert, wer in dieser Koalition die größeren Wahlbetrüger sind. - Ich kann Sie beruhigen, in dieser Frage liegen Sie alle gut im Rennen.

(Lachen und Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Das hat sich auch durch diese Regierungserklärung nicht verändert. Es ist eine lustlose Aneinanderreihung von Textbausteinen. Sie hätten auch den Koalitionsvertrag zu Protokoll geben können. Aufbruch hört sich anders an. Vielleicht lag es aber auch daran, dass diese Regierungskoalition, noch bevor sie im Amt war, schon mit der Absicht, den Regierungs-

(Abg. Maas (SPD))

apparat aufzublähen, einen bleibenden Eindruck hinterlassen hat. Um möglichst viele Parteigänger zu versorgen, sollte es erst einmal zwei Ministerien mehr geben. Der ehemalige FDP-Abgeordnete Baldauf ließ in einem Interview die Weltöffentlichkeit schon mal wissen, sein Traum werde wahr - und zwar im Justizministerium.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen. - Zuruf des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Selten war der Traum eines Einzelnen der Albtraum so vieler anderer, zumindest in der Justizverwaltung.

(Lachen und Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Also: Schuldenbremse egal, Haushaltsnotlage egal, Hauptsache versorgt - gespart haben wir schnell. - Das scheint sich als ein erstes Prinzip dieser Regierung herauszukristallisieren. An dieser Stelle setzt die neue Regierung ganz auf Kontinuität zur Vorgängerregierung. Damit sind dann FDP und Grüne endgültig im Selbstbedienungsapparat angekommen. - Gute Besserung!

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Erst die Empörung der Öffentlichkeit über diese Selbstbedienungsmentalität hat dazu geführt, dass es doch nur ein Ministerium mehr gibt. Das Justizministerium macht Herr Müller jetzt nebenbei mit.

(Lachen bei den Oppositionsfraktionen.)

Wenn es eines zusätzlichen Ministeriums bedurft hätte, dann wäre es das Justizministerium. Dafür hätte der Chef der Staatskanzlei wie früher auch Staatssekretär bleiben können. Dann hätte die Anzahl der Minister nicht erhöht werden müssen. Ich erinnere nur daran, was Herr Ulrich vor nicht allzu langer Zeit im Zusammenhang mit den Betrugswürfen gegen Herrn Borger gesagt hat: Die CDU-Landesregierung bedient sich der Justiz, um Kritiker mundtot zu machen.

(Zurufe von der LINKEN: Hört, hört! - Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Nun gut, Herr Borger ist als Staatssekretär entschädigt. Für die Grünen mag das reichen, für den Rechtsstaat nicht. Eine unabhängige Justiz mit dem Ministerpräsidenten als Justizminister, da hätten Sie ja gleich Hubert Ulrich zum Justizminister machen können.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Da Sie sich also auf der Ministerebene nicht voll verwirklichen konnten, haben Sie das bei den Staatssekretären nachgeholt. 11 Staatssekretäre gibt es jetzt, unter anderem Kapazitäten wie Jungmann, Karren und Borger. Es sind so viele Ämter, dass Sie bis zu Ihrer heutigen Regierungserklärung noch nicht einmal alle Stellen besetzen konnten. Auch

das ist ein einmaliger Vorgang, der Aufschluss gibt über Ihre personellen Ressourcen. In drei Ministerien gibt es mittlerweile zwei Staatssekretäre - wofür auch immer. Vielleicht hätten Sie einfach andere Minister suchen sollen, dann brauchen Sie nicht so viele Staatssekretäre, die auf sie aufpassen müssen.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, der vor allem in der eigenen Partei allseits beliebte FDP-Generalsekretär Chatzimarkakis hat sich nicht entblödet, davon zu reden, dass im Land schon ein regelrechtes Jamaika-Lebensgefühl zu beobachten sei. - Ja, man musste in den letzten Tagen nur aus dem Fenster schauen.

(Lachen bei den Oppositionsfraktionen.)

Das Einzige, was mich an dieser Koalition an Jamaika erinnert, ist die Geschwindigkeit, mit der die CDU ihre Politikpositionen und -prinzipien über Bord geworfen hat. Das geschah nämlich in einer Geschwindigkeit, gegen die Usain Bolt, der 100-Meter-Weltrekordler aus Jamaika, geradezu eine Schnecke ist.

(Lachen und Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, ich sage vorneweg: In jeder Koalition müssen von jedem Kompromisse gemacht werden. Auch wir hätten dies tun müssen - beim Raucherschutz, beim Jagdrecht oder sonstigen Hobbys einzelner Grüner.

(Lachen und Beifall bei den Oppositionsfraktionen. - Zuruf von B 90/GRÜNE.)

Im Grunde denken Sie doch genauso. - Wenn allerdings eine Partei bereit ist, das Gegenteil von dem zu tun, was sie zehn Jahre in der Regierung exekutiert und den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf versprochen hat, nur um im Amt und im Dienstwagen bleiben zu können, dann ist das so viel Beliebigkeit, dass die Politik insgesamt daran Schaden nimmt. Politik ohne ein Mindestmaß an inhaltlicher und persönlicher Glaubwürdigkeit der Akteure wird zum Geschäft, zur Ware, die man kaufen oder verkaufen kann. Wir sind aber nicht im Media-Markt. Hier geht es nicht um Schnäppchen, sondern um Überzeugungen. Wer das verkennt, schadet nicht der SPD oder sonst jemandem, sondern der Demokratie. Das ist das Problem.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Für die grenzenlose Beliebigkeit des Herrn Müller und der CDU will ich Ihnen drei Beispiele nennen: Erstens die Atomenergie, ein eher gesamtgesellschaftliches Streitthema der letzten Jahrzehnte, bei dem man meinen müsste, die dazu vertretenen Auffassungen seien eher grundsätzlicher Natur und deshalb nicht so einfach austauschbar. Müller vor

(Abg. Maas (SPD))

der Wahl: „Es ist ein Fehler, am Atomausstieg festzuhalten.

(Abg. Commerçon (SPD): Aha!)

Die Laufzeiten für Meiler sollten verlängert werden.

(Abg. Commerçon (SPD): Aha!)

Was die Grünen dazu vertreten, ist der Weg in die energiepolitische Steinzeit“.

(Oh-Rufe bei der SPD. - Abg. Commerçon (SPD): Aha!)

Müller nach der Wahl: „Am Atomausstieg ist festzuhalten.

(Lachen bei den Oppositionsfraktionen. - Abg. Commerçon (SPD): Aha!)

Gesetzesinitiativen, die die Verlängerung der Nutzung der Atomkraft zum Ziel haben, wird das Saarland im Bundesrat nicht zustimmen“. - Wollen Sie das Land jetzt in die Steinzeit führen? In Ihrer Regierungserklärung geben Sie sich noch nicht einmal die Mühe, diesen Sinneswandel zu erklären. Wie sollten Sie auch? Das ist nicht nur Beliebigkeit, das ist einfach ein Super-GAU für die politische Kultur in diesem Land.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Zweites Beispiel Schuldenbremse. - Das ist das Ding, das Sie vor der Wahl noch in die saarländische Verfassung schreiben wollten, falls Sie sich noch erinnern. Müller vor der Wahl: „Zur Schuldenbremse gibt es keine Alternative. Wir sind bereit, die Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020 zu garantieren“. Herr Schreier, der bezeichnenderweise in Zukunft für Glücksspiel zuständig ist,

(Lachen bei den Oppositionsfraktionen)

rückte die kritische Haltung der SPD damals in die Nähe des Landesverrates. - Müller nach der Wahl: „Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise und der damit verbundenen Einnahmenverluste ist für die Schuldenbremse die Geschäftsgrundlage entfallen. Zusätzliche Belastungen des Haushaltes zur Steuer senkung des Bundes können die Möglichkeiten zur Einhaltung der Schuldenbremse infrage stellen“.

Da kann man sich schon einmal die Augen reiben. Dass die Wirtschafts- und Finanzkrise zu Steuerausfällen führt, ist Ihnen auch vorher bekannt gewesen. Wir haben immer darauf hingewiesen. Dass Sie nun aber die drohenden Einnahmeausfälle durch die Steuerpläne von Schwarz-Gelb als Grund für Ihre Kehrtwende anführen, schlägt wirklich dem Fass den Boden aus. Im Bundestagswahlkampf sind Sie selbst für diese Steuersenkungen eingetreten. In Berlin haben Sie dem Koalitionsvertrag in diesem Punkt zugestimmt.

Jetzt inszenieren Sie hier Ihre Betroffenheit. Dieses Schauspiel ist nur noch mit fortgeschrittener politischer Schizophrenie zu erklären und mit sonst nichts.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Drittes Beispiel, Ganztagschulen. Auch ein Thema, um das in den letzten Jahren sehr grundsätzlich, teilweise sogar ideologisch gestritten wurde. Müller vor der Wahl: „Ganztagschulen sind Zwangstagschulen. Die vereinigte Linke plant den bildungspolitischen Einheitsbrei auf niedrigem Niveau.“ Müller nach der Wahl: „An Standorten mit mehreren Schulen gleichen Typs sollen schrittweise Ganztagschulen errichtet werden können.“ Und so weiter und so weiter.

Herr Trittin hat über Sie, Herr Müller, gesagt: Er wäre sogar aus der CDU ausgetreten, um an der Macht zu bleiben.

(Heiterkeit bei den Oppositionsfraktionen.)

Ihr eigener Parteifreund Herr Mappus, der zukünftige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, meinte: „Jamaika im Saarland finde ich unterirdisch, denn in der Politik muss es Grenzen geben - -“

(Zuruf von der CDU.)

Stimmt es oder stimmt es nicht?

(Zuruf des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Es sollte Ihnen zu denken geben, wenn es so ein weites Spektrum ist, das diese Meinungen vertritt.

(Vereinzelt Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Mappus sagte: „Jamaika im Saarland finde ich unterirdisch, denn in der Politik muss es Grenzen geben, weil man für den Machterhalt nicht alles tut“. - Sie, Herr Müller, haben alles getan, um im Amt zu bleiben. Es mag sein, dass eher einfältige Beobachter sogar glauben, ein solches Verfahren als „gewieft“ bezeichnen zu können. Kurt Tucholsky hat einmal gesagt: „Es gibt Leute, die wollen lieber einen Stehplatz in der ersten Klasse als einen Sitzplatz in der dritten. Es sind keine sympathischen Leute“. - Schade, dass Tucholsky Sie nicht kennengelernt hat.

Mag sein, Herr Müller, dass Sie den Kampf um das Amt des Ministerpräsidenten gewonnen haben. Ihre Glaubwürdigkeit und Ihre politische Integrität haben Sie verloren. In diesem Land werden Ihnen die Menschen nichts, aber wirklich gar nichts mehr glauben!

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, auch die GRÜNEN werden diese Koalition verändern. Dabei sei vorausgeschickt, dass die GRÜNEN selbst zu entscheiden haben, mit wem sie Koalitionen eingehen und mit wem nicht. Auch die SPD hat keinen Anspruch da-

(Abg. Maas (SPD))

rauf, dass die GRÜNEN immer nur mit uns gehen. Nur sollten die GRÜNEN dann im Saarland nicht so tun, als ob ihre Entscheidung für Schwarz-Gelb wahrhaft politische Gründe hätte.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Dabei will ich mich gar nicht so sehr mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit Herr Ostermann die Aktivitäten von Herrn Ulrich beeinflusst hat. Zumindest scheint Ostermann für Sie eine Art Mischung aus Osterhase und Weihnachtsmann zu sein.

(Vereinzelt Lachen und Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Tatsache bleibt aber eines: Wenn jemand wie Sie, Herr Ulrich, der hier schon einmal Geldscheine ins Plenum geworfen hat, als es um andere ging, selbst monatlich 1.500 Euro fürs Nichtstun kassiert hat, dann ist das eine erbärmliche Entwicklung vom Paulus zum Saulus.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Wenn gesagt wird, es gehe um Verlässlichkeit - in diesem Zusammenhang ist ja insbesondere immer der Name von Frau Spaniol genannt worden, die ihre Partei verlassen hat und in eine andere gegangen ist -, dann darf ich dazu anmerken: Wenn es hier jemanden gibt, der eine Partei verlassen hat, um in einer anderen Karriere zu machen, dann sitzt er auf dieser Regierungsbank und heißt Weisweiler. Der hat die CDU unter großem Tamtam verlassen und in der FDP richtig Karriere gemacht. Auch dieses Argument ist folglich beliebig.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, die Veränderung der GRÜNEN ist schon deutlich geworden, da war die Koalition noch gar nicht beschlossen. Dass die GRÜNEN den Beschluss ihrer schwarz-gelben Partnerkoalition in Berlin, die Restlaufzeiten für Kernkraftwerke zu verlängern, hier noch nicht einmal kommentiert haben, ist schon bezeichnend. Aber noch viel bemerkenswerter ist eine andere Entwicklung. Vor einigen Wochen, während der hiesigen Koalitionsgespräche, hat Herr Müller gefordert, ausländischen Mitbürgern, die nicht bereit sind Deutsch zu lernen, die Sozialleistungen zu kürzen. Auf entsprechende Presseanfragen dazu haben die saarländischen GRÜNEN sich wie folgt geäußert: Man habe zurzeit keine freien Kapazitäten, um sich dazu eine Meinung zu bilden.

(Lautes Lachen bei den Oppositionsfraktionen.)

Früher hätte Frau Willger-Lambert wahrscheinlich mit viel Tremolo in der Stimme ihre ganze Abscheu gegen eine solche Stimmungsmache zum Ausdruck gebracht. Heute nichts! Ich sage Ihnen: Wer dazu schweigt, stimmt zu. - So weit sind Sie bei den saarländischen GRÜNEN!

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Wir bleiben in diesem Punkt verlässlich. Wir werden uns auch in Zukunft dagegen wehren, dass ausländische Mitbürger für mangelnde Deutschkenntnisse bestraft werden, dass ihnen Sozialleistungen gekürzt werden. Darauf können sie sich bei uns verlassen, bei anderen nicht mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sowohl in Ihrem Koalitionsvertrag als auch in Ihrer Regierungserklärung werden wesentliche Zukunftsfragen unseres Landes nicht beantwortet. Zunächst zur Finanzsituation. Ich habe bei den Ausführungen, die Sie eben gemacht haben, und auch bei dem, was im Koalitionsvertrag drinsteht, kein Licht am Ende des Tunnels erkennen können, keine Perspektive. Mittlerweile sind Sie so weit, dass Sie als Ziel ausgeben, im nächsten Haushalt die Nettokreditaufnahme möglichst unter 1 Milliarde Euro halten zu wollen. Welch ein Anspruch! Und wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie freuen sich auf die Vorschläge aus der Opposition, aber selbst eine Haushaltsstrukturkommission einsetzen, die Ihnen die Vorschläge erarbeiten soll, dann ist das ein Hinweis darauf, wie seriös Ihre Finanzpolitik noch ist. Zum Schwur wird es bereits beim nächsten Haushalt kommen, und ich hoffe nicht, dass darauf der Offenbarungseid folgt.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema, über das wir in den vergangenen Jahren auch in diesem Haus sehr häufig gestritten haben, ist die Weiterentwicklung der prekären Beschäftigung. Wir wissen, dass im Saarland geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren stärker gewachsen sind als in anderen Ländern. Nirgendwo ist die Leiharbeit so gestiegen wie bei uns. Wir haben jetzt eine Entwicklung - deshalb ist das Thema so wichtig -, dass Unternehmen überlegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlassen. Einige, so höre ich, planen, einen Teil der Stammbeschaftsmitglieder zu entlassen, um anschließend, wenn die Krise bewältigt ist, diese zu ersetzen durch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter - für weniger Geld, mit weniger Kündigungsschutz. Es werden keine dabei sein, die unter den Kündigungsschutz, die Tarifbestimmungen fallen.

Deshalb bleibt für uns das Thema „prekäre Beschäftigung“ ein großes Thema. Es reicht nicht, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie sind gegen Dumping-Löhne. Wir brauchen eine Regierung, die sich gegen den massenhaften Missbrauch der Leiharbeit wehrt und sich dafür einsetzt, dass es in Deutschland endlich gesetzliche Mindestlöhne gibt, sonst wird es auch in Zukunft immer wieder Dumping-Löhne geben.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

(Abg. Maas (SPD))

Bei dem, was Sie zu den Kommunen gesagt haben, weiß ich noch nicht, ob es eine Drohung ist oder ein Angebot. Partnerschaft und so weiter, alles Dinge, die wir in der Vergangenheit auch immer wieder gehört haben. Trotzdem sind in den letzten fünf Jahren den Kommunen über 300 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich vorenthalten worden. Wenn das so weitergeht, wird die existenzielle Partnerschaft zwischen Land und Kommune auseinanderbrechen. Deshalb muss Schluss sein mit dem Griff in die kommunalen Kassen; die Kommunen haben ein Anrecht darauf, insbesondere auch aufgrund der Tatsache, wie in den letzten Jahren mit ihnen verfahren wurde.

Ich will zu einem kommunalen Projekt, das nicht nur ein kommunales, sondern auch ein Landesprojekt ist, noch etwas sagen. Sie haben die „Stadtmitte am Fluss“ angesprochen. Sie stünden dafür oder wie auch immer: Das Projekt wird nach der Entscheidung der Europäischen Kommission noch einmal neu bewertet. Ich kann mich daran erinnern: Als der frühere Bundesverkehrsminister Tiefensee 60 Millionen Euro für dieses Projekt locker gemacht hat, sagten die CDU und die Landesregierung, das sei doch viel zu wenig, das sei doch viel zu gering dimensioniert für dieses Projekt.

(Zuruf.)

Wenn dem so ist, bin ich mir sicher, dass das Geld, das noch fehlt, bei Herrn Ramsauer, der auch aus der Union kommt und der angekündigt hat, dass es jetzt einen Aufbau West geben wird, von Ihnen besorgt wird. Wir werden da genau hinschauen.

Jetzt wird sich zeigen, ob Sie lediglich große Töne spucken oder nicht.

(Vereinzelt Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Sie haben viel zum Thema Bildung gesagt. Das ist auch notwendig, weil Bildung das große Megathema ist. Das haben wir in den letzten zehn Jahren immer wieder gehört. Sie haben hier gesagt, dass in Zukunft Bildung unabhängig sein soll vom Geldbeutel der Eltern. Ich erinnere mich aber an die letzten zehn Jahre. Die Schulpolitik und die Bildungspolitik, die Sie gemacht haben - insbesondere aber nicht nur beim G 8 -, hat doch dazu geführt, dass die Nachhilfeinstitute aus dem Boden gesprossen sind. Viele Kinder mussten diese Nachhilfeinstitute besuchen, um die Defizite Ihres Bildungssystems auszugleichen. Und das führte zu dem Ergebnis, dass diejenigen, die sich das leisten konnten - egal ob sie intelligent oder fleißig waren -, das getan haben und diejenigen, die sich das nicht leisten konnten, davon ausgeschlossen waren. All das, was Sie hier angekündigt haben, ist allenfalls das Bekämpfen der Probleme, die Sie in den letzten zehn Jahren geschaffen haben. Und deshalb setze ich hinter alles ein

Fragezeichen. Auch in der Bildungspolitik sind Sie nicht sehr glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir orientieren uns bei all den bildungspolitischen Diskussionen, die es hier geben wird, an dem, was wir für richtig halten, an dem, was nach unserer Auffassung für die Schülerinnen und Schüler und die Kinder gut ist. Wir sind jetzt nicht plötzlich gegen Ganztagschulen nur weil Sie sich dazu entschlossen haben, Ganztagschulen einzurichten. Wir sind jetzt nicht für Studiengebühren, weil Sie sie abschaffen. Für uns gilt das, was wir vor der Wahl gesagt haben. Wir sind ja nicht die CDU! Und deshalb werden wir alle Initiativen, die es im Bildungsbereich gibt, kritisch aber auch konstruktiv begleiten.

Ich möchte noch etwas sagen zu einem Punkt, über den wir hier ja wohl reden müssen. Dies betrifft das Thema Verfassungsänderung. Wir sind auch für ein längeres gemeinsames Lernen. Wir waren es immer und sind früher von Ihnen dafür beschimpft worden: „sozialistischer Einheitsbrei“, „Gleichmacherei“, „Nivellierung zu Lasten aller Kinder“. - Jetzt geht das! Und deshalb ist das ein Thema, über das wir reden können - auch in Zusammenhang mit einer Verfassungsänderung. Aber ich sage Ihnen auch: Wir verstehen uns nicht als die Erfüllungsgehilfen Ihres Koalitionsvertrages. Wenn Sie uns als Verhandlungspartner ernst nehmen, werden wir über alles reden können. Ich sage Ihnen aber auch vorneweg: Die fünfjährige Grundschule, also die Verlängerung der gemeinsamen Lernphase um zwölf Monate, wird die erziehungswissenschaftlichen Effekte, die das längere gemeinsame Lernen hat, nicht ergeben. Dafür ist die Zeit zu kurz.

Meine Damen und Herren, Sie wollen eine Verfassungsänderung, bei der alle Schulformen aus der Verfassung herausgestrichen werden, etwas, was man für richtig halten kann. Trotzdem sollen aber über die Hintertür, nämlich über einen Briefwechsel - wie das verfassungsrechtlich gehen soll, ist mir auch noch ein Rätsel -, die Gymnasien abgesichert werden. Das ist reichlich inkonsequent. Wir werden auf jeden Fall nichts mitmachen, wonach die Schullandschaft im Saarland so aufgeteilt wird, dass es anschließend Kinder erster Klasse und Kinder zweiter Klasse geben wird. Das wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der SPD.)

Insofern sind wir gespannt auf die Diskussionen, die uns hier noch bevorstehen. Herrmann Hesse hat einmal geschrieben: „jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“.

(Lachen und Zurufe bei der SPD.)

Das sollte man eigentlich erwarten, wenn ein so einzigartiges modellhaftes Projekt wie diese Jamaika-

(Abg. Maas (SPD))

Koalition hier entsteht. Meine Damen und Herren, dieses Zitat stammt aus dem Gedicht „Stufen“. Ich würde nach Ihrer Regierungserklärung, Herr Müller, das Gedicht einfach gerne fortführen und eine andere Stelle zitieren. Sie lautet: „Kaum sind wir heimisch einem Lebenskreise und traulich eingewohnt, so droht Erschlaffen“. - Schönen Dank!

(Anhaltender Beifall bei SPD und der LINKEN.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Klaus Meiser.

Abg. Meiser (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion hält den Koalitionsvertrag und als Ergebnis dessen die heutige Regierungserklärung für eine hervorragende Grundlage, um die Zukunft unseres Landes in den kommenden fünf Jahren positiv zu gestalten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir unterstützen ausdrücklich die in der Regierungserklärung formulierten Ziele. Wir wollen ein wirtschaftlich starkes Land - das ist natürlich wichtig für die Arbeitsplätze - und ein ökologisch vorbildliches und sozial gerechtes Land. Der Koalitionsvertrag ist eine faire Grundlage für eine Zusammenarbeit. Es gibt bei genauem Hinsehen keine Gewinner und keine Verlierer. Jede Partei hat ihre Identität gewahrt, ist in Grundsatzfragen nicht über die Grenzen dessen gegangen, was zumutbar ist. Ich will das Stichwort einer neuen Gemeinsamkeit aufgreifen. Heiko Maas hat es richtig formuliert. Koalitionen ohne Kompromisse gibt es nicht. Ich denke, es ist wichtig, wenn Kompromisse geschlossen werden, dass man daraus etwas Positives macht, nämlich die Chance ergreift, eine größere Gemeinsamkeit, eine größere gesellschaftliche Akzeptanz und breiteren Konsens zu erreichen. Ich werde bei Einzelthemen darauf zurückkommen.

Es besteht ganz klar Einigkeit, dass der Weg des Strukturwandels mit dem Erhalt und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in innovativen Branchen fortgesetzt werden muss, dass wir unser Konjunkturprogramm, das nachhaltig und energetisch positiv angelegt ist, fortsetzen müssen, und - jetzt bin ich schon an einer ersten Nahtstelle - es besteht Einigkeit, dass das Saarland ein Industrieland ist und auch bleiben muss. Wir sind beispielsweise Exportland im Bereich Energie. Und deshalb halte ich es für einen wichtigen Kompromiss, dass es möglich sein wird, Kraftwerksblöcke in einer Größenordnung von 500 MW zu bauen. Ich will an dieser Stelle auf eines hinweisen: Wenn es um die Frage geht, wer

Positionen geräumt hat, dann sollten Sie hier mit etwas Demut auftreten.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben beispielsweise zum Punkt Studiengebühren offen gesagt, dass uns das weh tut, dass wir aber die Position der Qualitätssteigerung an den Hochschulen nicht aufgeben und dass wir diese 10 Millionen Euro jetzt eben aus anderen Bereichen finanzieren müssen. Wir haben gesagt, dass wir uns über das strikte Nichtrauchergesetz nicht freuen, dass es aber Grundlage einer Koalition ist, auch solche Positionen verändern zu dürfen. Wir haben aber nicht zu denjenigen gehört, die über Jahre - insbesondere in den letzten Monaten und mit Schaum vor dem Mund - den Bergleuten erklärt haben, welche Verbrecher in der CDU sind, wie sie von den LINKEN und der SPD umsorgt werden und wie man ihnen helfen wird.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wer dann die Geschwindigkeit erlebt hat - das war atemberaubend! -, mit der die LINKE - - Nicht die SPD! Die SPD war klug genug, über den designierten Wirtschaftsminister Knauber diese Positionen schon vor den Wahlen still und leise zu räumen. Aber von einem der LINKEN hat man drei Tage nach der Wahl gehört: Wenn die Fakten so sind, dann müssen wir die Verträge mal lesen, und dann müssen die Bergleute ja doch nach Ibbenbüren, und dann müssen wir uns um sie kümmern. - Das muss man sich mal vorstellen! Vor den Wahlen offensichtlich ahnungslos hinsichtlich dieses Themas! Das war aber doch alles öffentlich bekannt!

Der verantwortliche Kurs, den die Landesregierung eingeschlagen hat, war völlig klar. Und mit genau dieser Offenheit und Klarheit haben wir auch in den Koalitionsverhandlungen den GRÜNEN und der FDP gesagt, dass wir Vereinbarungen, die getroffen sind, nicht brechen werden. Ich sage es hier auch ein weiteres Mal öffentlich: Die Position „sozialverträgliches Auslaufen des Bergbaus“ wird von uns beibehalten, nicht preisgegeben. Das heißt im Klartext: Wenn beispielsweise die Überprüfung des Auslaufens 2014 ergeben würde, dass es zu betriebsbedingten Kündigungen für saarländische Bergleute kommt, die an die Ruhr wechseln mussten - und ich befürchte, dass das so sein wird -, wird dieses Datum nicht zu halten sein. Deshalb sage ich hier und heute ganz öffentlich: Im Bereich „Bergbau“ gibt es eine Partei, die zuverlässig war, ist und bleibt - das ist die CDU Saar.

(Beifall von der CDU. - Lachen bei der LINKEN.)

Ich will ein weiteres Thema ansprechen: das Thema „Bildung“. Sie alle wissen - auch wenn Sie, Herr Maas, das heute gerne anders darstellen -, dass die CDU Saar erstens den Weg hin zu mehr Wahlfrei-

(Abg. Meiser (CDU))

heit längst beschritten hatte, zweitens im Wahlprogramm klare Ziele formuliert hat, und dass wir letztlich zu diesem Thema offen und ehrlich gesagt haben: Wir müssen Kompromisse schließen, wir wollen das auch tun, wir werden aber unsere Identität nicht preisgeben.

Deshalb stimmt nach wie vor das, was wir vor den Wahlen gesagt haben: „Zwangstagsschulen“ wollen wir nicht, sondern Wahlfreiheit. - „Wahlfreiheit“, das ist das Stichwort. Verpflichtend soll es dort sein, wo dies von Eltern, Lehrern und der Gesellschaft gewollt ist, und freiwillig soll es eben dort sein, wo dies von ihnen gewollt ist. Wir wollen also Wahlfreiheit, und das ist der entscheidende Unterschied zu Ihnen.

Sie werden es hinsichtlich des Bereiches „Bildung“ erleben: Einerseits haben die GRÜNEN mit der sogenannten zweiten Säule stärker ihre Vorstellungen bezüglich des längeren gemeinsamen Lernens verwirklicht, andererseits konnten wir, die CDU, bei der Säule „Gymnasium“ die Qualität erhalten und mit den gemeinsamen, den zentralen Prüfungen auch Qualitätsmerkmale festschreiben.

(Zuruf: Es gibt also eine schwarze und eine grüne Säule. - Weitere Zurufe.)

Gerade an diesem Beispiel, Kollege Maas, will ich eines festmachen: Ihr Auftreten am heutigen Tage ist für mich schon etwas erstaunlich.

(Zurufe von den Oppositionsfraktionen.)

Ich nehme an, dass die von Ihnen erwähnte Zeile bei sr-online schon gelöscht ist und nunmehr dort steht: Maas vor schwierigen Zeiten.

(Abg. Linsler (LINKE): Das steht dort aber nicht! - Zuruf der Abgeordneten Hoffmann-Bethscheider (SPD).)

Denn man muss sich das einmal vorstellen: Da stellt sich der Landesvorsitzende der SPD, der das Wahlergebnis seiner Partei innerhalb von zehn Jahren halbiert - halbiert! - hat, der Landesvorsitzende der SPD Saar, der das schlechteste Wahlergebnis seiner Partei seit Bestehen des Saarlandes eingefahren hat, hier hin und leitet in anmaßender und peinlicher Art und Weise

(Weiterer Zuruf der Abgeordneten Hoffmann-Bethscheider (SPD))

gegenüber dem Landesvorsitzenden der CDU Saar, der immerhin 34,5 Prozent erreicht hat,

(Abg. Spaniol (LINKE) und weitere Abgeordnete der LINKEN: Das sind 13 Prozent weniger! 13 Prozent minus!)

Ansprüche aus dem Wahlergebnis ab! Wenn ich richtig rechne, bedeuten 34,5 Prozent doch wohl mehr als ein Drittel der Wähler; die SPD hat nicht einmal ein Viertel der Wähler erreicht!

(Abg. Schramm (LINKE) und Abg. Huonker (LINKE): Minus 13 Prozent!)

Da der Landesvorsitzende der SPD daraus Ansprüche ableitet und das heute in der gehörten Weise kommentiert, erlaube ich mir doch, ihm mitzugeben: Er möge doch mal darüber nachdenken, ob nicht etwas Demut und Bescheidenheit heute besser zu Gesichten stünden!

(Beifall von der CDU. - Lachen bei den Oppositionsfraktionen. - Abg. Linsler (LINKE): Unglaublich!)

Ich will hierzu ein Zweites sagen: Wer den Wahlabend erlebt hat,

(Abg. Linsler (LINKE): Ja, war schön!)

der würde das heute, wenn er sich das noch einmal anschaut, als Panoptikum empfinden.

(Abg. Linsler (LINKE): Ja.)

Die CDU Saar hat, wie es auch sachlich gerechtfertigt war, gesagt:

(Abg. Linsler (LINKE): 13 Prozent verloren!)

Wir sind zwar mit 34,5 Prozent klar stärkste Partei geblieben, wir haben aber - und das werden wir nie in Abrede stellen! - mit minus 13 Prozent schmerzliche Verluste erlitten. Das ist so. Punkt.

Hat man aber den Landesvorsitzenden der SPD Saar erlebt, den mit dem schlechtesten Wahlergebnis nach dem Kriege, den mit der Halbierung seit 1999,

(Abg. Linsler (LINKE): Aber keine minus 13 Prozent!)

so hätte man meinen können, man sehe einen Fußballtrainer, der Psychologie betreibt. Es gibt nämlich Trainer, die, wenn sie auf dem letzten Tabellenplatz stehen, die Zeitung nehmen, sie umdrehen und sagen: Ich bin auf Platz 1! - So hat man das an dem Abend empfunden, als ein „Wahlsieg“ gefeiert wurde - vor dem Hintergrund des schlechtesten Wahlergebnisses seit Bestehen des Saarlandes!

(Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD): Wir wussten ja noch nicht, dass der Ostermann da reinfindern kann.)

Das Ganze hat sich nun auch fortgesetzt! Es tut mir leid, das muss ich aber in aller Offenheit sagen angesichts dieses Auftritts, der geprägt war von Beleidigungen, Diffamierungen und einem Stil - -

(Beifall von den Regierungsfraktionen. - Amüsierte Bekundungen von den Oppositionsfraktionen.)

- - einem Stil, den ich, das will ich ganz offen sagen, von Heiko Maas so bislang nicht gekannt habe.

(Abg. Meiser (CDU))

(Zurufe der Abgeordneten Linsler (LINKE) und Commerçon (SPD).)

Das will ich gerne auch öffentlich sagen, ich hab es intern immer gesagt: Bei allen Unterschieden in der Sache, bei auch heftigem Streit im Parlament - wir haben uns bisher immer als faire Kollegen gegenübergestellt. Wir mussten bislang nicht erleben -

(Heftige Zurufe von der LINKEN: Fair? Siehe Vizepräsident!)

Wir mussten bislang nicht erleben, dass Formulierungen gewählt wurden, wie sie heute zu hören waren. Ohne nun noch nachzukarten: Nach der Jamaika-Entscheidung sind Sie noch weinerlich durch die Gegend gelaufen, und heute pumpen Sie sich wieder auf, als hätten Sie die Wahl gewonnen! Etwas Demut und Bescheidenheit tun not!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mit 24,5 Prozent der Stimmen erheben Sie den Anspruch, Ministerpräsident zu werden. Sie sehen es als eine Selbstverständlichkeit an, dass eine freie Partei nur mit der SPD zusammengehen könne. Vor diesem Hintergrund sollten Sie sich heute hier wirklich nicht hinstellen und sagen, die anderen hätten alles getan, nur um an der Macht zu bleiben!

(Zurufe von den Oppositionsfractionen: Stimmt aber doch!)

Also, das klägliche Schauspiel in Sachen „Macht“ und „Machtergreifung“ hat hier doch wohl einer geboten: der Landesvorsitzende der SPD!

(Lachen von der SPD. - Abg. Schramm (LINKE): Peinlich!)

Ich will nun auch etwas zum Thema „Aufblähung der Apparate“ sagen. Man betrachte sich einmal die Regierungen unter den Ministerpräsidenten seit 1985! Das ist nun keine Kritik. Es gab unter ihnen aber keine Regierung, die - als Alleinregierung! - einschließlich der Staatskanzlei weniger als acht Häuser hatte. Derjenige, der in der Demokratie zu Hause ist, weiß, dass bei Koalitionen Einigungen erforderlich sind. In Deutschland gibt es in den 16 Bundesländern keine Regierung, die inklusive der Staatskanzlei weniger als acht Häuser hat; das bewegt sich zwischen acht und zwölf Häusern. Derjenige, der vor diesem Hintergrund in unserem Land angesichts einer Dreierkoalition acht Häuser - also sieben Ministerien und die Staatskanzlei - als „unangemessen“, als „Aufblähung“ bezeichnet, der in diesem Kontext Begriffe wie „Wahlbetrüger“ et cetera in den Mund nimmt,

(Abg. Linsler (LINKE): Und noch elf Staatssekretäre! - Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD): Und davon nur eine Frau!)

beweist heute doch nur eines - und davon ist Ihr ganzer Beitrag geprägt, Kollege Maas: Er hat keinerlei Perspektive für das Land, es geht ihm vielmehr nur um die Frage, wie man zum Start der vor uns liegenden fünf Jahre diese Koalition, diesen Ministerpräsidenten und diese Mehrheit diffamieren und schlechtmachen kann. - Ich halte das für keinen guten Start.

Ich will an dieser Stelle auch etwas in Sachen Kollege Hubert Ulrich sagen.

(Amüsierte Zurufe von den Oppositionsfractionen. - Abg. Linsler (LINKE): Sie verteidigen ihn jetzt?)

Derjenige, der in diesem Parlament Menschen, ehrenwerte Bürger dieses Landes, durch bestimmte Qualifizierungen herabwürdigt, disqualifiziert sich selbst!

(Abg. Linsler (LINKE): Der Herr Ulrich, kann der sich nicht verteidigen?)

Und ich will ein Weiteres sagen: Wir haben in diesem Hause viele Abgeordnete, die ihre Angaben im Landtagshandbuch gemacht haben und die sich vergleichen können.

(Abg. Commerçon (SPD): Darum geht es doch gar nicht! - Weiterer Zuruf von der SPD: Das ist doch nicht die Frage! - Abg. Schmitt (CDU): Doch! Um was denn sonst? - Sprechen.)

Wer einem Abgeordneten, der in den Handbüchern seit 2001 korrekt seine Angaben gemacht hat, nun plötzlich im Jahr 2009 vorwirft, das Ganze sei nach dem Geschmack „käuflich“,

(Abg. Huonker (LINKE): Das war ja bisher nicht bekannt!)

dem kann ich nur sagen: Er möge bitte wirklich sein Vorgehen hinterfragen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fordere Sie heute auf, ich bitte Sie: Geben wir gemeinsam diesen Stil auf

(Abg. Commerçon (SPD): Jetzt wieder „gemeinsam“?)

und machen wir uns nicht gegenseitig schlecht, wo es wirklich nicht angebracht ist!

(Sprechen und Zurufe von der SPD. - Abg. Commerçon (SPD): Du bist doch die Dreckschleuder!)

Ich will eine weitere Anmerkung machen. Herr Kollege Commerçon! Es würde Ihnen gut zu Gesicht stehen, wenn Sie mit Worten wie "Dreckschleuder" oder „Wahlbetrüger“ jetzt mal etwas Pause machten und zur Sachlichkeit zurückkehrten. Wir sprechen heute über eine Regierungserklärung.

(Abg. Meiser (CDU))

(Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD). - Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Um dieses Thema abzuschließen: Ich kann nur sagen, wer unterstellt, dass der Kollege Hubert Ulrich -

(Abg. Linsler (LINKE): Er kann sich selbst verteidigen)

übrigens im absolut zulässigen Rahmen - 2001, zwei Jahre nach dem Regierungswechsel, einen Nebenjob angenommen hat,

(Mehrere Zurufe von der Opposition)

weil er 2001 Jamaika im Jahr 2009 vorbereiten wollte,

(Abg. Huonker (LINKE): Und die Spenden? - Lautes Sprechen bei der Opposition)

der unterstellt ihm schon seherische Fähigkeiten und Genialität.

Das Ganze ist nur lächerlich und ist der untaugliche Versuch, diese Koalition, diese Regierung und auch einen Stützpfeiler dieser Koalition, nämlich den Vorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

(Abg. Linsler (LINKE): Jawohl!)

schlechtzumachen, zu diffamieren und in der Politik ins Abseits zu stellen. Wir werden diesen Stil nicht mitmachen, das sage ich in aller Klarheit!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vielleicht stünde es dem ein oder anderen bei der SPD und bei der LINKEN gut an, darüber nachzudenken, wie sich Verhandlungen entwickelt haben. Entweder hat sich der Kollege Hubert Ulrich mit allen Verantwortlichen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erheblich verstellen können,

(Abg. Huonker (LINKE): Genauso war es! - Abg. Linsler (LINKE): Richtig! Richtig! - Lautes Sprechen bei der Opposition.)

oder er hat mit uns - und genauso war es - über Wochen ernsthaft um viele Sachfragen gerungen, um eine Grundlage für diese Koalition zu schaffen.

Ich will ein Letztes zu dem Thema sagen: Wer bei geheimer Abstimmung von Delegierten mit einer Mehrheit von 78 Prozent zum Sondierungsergebnis und bei einer Zustimmung zu dieser Koalition mit 90 Prozent so formuliert wie Sie,

(Zuruf der Abgeordneten Huonker (LINKE) - Weitere Zurufe von der Opposition)

will darüber hinwegtäuschen, dass er offensichtlich kein guter und seriöser Partner war.

(Widerspruch bei den Oppositionsfraktionen. - Abg. Pauluhn (SPD): Die Delegierten waren handverlesen! - Abg. Rehlinger (SPD): Ich sage

nur: „Müller“! - Zuruf: Die Delegierten von Ostermann.)

Ich nehme an, dass Sie manche beteiligten Personen nennen. Ich will hier keine Namen nennen, wie es andere tun, weil es keine Sippenhaft gibt. Sonst würde ich den Namen einer anderen Person nennen, der ein gewisses System offensichtlich von den GRÜNEN mit zu den LINKEN genommen hat.

Deshalb wäre ich sehr vorsichtig mit diesen Aussagen.

(Lachen bei den LINKEN. - Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich wäre auch sehr zurückhaltend bei der Frage, wer wo von wem Spenden erhalten hat. Das sage ich jetzt mal für das gesamte Parlament, alle fünf Fraktionen: In der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland steht, dass neben der staatlich garantierten Parteienfinanzierung die Parteien sich über Spenden finanzieren sollen. Welcher Landesvorsitzende, welcher Kreisvorsitzende bemüht sich nicht bei Firmen darum, dass er Unterstützung erhält?

(Zurufe von der LINKEN: Wir! - Abg. Linsler (LINKE): DIE LINKE!)

Das ist nichts Ehrenrühriges, das ist in der Verfassung vorgesehen.

Man sollte auch den Schutz derer, die spenden, achten. Deshalb habe ich die herzliche Bitte, die gesamte Diskussion, die Kultur der Diskussion und die Art des Umgangs zu überdenken, denn eines kann ich Ihnen vorhersagen: Sie werden hier damit leben müssen,

(Abg. Linsler (LINKE): Sie aber auch - Abg. Schramm (LINKE): Fünf Jahre lang)

auch wenn Sie heute das Prinzip Hoffnung vor sich her tragen, dass diese Koalition, diese Regierung fünf Jahre in diesem Land gestalten wird. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich weiß, dass wir mit dem Koalitionsvertrag und der Regierungsbildung einen guten Start haben. Ich lade alle Fraktionen - und wer mich kennt, weiß, dass mir das ernst ist - ein, konstruktiv und fair miteinander umzugehen und zusammenzuarbeiten. Ich sage hier und heute für die CDU-Landtagsfraktion: Im Mittelpunkt unserer Arbeit soll das Wohl der Menschen in unserem Lande stehen. In diesem Sinne wollen wir unsere Arbeit beginnen. - Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine.

Abg. Lafontaine (LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einer Feststellung sind für uns wohl alle einig: Diese Regierungserklärung wurde in einer wirtschaftlich und finanzpolitisch schwierigen Zeit abgegeben. Es ist schön, dass an dieser Stelle in diesem Hause Einigkeit herrscht.

Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Landesfinanzen sich in einem bedenklichen Zustand befinden. Das darf man nicht beschönigen. Ich glaube, diese Formulierung ist verharmlosend. Die Landesfinanzen befinden sich in einem katastrophalen Zustand, in einem Zustand, den vor einigen Jahren noch niemand voraussehen konnte. Wenn davon die Rede ist, dass wir einen Schuldenberg von über 10 Milliarden Euro haben und wenn die Regierung erklärt: Wir hoffen, dass wir mit einer Nettokreditaufnahme von 1 Milliarde Euro auskommen, so ist das eine Katastrophe, die niemand vor einigen Jahren voraussehen konnte.

Wir können uns dieser Herausforderung nicht stellen, wenn wir verharmlosen. Man hätte von dieser Regierungserklärung erwarten dürfen, dass irgendein Vorschlag gemacht worden wäre, irgendein Weg aufgezeigt worden wäre, wie wir aus dieser Situation herauskommen. Ich muss feststellen: Diese Regierungserklärung verfehlt ihre eigentliche Aufgabe, denn dazu wurde nichts vorgetragen. Damit sind Sie den Herausforderungen der Politik dieses Landes nicht gewachsen.

(Beifall von den Oppositionsfractionen.)

Zwar ist es zu begrüßen - darauf hat Herr Kollege Maas schon hingewiesen -, dass Sie sich bei der Schuldenbremse langsam der Realität stellen. Es ist ja schon abenteuerlich festzustellen, in welcher Geschwindigkeit jetzt akzeptiert wird, dass diese Schuldenbremse in diesen Zeiten in dieser Form überhaupt nicht zu halten ist. Deswegen ist an dieser Stelle sehr wohl der Begriff der Wählertäuschung angebracht. Wenn man vor einer Landtagswahl den Eindruck erweckt, dies sei der Weg, um die Landesfinanzen zu konsolidieren, wenn man vor einer Landtagswahl diejenigen angreift, die das für falsch halten, aber dann direkt nach der Landtagswahl das Gegenteil behauptet, ist dieser Vorwurf sehr wohl aufrechtzuerhalten.

(Beifall von den Oppositionsfractionen.)

Gleichwohl ist es natürlich zu begrüßen, wenn an dieser Stelle Einsicht eingekehrt ist, denn die Schuldenbremse in der jetzigen Zeit hieße, dass wir erhebliche Nachteile hätten bei der Infrastruktur, bei der wirtschaftlichen Entwicklung, bei Bildung und Forschung und im Gesundheitswesen, um die wichtigsten Punkte anzusprechen. Deswegen konnte ja vielleicht der ein oder andere Finanzpolitiker auf eine solche Idee kommen. Wer aber wirklich das Wohl

der Menschen im Auge hat, wie ich das hier so oft gehört habe, der musste doch sehen: Das ist nicht der Weg, den wir gehen können, denn er wäre mit so großen Wohlstandsverlusten für viele Menschen verbunden, dass man ihn schlicht und einfach nicht gehen kann. Dieser Weg hat keinen Bestand!

(Beifall von den Oppositionsfractionen.)

Es ist zu begrüßen, dass Sie an einer Stelle einen Akzent gesetzt haben und gesagt haben, bei Bildung und Wissenschaft wollen Sie eine Ausnahme machen, hier wollen Sie den Rotstift nicht ansetzen. Das ist zu begrüßen. Wir sagen allerdings - ich sage das für die Fraktion DIE LINKE -: Wir hätten es begrüßt, wenn Sie die Kultur mit einbezogen hätten. Wir glauben, dass gerade in der jetzigen Situation der Kultur in unserem Lande eine besondere Bedeutung zukommt. Es wäre aus unserer Sicht angemessen, die Kultur in diese Regel mit einzubeziehen.

(Beifall von den Oppositionsfractionen.)

Sie haben gesagt, Sie erwarteten Vorschläge, wie man die Landesfinanzen sanieren könne. Die gibt es ja, meine Damen und Herren! Zunächst einmal kann man sagen, man will sparen. Dann muss man aber auch konsequent sein und die Bereiche benennen. Sie haben eine Maxime aufgestellt, Sie wollen sich bei den Ausgaben des Landes in etwa an der Entwicklung anderer Länder orientieren. Ich rate Ihnen aufgrund von Verhandlungen, die ich in der vergangenen Zeit geführt habe, sich einmal die Personalskennziffern der einzelnen Flächenstaaten anzuschauen. Da würden Sie sehr Überraschendes entdecken. Sie würden entdecken, dass dieses Land - im Vergleich der Bundesländer mit Ausnahme der Stadtstaaten - eine sehr expansive Ausgabenpolitik beim Personal betreibt.

Das heißt, betreffend pro Kopf Vollzeitstellen liegt das Land mit an der Spitze.

(Sprechen und Zurufe von der CDU.)

Ich komme darauf zurück. Ich stelle nur fest, dass Sie - -

(Erneute Zurufe von der CDU.)

Nein, nein, hören Sie doch zu. Ich stelle nur fest, dass Sie an dieser Stelle Ihren selbst gestellten Ansprüchen nicht genügen und dass Sie sich diesen Widersprüchen stellen müssen. Denn Sie werden auf Bundesebene - und das ist ja bei den Verhandlungen der letzten Wochen geschehen - auf diese Widersprüche hingewiesen werden, da Sie mit die höchsten Zahlen haben.

(Zuruf von Minister Jacoby.)

Ja, darin sind Sie ganz groß, Herr Jacoby: Zahlenreihen aufzustellen im Widerspruch zu anderen Zahlenreihen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass

(Abg. Lafontaine (LINKE))

Sie an dieser Stelle Ihren Ansprüchen nicht genügen.

Unser Weg ist ein anderer. Wir sind der Auffassung, dass angesichts der Tatsache, dass die öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren deutlich zurückgefahren wurden, mittlerweile in der Bundesrepublik Deutschland weniger Personal ist als in der alten Westrepublik, dass der Weg der Personalkürzungen nicht mehr der richtige Weg ist. Man müsste ja, um überhaupt die Zinsen einigermaßen bedienen zu können, viele Tausend Stellen in diesem Lande streichen. Und wer will diesen Vorschlag machen? Wenn man diesen Vorschlag nicht machen will, muss man gefälligst andere Vorschläge machen und darf nicht einfach sagen, wir werden das irgendwie deichseln. Und hier sage ich für unsere Fraktion: Es gibt nur den Weg einer anderen Steuerstruktur. Wir sagen, die Ländersteuern, Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer sind der Ausweg, nachdem man in den letzten Jahren eine völlig falsche Steuerpolitik betrieben hat. Mit dem Ergebnis, dass alle Länderhaushalte und Gemeindehaushalte mehr oder weniger in Schwierigkeiten gekommen sind. Deshalb ist hier die Umkehr geboten. Hier ist der Ausweg. Wir brauchen höhere Vermögenssteuern, wir brauchen höhere Erbschaftssteuern. Das ist der Vorschlag, den wir als Fraktion die LINKE machen.

(Beifall von der LINKEN.)

Würden wir auf Bundesebene allein eine Vermögenssteuer von 20 Milliarden haben, hätten wir aufgrund des Anteils, der dem Saarland zustünde, eine Mehreinnahme, die letztlich geeignet wäre, die Differenz bei der Bedienung der Zinsen auszugleichen. Das heißt, man könnte die zusätzlichen Zinsausgaben bedienen. Das zeigt: Von der Größenordnung her ist hier ein Weg. Es wird auch gar keinen anderen Weg geben, ich sage das hier noch einmal. Denn der jetzt beschrittene Weg führt einfach in die Katastrophe. Deshalb muss man einen neuen Weg gehen.

Damit hier nicht erzählt wird, die Fraktion DIE LINKE würde an dieser Stelle nur Steuererhöhungsvorschläge machen, möchte ich darauf hinweisen, dass wir im Bundestag mehrfach Anträge gestellt haben, den Mittelstandsbauch zu beseitigen, als die Kassen noch voll waren; dass wir mehrfach Anträge gestellt haben, die kalte Progression zu beseitigen, als die Kassen noch voll waren; und dass wir mehrfach Anträge gestellt haben, die degressive Abschreibung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern. Alles wurde abgelehnt von den Mehrheiten - ich weise nur darauf hin. Die Wege will man jetzt gehen. Man kann sie aber nicht mehr gehen, weil die öffentlichen Kassen so geplündert sind, wie sie geplündert worden sind, und weil man aufgrund der Parteienkonstellation auf Bundesebene

nicht in der Lage ist, vernünftige Gegenfinanzierungsvorschläge zu machen.

(Beifall von der LINKEN.)

Neben diesem Vorschlag, über die Erbschafts- und Vermögenssteuer für die Länderfinanzen den Ausweg zu suchen, möchte ich Sie nachdrücklich auffordern, angesichts der Zahlen, die Sie genannt haben - wenn Sie einigermaßen glaubwürdig bleiben wollen -, die Steuervorschläge der Regierung Merkel/Westerwelle abzulehnen. Es ist schlicht verantwortungslos als Landespolitiker in diesem Lande, solche Steuervorschläge im Bundesrat auch noch durchzuwinken.

(Beifall von der LINKEN.)

Es hat Ihnen vielleicht wehgetan, als Herr Maas darauf hingewiesen hat, dass Ihre Durchschlagskraft auf Bundesebene gering ist, Herr Ministerpräsident. Das können Sie ja widerlegen. Sie können zeigen, dass Sie in der Lage sind, aufgrund der jetzigen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat - wie das ja vorher schon einmal geschehen ist -, einen erheblichen Beitrag zur Sanierung der Landesfinanzen zu leisten. Ich muss allerdings sagen, dass wir sehr skeptisch sind, da zehn Jahre nicht genügt haben, hier voranzukommen, ob jetzt die nächsten Jahre geeignet sein werden, überhaupt einmal diesbezüglich einen spürbaren Erfolg für unser Land zu erreichen.

(Beifall von der LINKEN.)

Der zweite Punkt, den Sie erwähnt haben mit dem Hinweis darauf, das sei eine Ihrer Sorgen: Den Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Land auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Da haben Sie den Vorschlag gemacht, das Kurzarbeitergeld länger zu gewähren. Wir halten diesen Vorschlag für richtig, obwohl es eine ganze Reihe von Gegenargumenten gibt. Gleichwohl glauben wir, dass unter dem Strich gute Erfahrungen damit gemacht worden sind. Wir sind aber der Auffassung, dass nach dem Beispiel anderer Länder ein öffentlicher Beschäftigungssektor hier eingerichtet werden sollte, um Menschen ein Mindestmaß an Einkommen und Beschäftigung zu sichern. Andere haben Erfolg - warum gehen wir hier an der Saar nicht diesen Weg?

(Beifall von der LINKEN.)

Der dritte Punkt, den ich aufgreifen will: Sie wollten eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivvermögen auf den Weg bringen. Nur, was wollen Sie machen? Wir hören da diese lieblichen Erklärungen, aber wir hören keine Vorschläge dazu.

Ich möchte von unserer Seite zwei weitere Vorschläge zur Diskussion stellen. Wir haben im Bundestag schon oft darauf hingewiesen, dass die Erbschaftssteuer so zu gestalten sei, dass sie auch das Be-

(Abg. Lafontaine (LINKE))

triebsvermögen mit einbezieht; dass sie aber in dem Moment, in dem ein Betrieb Erbschaftssteuern zahlen muss, die Möglichkeit bieten soll, diese Steuer zu erlassen und dafür Belegschaftsbeteiligungen zu gewähren. Es hat überhaupt keinen Sinn, jetzt seit Jahrzehnten die Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsvermögen immer wieder zu fordern, aber keinen einzigen Vorschlag vorzulegen, wie das nachhaltig in Wirklichkeit geschehen kann.

Und der zweite Vorschlag, den ich hier vortragen möchte, ist folgender - darüber wird über Jahrzehnte diskutiert -: Wir können nicht immer einzelnen Personen, die Betriebsvermögen besitzen, durch Steuerzuschüsse dieses Betriebsvermögen immer weiter erhöhen. Deshalb ist es richtig, wenn gefordert wird, dass in Zukunft Steuerzuschüsse nicht nur bei Banken, sondern auch bei anderen Produktionsbetrieben in Belegschaftsbeteiligungen umgewandelt werden. Das wäre ein Einstieg, das wäre ein Ansatz, um endlich hier einmal eine Forderung zu erfüllen, die im Nachkriegsdeutschland seit Bestehen der Bundesrepublik erhoben worden ist, wo man aber in Wirklichkeit nicht entscheidend vorangekommen ist.

(Beifall von der LINKEN.)

Nun sagten Sie, die Bekämpfung der neuen Armut sei Ihnen ein Anliegen. Hierzu möchte ich in aller Klarheit feststellen: Durch Ihre Politik im Bundesrat haben Sie ganz entscheidend dazu beigetragen, dass die neue Armut groß geworden ist und Sie haben dazu beigetragen, dass sie in nächster Zeit noch größer werden wird. Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollten hier umkehren, dann würden wir ja gerne hören: Was unternehmen Sie denn? Der Kollege Maas hat auf die Leiharbeit hingewiesen, es ist hier bisher keinerlei Ansatz vorgetragen worden, diese Arbeitsverhältnisse, die menschenunwürdig sind, deutlich zurückzuführen. Unsere Forderung ist und bleibt es auf jeden Fall an dieser Stelle!

Wir haben darauf hingewiesen, dass Hartz 4 eine Bestimmung hat, die zu diesem Lohndumping führt. Und sie heißt: Wenn du arbeitslos wirst, musst du jede Stelle annehmen, sei sie noch so schlecht bezahlt und sei sie noch so weit unter dieser Qualifikation. Es wäre wirklich an der Zeit, zumindest diese Forderung von Hartz 4 zu streichen, denn sie ist die Grundlage des Lohndumpings und damit der Armut für viele Menschen.

(Beifall von der LINKEN.)

Sie haben vor einiger Zeit noch den Kündigungsschutz in Frage gestellt, Sie haben der Aushöhlung der Tarifverträge das Wort geredet. Wir bleiben dabei: Es wäre an der Zeit - und das war ein Thema der Gesprächsrunden -, dass auch dieses Land gesetzliche Mindestlöhne im Bundestag beantragt, denn sonst wird das Lohndumping immer weitergehen. Und es werden in immer größerer Zahl Löhne

gezahlt werden, die schlicht und einfach menschenunwürdig sind. Es wäre gut, wenn Sie hier einmal konkret würden und einen entsprechenden Vorschlag machen würden.

(Beifall von der LINKEN.)

Die Tariftreue, die so oft angesprochen worden ist: Dieses Thema kann man auch endlos diskutieren. Hier muss man Entscheidungen treffen! Es genügt nicht, wenn Sie hier wieder einen Prüfauftrag formulieren. Da kann man als Beobachter ja nur sagen: Das Thema ist jetzt seit Jahren in der Diskussion. Es wäre an der Zeit gewesen, bei dieser Regierungserklärung festzustellen - auch im Geist der Sozialpartnerschaft -: Jawohl, in diesem Sinne werden wir Tariftreue dann und dann zu diesen Bedingungen einführen. - Wir fordern das nachdrücklich!

(Beifall von der LINKEN.)

Und wenn ich schon dabei bin, Sie darauf hinzuweisen, in welchem Umfang Sie an der Entstehung der Armut beteiligt waren, dann ist es ja wohl keine Fehlinformation, wenn ich sage, dass Sie auch an der Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne mit beteiligt waren im Bundesrat.

Ich nehme mal die letzte größere Ansiedlung zu meiner Regierungszeit - NEMAG heißt der Betrieb heute. Solche Betriebe haben in den letzten Jahren mehrfach den Anteilseigner gewechselt, weil es Fonds möglich ist, auf dem Kreditwege diese Betriebe aufzukaufen, den Belegschaften dann Verzicht abzupressen und sie weiterzuverkaufen, ohne Steuern zu zahlen. Da wäre es wirklich an der Zeit, den Worten einmal Taten folgen zu lassen und diese Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne im Bundesrat zur Disposition zu stellen. Vielen Betrieben und Belegschaften hier an der Saar wäre entscheidend geholfen!

(Beifall von der LINKEN.)

Nun komme ich zum Bergbau und zunächst einmal zur Regierungserklärung. In der Regierungserklärung wurde immer wieder darauf hingewiesen, wie stolz man doch darauf sein kann, dass hier keine Entlassungen vorgenommen worden sind. Ich habe den Eindruck, dass immer noch nicht verstanden wurde, worum es eigentlich geht. Es ging nicht um Entlassungen, es ging um eine verfehlte Politik, die ich so beschreiben möchte: In einer Zeit sich abzeichnender steigender Arbeitslosigkeit hat die Vorgängerregierung alles getan, um an der Saar beschleunigt Arbeitsplätze im Bergbau abzubauen. Sie haben Menschen ohne Not arbeitslos gemacht. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen hier machen müssen, weil Ersatzarbeitsplätze nicht bereitgestellt worden sind.

(Beifall von der LINKEN.)

(Abg. Lafontaine (LINKE))

Es ist nur ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass sich in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin - ich sage es mal so, die Frau aus der Uckermark - zur Kohle bekennt und sich der saarländische Ministerpräsident hier brüstet, dass er alles getan hat, um die Arbeitsplätze im Bergbau zu vernichten. So etwas haben wir in den letzten Jahren hier noch nicht erlebt!

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Im Übrigen, zu Ihren Ausführungen, Herr Kollege Meiser; Sie dürfen die Dinge nicht auf den Kopf stellen. Wir haben vor der Wahl mit dem Unternehmen Gespräche geführt hinsichtlich der Fortführung des Bergbaus. Das Unternehmen zeigte keine große Bereitschaft. Wir haben Verhandlungen geführt, ob nicht etwas für die Leute getan werden müsste. Das Unternehmen zeigte ebenfalls keine große Bereitschaft. Wir haben dann gesagt, wir wissen, dass wir letztendlich nur dann eine Chance haben, den Bergbau zu verlängern, wenn wir eine Rot-Rote-Koalition zustande bringen, und wenn das Unternehmen und die IG-Bergbau - ich denke an den Tarifvertrag - diese Veränderungen der Politik mittragen. Deshalb möchte ich Ihnen ganz klar sagen, wir haben es für falsch gehalten, die Produktionskapazität im Saarland so zu steuern, dass Leute nach Ibbenbüren gehen müssen. Wir halten das nach wie vor für falsch. Wir bleiben dabei, zumindest diese zwangsweise Umsiedlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollte nach wie vor vermieden werden.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen. - Abg. Linsler (LINKE): Richtig!)

Besonders spaßig finden wir es, dass sich dieses Land auf Druck der Grünen anmaßt, die Optionsklausel für den Bergbau auf Bundesebene in Frage zu stellen. Glauben Sie tatsächlich, die anderen Länder warten darauf, was Sie zur Optionsklausel sagen - also zur Verlängerung des Bergbaus? Wenn Sie sich schon zur Freude etwa der Ruhr dazu verständigt haben, Arbeitsplätze von der Saar an die Ruhr zu verlagern - ich habe das mehrfach gehört -, dann machen Sie sich nur noch lächerlich, wenn Sie jetzt glauben, in dieser Situation von der Saar aus eine Regelung in Frage stellen zu können, die bundesweit von vielen vereinbart worden ist. Übernehmen Sie sich nicht und kümmern Sie sich um Dinge, die Sie angehen und nicht um Dinge, die Sie letztendlich überhaupt nichts angehen.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Ich komme nun zur Bildung. Es ist interessant, dass Sie umgelernt haben. Wir begrüßen, dass die Studiengebühren nicht mehr erhoben werden. Wir hätten es begrüßt, wenn zumindest das Zweitstudium auch noch freigestellt worden wäre. Es ist manchmal sinnvoll, ein Zweitstudium zu machen, es kann manchmal tatsächlich erhebliche Verbesserungen

der Qualifikation bedeuten. Wir begrüßen, dass längeres Lernen mittlerweile von der Mehrheit in diesem Haus akzeptiert wird. Was ich nicht verstanden habe, ist die Passage zur Verfassungsänderung. Sie können hier erzählen was Sie wollen. Wenn Sie ernsthaft sagen, wir wollen die Verfassung ändern und damit keine Schulform mehr festschreiben, aber im Anschluss dann sagen, Sie wollen das Gymnasium rechtsverbindlich festschreiben, dann ist das ein Widerspruch, das ist schlichter Blödsinn. Deswegen, unterlassen Sie einfach solche Ankündigungen, die Sie sowieso nicht halten können, denn ansonsten kriegen Sie niemals eine Verfassungsänderung zustande.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Ich habe Ihnen genau zugehört. Ich habe den Eindruck, als zielten Sie darauf ab, die Verfassungsänderung zwar verbal anzugehen, sie aber scheitern zu lassen, um dann doch bei den vier Jahren zu bleiben. So hörte sich das letztendlich an.

(Sprechen und Heiterkeit bei der LINKEN. - Zuruf des Abgeordneten Linsler (LINKE). - Sprechen bei der CDU.)

Ich will das jetzt zumindest gesagt haben, denn man hört es zwischen den Zeilen. Es hörte sich so an: Na gut, wenn wir nicht durchkommen, dann bleibt es bei den vier Jahren. Das wäre auf jeden Fall eine sehr nachteilige Entwicklung. Und ich sehe einige bedenkliche Gesichter. Wenn Sie schon längeres gemeinsames Lernen wollen, dann sollten Sie Schulgesetze vorlegen, die zumindest einigermaßen abgestimmt sind mit den Nachbarländern und den Wechsel von Schülerinnen und Schülern in andere Länder ohne große Probleme ermöglichen. Was die Lehrerverbände gesagt haben - nicht wir -, ist richtig. Sie sollten an dieser Stelle Ihre etwas zu kurz gegriffene Ausarbeitung gefälligst noch einmal überdenken.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich angesichts der fortgeschrittenen Zeit ein Thema ansprechen, das Herr Meiser glaubte, eben mal mit Links erledigen zu können.

(Abg. Meiser (CDU): Mit Rechts!)

Oder mit Rechts, wenn Ihnen das lieber ist, Herr Meiser, wir sind da großzügig. Der eine hat eine starke Linke, der andere eine starke Rechte.

(Heiterkeit.)

Es geht um das Thema, inwieweit der Unternehmer Ostermann auf die Bildung dieser Regierung Einfluss genommen hat. Ich möchte klarstellen, dass nach unserem Verständnis diese Regierung in unzulässiger Weise zustande gekommen ist,

(Abg. Lafontaine (LINKE))

(Oh-Rufe bei der CDU)

weil ein einzelner Unternehmer in unverhältnismäßiger Weise auf diese Regierungsbildung Einfluss genommen hat.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Darum geht es! Nicht darum, dass in irgendeiner Form Spenden getätigt wurden. Wenn beispielsweise der Kollege Meiser früher bei diesem Unternehmer beschäftigt war, jetzt Fraktionsvorsitzender der CDU ist, dann könnte allein aus diesem Sachverhalt niemand irgendwelche Vorwürfe konstruieren. Wo kämen wir denn da hin? Wenn noch der Vorsitzende der FDP-Fraktion von diesem Unternehmer zum Präsidenten des 1. FC Saarbrücken ernannt worden ist, dann würde man daraus immer noch keine großen Dinge konstruieren. Man würde zumindest eine große Nähe des Unternehmens zu dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion konstruieren. Dass die FDP in großem Umfang Spenden von der Industrie und von diesem Unternehmer erhält, auch das würde man hinnehmen. Ob die CDU von diesem Unternehmer auch Spenden erhalten hat, ist nicht geklärt.

(Zurufe des Abgeordneten Schmitt (CDU). - Abg. Linsler (LINKE): Richtig!)

Es wäre von Interesse zu erfahren, ob die CDU von diesem Unternehmer ebenfalls Spenden bekommen hat. Wenn wir im Saarbrücker Stadtrat Koalitionsverhandlungen führen und mit einem Fraktionsvorsitzenden der FDP konfrontiert sind, der auch bei diesem Unternehmer beschäftigt ist, dann wird einem allmählich angst und bange. Dann stellt sich die Frage, wo hat dieser Kerl überall die Finger drin? Fast überall in diesem Lande! Wenn klar wird, dass diese Partei von diesem Unternehmer finanziert wird, dann stellt man sich die Frage: Ist das der richtige Weg? Wenn aber noch dazukommt, dass neben den beiden Fraktionsvorsitzenden, die ich eben angesprochen habe, auch der dritte Fraktionsvorsitzende ein Beschäftigungsverhältnis bei diesem Unternehmer hatte, zunächst ein reguläres - um das mal klarzustellen - und dann einen Nebenjob - -

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Das ist eine falsche Aussage! Das hatte ich nie!)

Ein reguläres hatten Sie nie, dann bedauere ich dies.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Ich hatte nie ein Beschäftigungsverhältnis bei diesem Unternehmer!)

Entschuldigung, ich habe mich versprochen. Ich meine, bei einer Gesellschaft - -

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Ja!)

Entschuldigen Sie bitte, Herr Kollege - -

(Heftige Zurufe, Unruhe und Heiterkeit bei der LINKEN.)

Sie haben nun wirklich einen Volltreffer gelandet. Ich entschuldige mich, Herr Kollege Ulrich, Sie waren nicht bei dem Unternehmer beschäftigt, sondern bei einer Gesellschaft, an der der Unternehmer einen erheblichen Anteil hat.

(Erneute Zurufe des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE). - Unruhe und anhaltendes Sprechen bei der LINKEN.)

Und deren Geschicke dieser Unternehmer als Auftraggeber in ganz entscheidender Weise beeinflusst - -

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Reden Sie sich doch nicht heraus! Wenn noch herauskommt, dass die GRÜNEN von diesem Unternehmer ebenfalls Spenden entgegengenommen haben, dann ist es schlicht und einfach keine Übertreibung, zunächst einmal die Frage zu stellen: Wieso saß dieser Unternehmer am Tisch bei den Verhandlungen? Wieso saß er am Tisch, als Sie noch ein Beschäftigungsverhältnis mit einer Gesellschaft hatten, an der dieser Unternehmer beteiligt war? Das sind Fragen, die doch beantwortet werden müssen. Es wird im ganzen Land darüber geredet. Es wird darüber geredet, dass wir hier eine einmalige Situation haben: Der Ministerpräsident heißt nicht Müller, sondern der heimliche Ministerpräsident dieses Landes heißt Ostermann!

(Beifall, Heiterkeit und Jubel bei der LINKEN. - Lachen bei der CDU.)

So, meine Damen und Herren, damit Sie weiter lachen können,

(Abg. Meiser (CDU): Jawohl!)

interessanterweise erreichte uns während der Koalitionsverhandlung die Information - ich bin verpflichtet, das hier anzusprechen -, dass ein Steuerverfahren dieses Unternehmers - er hat seine Geschichte an der Saar - ausgerechnet im Zusammenhang mit dieser Zeit eingestellt worden ist. Als mich diese Information erreichte, habe ich gesagt, so blöd und so skrupellos können die eigentlich gar nicht sein! Deshalb wäre ich dankbar, wenn hier klargestellt würde, dass diese Informationen aus der Landesverwaltung nicht zutreffen.

Ich fasse zusammen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist letztendlich so, dass Sie auf die entscheidende Frage, die sich im Lande stellt, nämlich die Entwicklung der Landesfinanzen, keine Antwort gegeben haben. Sie haben allgemeine Formulierungen gebraucht. Es gibt von Ihnen keinen Weg, wie die Landesfinanzen in Zukunft saniert werden können. Deshalb wollen wir keine Kontinuität, was wir in diesem Land am meisten fürchten, ist die Kontinuität. Wir hoffen, dass die Kontinuität nicht Grund-

(Abg. Lafontaine (LINKE))

lage Ihrer Arbeit ist. Es ist immer so: Sie sagen, die Opposition behauptet, die Regierung ist schlecht. Sie sagen, die Regierung ist natürlich ganz toll in ihrer Leistung. Sie haben Ihr Zeugnis von den Wählerinnen und Wählern bekommen, Sie sind abgestraft worden mit minus 13 Prozent! Und das heißt, alles, was wir vermeiden müssen, ist Kontinuität in diesem Lande. Deshalb hoffen wir, dass dieses Land von der Kontinuität verschont bleibt.

Und dann noch etwas, ich habe Ihnen eine klare Frage gestellt, ich hoffe, dass Sie diese Frage beantworten können.

(Sehr lang anhaltender Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Horst Hirschberger.

(Zuruf aus der LINKE-Fraktion.)

Abg. Hirschberger (FDP):

Weißt du, bevor hier jemand Hampelmann ruft, soll er einmal mit den Dingen aufhören! Wir sind hier auch nicht in der Virage Est, sondern im Landtag.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deshalb komme ich gerade auf das Thema. Das hätte ich gerne am Ende gemacht. Aber ich komme gleich darauf zurück. Sie haben mich persönlich angesprochen. Ich spreche Sie zunächst auch einmal persönlich an. Ich darf Ihnen im Namen meiner Kollegen für Ihre Gesundheit alles Gute wünschen. Ich hätte mir gewünscht, dass sowohl Sie als auch der Vorredner der Opposition der Regierung auch gute Wünsche ausgesprochen hätten, denn es geht um das Land und es geht nicht um Ihre Partei und nicht um die anderen drei Parteien, die die Regierung tragen. Damit wir einmal die Dinge klarstellen: Ihr bis vor kurzem noch allerbesten Freund Reinhard Klimmt hat mich

(Zuruf des Abgeordneten Linsler (LINKE))

- das sagst du jetzt - zum Präsidenten des 1. FCS berufen. Das wollen wir doch einmal feststellen. Deshalb führe ich mein Amt dort auch in Unabhängigkeit aus.

Sie haben vorhin zu Spenden gesprochen. In meiner Eigenschaft als Landesschatzmeister erkläre ich Ihnen auch, dass ich immer darauf geachtet habe, dass diese Partei von einzelnen Spendern unabhängig ist. Obwohl ich nicht über Größenordnungen rede, will ich es in einem Vergleich sagen. In den acht Jahren, in denen ich Landesschatzmeister war, ist das Spendenaufkommen der FDP von 10 Prozent von der von Ihnen genannten Person getragen worden. Das ist nicht unanständig, das ist in Ordnung.

Das ist fair. Denn es geht bei den Spenden in der Tat um die Sicherung der Demokratie.

Sie alle haben auch Spenden angenommen. Ich hoffe, Sie bekommen Spenden. Das wünsche ich Ihnen, sonst können Sie Ihre Aufgaben gar nicht erfüllen. Das wäre für uns der richtige Ton, um miteinander umzugehen, und nicht der Ton, um zu suchen, wem wir jetzt noch irgendetwas ans Revers heften können. Da hat natürlich Heiko Maas - da hat er mich enttäuscht - den Stil tatsächlich geprägt. Wenn Sie jetzt auf meinen Parteifreund Georg Weisweiler anspielen - ich war an dem Übergang seiner Mitgliedschaft von der CDU zur FDP beteiligt -, der sich das nicht leicht gemacht hat, der erkannt hat, dass er in wichtigen Punkten den Liberalen zuzurechnen ist und zu uns gekommen ist, lieber Gott!

Dann reden Sie von Karrieren, Herr Maas. Schauen Sie einmal bitte auf Herrn Lafontaine. Herr Lafontaine hat Ihre Partei verlassen und hat eine große Karriere gemacht. Ist das denn vorwerfbar? Wenn wir so miteinander umgehen, dann belegen wir Parteizugehörigkeiten mit einem Stigma. Genau das wollen wir doch gar nicht erreichen.

Sie haben dann, Herr Maas, auch über Versorgung und Selbstbedienung gesprochen. Sie haben das auch vorhin getan - oder die SPD hat es vorhin getan - im Zusammenhang mit unserem Vizepräsidenten Karl-Josef Jochem. Karl-Josef Jochem ist ein Abgeordneter in der dritten Legislaturperiode; ein untadeliger Mann. Es hätte Ihnen allen gut zu Gesicht gestanden, wenn Sie ihn hier nicht zu einem Muster für Versorgung und Selbstbedienung gemacht hätten. Das hat er schlicht nicht verdient.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Sie fahren in diesem Stil dann weiter, reden von Dienstwagen und bedienen damit populäre Vorstellungen, was so alles Tolles in der Politik geschieht. Ich kann Ihnen sagen, wir haben alle unsere eigenen Fahrzeuge. Wir können auch mit unseren eigenen Fahrzeugen in einer anständigen Klasse vorwärts kommen. Das wünschen wir auch Ihnen, denn wir sind keine Versorgungsfälle. Das wollen wir einmal ganz klar feststellen. Wir kommen alle aus ordentlichen Berufen. Wir fürchten uns nicht, unser Geld auch in der Wirtschaft zu verdienen. Das einmal, um die Dinge zurückzuweisen, die Sie vorhin vorgetragen haben.

Jetzt komme ich zu meiner ursprünglichen Rede. Am 10. November hat die neue Landesregierung aus CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP ihre Arbeit aufgenommen. Diese Koalition ist in der Bundesrepublik ein absolutes Novum. Jamaika eröffnet neue, frische Möglichkeiten der Politikgestaltung. Unsere individuellen Stärken führen wir im gemeinsamen Dialog zusammen. Aus der Vielfalt unserer politischen Überzeugungen haben wir einen Strang

(Abg. Hirschberger (FDP))

geflochten, an dem wir fortan gemeinsam ziehen. Das Saarland wird hiervon deutlich profitieren.

Zu den zentralen Herausforderungen dieser neuen Landesregierung zählt vor allem die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Deshalb werden wir mit Weitsicht und Engagement an deren Überwindung arbeiten. Das heißt: weg vom akuten Krisenmanagement hin zu einer Politik, die das Wachstum nachhaltig stärkt!

Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Steuerpolitik. Deshalb bin ich froh, dass die neue Bundesregierung aus CDU und FDP die Politik der Steuererhöhungen der Großen Koalition beendet hat und noch in diesem Jahr ein Gesetz auf den Weg bringt, das Mittelstand und Mittelschicht endlich steuerlich entlastet. So werden Motivation und Leistungsbereitschaft gestärkt und zusätzliche Wachstumsimpulse gesetzt. Gleichzeitig wird Eigenkapital für Investitionen frei.

Diese neuen Wachstumsimpulse brauchen wir, um die zarte Erholung der Wirtschaft zu stützen. Wir brauchen diese Impulse aber auch für die Sanierung der Landesfinanzen. Denn nur durch Sparen alleine können wir den Haushalt nicht ausgleichen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung ist deshalb ein erster wichtiger Schritt, um zurück auf einen gesunden Wachstumspfad zu gelangen.

(Abg. Dr. Jung (SPD): Was heißt das jetzt für unser Bundesland?)

Diese richtige und wichtige Weichenstellung auf Bundesebene werden wir auf Landesebene flankieren, indem wir auf Wachstumstreiber setzen. Dazu gehört zum Beispiel die Gesundheitswirtschaft. Ein aktuelles Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie kommt zu dem Ergebnis, dass unter den richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Anteil der Gesundheitswirtschaft am Bruttoinlandsprodukt bis 2020 von heute etwa 10 Prozent auf etwa 13 Prozent und die Zahl der Beschäftigten bundesweit von 5 Millionen auf rund 7 Millionen Menschen wachsen kann.

Die größten Wachstumsraten innerhalb der Branche verzeichnen hier die Bereiche Gesundheitstourismus, Wellness und Bioprodukte. Wir wollen deshalb Gesundheitsdienstleister auch für Bürger anderer Länder werden und so die Wachstums- und Beschäftigungspotenziale der Gesundheitswirtschaft zum Wohle unseres Landes heben. Grundlage dafür ist und bleibt die soziale Marktwirtschaft. Ich bin sehr froh darüber, dass sich dieser Koalitionsvertrag ausdrücklich zur sozialen Marktwirtschaft bekennt und alle planwirtschaftlichen Experimente an der Saar verhindert wurden. Alles andere als die soziale Marktwirtschaft wird die Krise verschärfen und das Land in die Handlungsunfähigkeit treiben.

Das heißt aber nicht, dass wir hier keinen Reformbedarf haben. Angesichts der Wucht, mit der die Finanz- und Wirtschaftskrise das Saarland getroffen hat, wäre es fatal, von optimalen Rahmenbedingungen zu sprechen. Die Krise hat das Saarland wirtschaftlich weiter zurückgeworfen als andere Bundesländer. Das müssen wir für die Zukunft verhindern. Das schafft man aber nur dann, wenn es durch einen völlig neuen Politikentwurf gelingt, neue innovative Wege zu gehen. Dazu bedarf es einer langfristig tragfähigen Strategie, die Rücksicht auf die sozialen Belange der Menschen nimmt, einer Strategie, die einer sich ändernden Altersstruktur in unserem Land Rechnung trägt, und vor allem auch einer Strategie, die Ökonomie und Ökologie in harmonischer Art und Weise miteinander in Einklang bringt.

Kurz gesagt: Wir wollen unser Handeln strikt an dem Gedanken der Nachhaltigkeit orientieren. Denn nur wer nachhaltig handelt, handelt wirtschaftlich, schont Ressourcen und schafft Generationengerechtigkeit. Genau das ist der Anspruch der neuen Landesregierung. Ich bin froh, dass dieser Koalitionsvertrag hierzu die Weichen stellt. Die FDP kämpft seit Jahren für ein besseres Bildungssystem, ein Bildungssystem, das unsere Kinder besser auf ihr späteres Lernen vorbereitet, ein System, in dem unsere Kinder früher gefördert werden, in dem G 8 reformiert ist, das unsere Kinder voranbringt, in dem Hochschulen aufgewertet werden, um ihre Qualität zu verbessern. Das sind die kommenden Ziele unserer Bildungspolitik.

Das ist nur durch Investitionen zu stemmen. Daher gehen 65 Prozent des Konjunkturpakets Saar in die Bildung. Der Anteil der Bildung am Haushalt wird auf 30 Prozent in Stufen erhöht. Geld wird auch in die Sanierung der Schulen fließen, jedoch wird vor allem die Qualität der Bildung verbessert. Dieser Koalitionsvertrag schafft die Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Nicht das bloße Unterbringen der Kinder steht im Vordergrund, sondern eine sinnvolle pädagogische Betreuung. Das wird unter anderem durch einen weiteren Ausbau verlässlicher Betreuungsangebote für alle Altersstufen gewährleistet. Aber auch der Ausbau echter Ganztagschulen wird vorangetrieben. Ganztagschulen werden freiwillig bleiben und unterliegen der Wahlfreiheit der Eltern. Die Ganztagschulen wollen wir ab dem Schuljahr 2010/2011 beitragsfrei stellen. Dadurch wird eine erhebliche Entlastung für berufstätige Eltern geschaffen.

Das Saarland braucht eine engere Verzahnung von Bildung und Wirtschaft. Ein engeres Zusammenarbeiten gerade in der Bildungspolitik wird die nächsten Jahre vorangetrieben, denn wir bilden unsere Kinder für ihr zukünftiges Leben in Berufen der Wirtschaft aus. Deshalb ist die Verzahnung von Bildung

(Abg. Hirschberger (FDP))

und Wirtschaft wichtig. Die Qualität der Bildung wird dadurch weiter verbessert.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Auch der Forschungsstandort Saarland muss interessanter werden. Wer in Forschung investiert, muss das steuerlich besser absetzen können. Wir brauchen mehr Forschung und Entwicklung in den großen Betrieben, aber auch in unserem Mittelstand. Steuerliche Anreize werden das Entstehen solcher Abteilungen in den Betrieben fördern. Das Saarland wird zum Vorbild für Bildung, indem es qualitative und kreative Maßstäbe setzt, die ein kontinuierliches Wachstum garantieren. Ich nenne dies kreatives Wachstum. Durch eine bessere Qualität der saarländischen Bildung und die Ansiedlung neuer Forschungseinrichtungen erhalten junge Menschen wieder eine neue Perspektive. Mehr gut ausgebildete Menschen finden dann wieder Arbeit in unserem Land.

Im Bereich der Bürgerrechte hat sich diese Koalition nicht vorgenommen, mehr zu tun. Nein, sie will vielmehr weniger tun. Es gibt keine Online-Durchsuchungen, keine automatisierte Kfz-Kennzeichenerfassung, keine flächendeckende Videoüberwachung, keine präventive Telekommunikationsüberwachung. Mit diesem Weniger an Eingriffen werden wir ein Mehr an Bürgerrechten erreichen und damit ein Niveau, um das uns nicht nur viele Datenschützer, sondern die Mehrzahl der Bürger im Rest der Republik beneiden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Im Bereich der Bürgerrechte und der inneren Sicherheit darf Politik nicht nur sagen, wogegen sie ist. Sie muss vielmehr sagen, wofür sie ist. Eingriffe in Bürgerrechte vermeiden reicht alleine nicht aus. Dieser Koalitionsvertrag begreift deshalb auch die Sicherheit der Saarländerinnen und Saarländer als ein Bürgerrecht, für das wir mit einer Reihe von Maßnahmen sorgen werden. Wir werden dafür sorgen, dass unsere Polizei die notwendige Personalausstattung hat, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Das war nicht immer selbstverständlich. Es gab schon mal eine Regierung im Saarland, die fleißig Personal bei der Polizei abgebaut hat. „Jamaika“ wird dies nicht tun.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Zuruf von der LINKEN: Warten wir mal ab.)

Wir lassen uns gerne auf den Prüfstand stellen. Wir stehen hier Rede und Antwort, haben auch genügend Zeit. Es liegen fünf Jahre vor uns, in denen wir uns noch öfter darüber unterhalten werden.

Dieser Koalitionsvertrag ist mehr als nur 93 Seiten Papier. Dieser Koalitionsvertrag nimmt die Sorgen und Nöte der Menschen ernst. Er erkennt die Notwendigkeit von Reformen und neuen Weichenstel-

lungen und gibt damit den Menschen wieder eine Perspektive für ein Leben in Wohlstand, an dem alle auch angemessen beteiligt werden. Angesichts der Aufgaben, die wir in diesem Land vorfinden, angesichts der Erwartungen, die auf uns allen ruhen, bin ich davon überzeugt, dass eine fruchtbare Zusammenarbeit aller Fraktionen notwendig ist.

(Abg. Linsler (LINKE): Heute Morgen habt Ihr doch die Chance gehabt.)

Insofern bin ich stolz, dass wir im Saarland neue Wege gehen und auf Landesebene ein bislang einmaliges Bündnis geschmiedet haben, bei dem sich alle Bürgerinnen und Bürger vertreten fühlen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Präsident! Wir haben als Grüne in den letzten Wochen und Monaten eine schwierige Entscheidungsfindung erlebt. Viele in diesem Land konnten diese Entscheidungsfindung miterleben, nachvollziehen. Vieles von dem, was innerhalb unserer Partei diskutiert wurde, aber auch die Entscheidung selbst waren sehr öffentlich.

Wichtig für uns Grüne bei dieser Entscheidungsfindung waren in erster Linie die Inhalte unserer Politik, waren in erster Linie die Themen, für die wir auch im Landtagswahlkampf in diesem Lande angetreten sind. Wichtige Gründe bei der Entscheidungsfindung pro Jamaika waren aber auch die Stabilität und die Verlässlichkeit einer solchen Koalition. Wir stehen vor großen Herausforderungen, nicht nur in diesem Lande, sondern auch darüber hinaus. Aber auch in diesem Lande müssen wichtige Eckpfeiler der Politik beachtet werden, zum Beispiel bei dem nicht ganz unwichtigen Thema des Klimaschutzes, zum Beispiel bei dem nicht ganz unwichtigen Thema der Bildungslandschaft, zum Beispiel in der sozialen Frage.

Wir haben während der ganzen Diskussion die Inhalte ins Zentrum unserer Entscheidung gestellt. Dass wir dies getan haben - das wurde in den Sondierungen öffentlich deutlich -, ist heute eines der Hauptprobleme der jetzigen Opposition. Vieles an Diffamierungen, was wir uns als Gründe heute in diesem Hause, aber auch ansonsten in den letzten zwei bis drei Wochen anhören konnten, hat ja etwas damit zu tun, dass unsere Verhandlungen in sehr starkem Maße inhaltlich und sachlich geprägt waren. Deshalb wird es in den nächsten Jahren auch eine spannende Frage sein, wie die Opposition aus SPD

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

und LINKEN jetzt mit einer ganzen Reihe von Fragen umgehen wird, die wir ja mit Ihnen in den Sondierungen genauso verhandelt haben wie mit den Vertretern von CDU und FDP. Wir haben ja auf beiden Seiten ähnliche Kompromisse erzielt. Da wird es auch um die spannende Frage gehen: Wie verhalten Sie sich denn, Herr Maas, Herr Lafontaine, bei den Verfassungsänderungen? Wie verhalten Sie sich bei der ganz zentralen Frage: Schaffen wir es im Saarland denn jetzt wirklich, die Bildungslandschaft in einen Zustand zu versetzen, wie wir ihn außerhalb des Saarlandes eigentlich in allen Bundesländern haben, dass wir eben keine Schulformen mehr in der Verfassung drin haben?

(Zurufe von den Oppositionsfraktionen.)

Wie werden Sie denn umgehen mit der Verfassungsänderung im Blick auf Volksbegehren und Volksabstimmung - auch das wird eine spannende Frage sein, denn an dieser Stelle regieren Sie ja mit - oder wenn es um die Frage gehen wird, die Rechte von Schwulen und Lesben in der Verfassung zu verankern. Leider Gottes - da hat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion heute Morgen eigentlich ein trauriges Beispiel abgeliefert - sind Sie, Herr Maas, offenkundig ein ganz schlechter Verlierer.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Die Hauptursache für das Problem der Sozialdemokraten in diesem Hause sind ja nicht Die GRÜNEN. Die Hauptursache sitzt hier, die heißt Oskar Lafontaine. Das wissen Sie, das wissen wir, das weiß die gesamte Öffentlichkeit in diesem Lande und darüber hinaus.

(Oh je! bei der LINKEN. - Abg. Linsler (LINKE):
Peinlich. - Weitere Zurufe von den Oppositionsfraktionen.)

Man muss einmal die Frage stellen: Wer ist denn verantwortlich in diesem Lande für die faktische Spaltung der Sozialdemokraten? Waren das Die GRÜNEN oder war das der Herr Lafontaine?

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wer ist denn dafür verantwortlich, dass die SPD im Jahr 1999 in diesem Haus in die Opposition musste - Die GRÜNEN oder Herr Lafontaine? Wer ist denn dafür verantwortlich, dass im Jahr 2005 auf Bundesebene die rot-grüne Bundesregierung keine Mehrheit mehr hatte - Die GRÜNEN oder Herr Lafontaine? Und, Herr Maas, das müssen Sie sich insbesondere fragen: Wer ist denn dafür verantwortlich, dass nicht Sie heute auf der Regierungsbank sitzen, sondern Peter Müller? Das ist Herr Lafontaine und sonst niemand in diesem Hause.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen. - Lautes Lachen bei den Oppositionsfraktionen sowie Zurufe.)

Alles andere und alle anderen Darstellungen sind doch mehr als untaugliche Versuche, von der eigenen Niederlage abzulenken.

(Anhaltendes lautes Sprechen bei der SPD.)

Herr Maas, diese Frage müssen Sie sich an dieser Stelle selbst gefallen lassen. Warum ist die SPD in diese Rolle hineingekommen? Warum haben Sie das Angebot der Christdemokraten nach der Landtagswahl nicht aufgegriffen, auch mit den Christdemokraten zu verhandeln?

(Erneut lautes Sprechen bei der SPD.)

So hätten Sie dasselbe machen können, was wir auch gemacht haben. Haben Sie das nur deshalb getan, weil Sie persönlich Ministerpräsident um jeden Preis werden wollten? Oder gibt es einen anderen Grund?

(Beifall von den Regierungsfraktionen. - Sprechen bei der SPD.)

Oder gibt es einen anderen Grund? Ich will Ihnen das nicht auf jeden Fall unterstellen, aber hat Ihnen Herr Lafontaine nach der Wahl vielleicht einen kleinen Wink gegeben: Lieber Heiko, wenn Du mit der CDU redest, dann brauchst Du nicht mehr mit mir zu reden. Das darfst Du nicht. War es vielleicht so, Herr Maas?

(Lautes Sprechen bei den Oppositionsfraktionen. - Abg. Pauluhn (SPD): Das ist ja lächerlich. - Weitere Zurufe von der LINKEN.)

Egal wie es ist, verantwortlich für das Desaster der Sozialdemokraten bei dieser Landtagswahl und danach sind nicht die GRÜNEN. Verantwortlich ist die LINKE mit ihrem Vorsitzenden Oskar Lafontaine. Wir selbst haben uns als Partei nicht viel vorzuwerfen.

(Sprechen bei den Oppositionsfraktionen. - Abg. Linsler (LINKE): 5,9 Prozent.)

Herr Maas, im Übrigen möchte ich Sie persönlich an Folgendes erinnern. Ich war der Einzige in diesem Hause, der im Landtagswahlkampf für den Ministerpräsidentenkandidaten Heiko Maas gestritten hat. Oskar Lafontaine hat das nicht gemacht. Ich habe das sehr offensiv und sehr ehrlich getan.

(Lautes Sprechen und Lachen bei den Oppositionsfraktionen.)

Ich habe das sehr offensiv und offen getan - unter der Maßgabe, eine Ampelkoalition ohne die LINKE zu schaffen.

(Erneut lautes Sprechen bei den Oppositionsfraktionen. - Zuruf: Lächerlich.)

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

Herr Maas, auch daran, dass diese Ampelkoalition aber nicht zustande kam, tragen nicht die GRÜNEN die Schuld. Daran trägt Ihre Partei zusammen mit der LINKEN die Schuld, weil die Sozialdemokraten noch einmal sechs Prozent an die LINKE verloren haben. Deshalb hat es doch nicht gereicht und nicht, weil die GRÜNEN zu schwach waren oder nicht wollten. Das ist an dieser Stelle die historische Wahrheit.

(Erneut lautes Sprechen bei den Oppositionsfraktionen. - Abg. Linsler (LINKE): Selbstverteidigung. - Weitere Zurufe.)

Auch das will ich an dieser Stelle klarstellen.

(Abg. Linsler (LINKE): Der geht vor wie ein Panzer.)

In diesem Wahlkampf haben wir als GRÜNE immer ganz klar und deutlich Folgendes gesagt und wurden deshalb insbesondere von Lafontaine scharf attackiert. Sollte es nicht zu einer Ampel kommen, sollte die Mehrheit nicht reichen, dann werden wir als GRÜNE in diesem Land ernsthaft mit Rot-Rot und Schwarz-Gelb verhandeln. Genau das haben wir nach der Wahl gemacht. Wir haben uns nichts vorzuwerfen. Wir haben nach der Wahl das getan, was wir vor der Wahl gesagt haben. Lieber Herr Maas, deshalb Folgendes: Ypsilanti bleibt in der SPD und nicht bei den GRÜNEN.

(Beifall von den Regierungsfraktionen. - Sprechen bei den Oppositionsfraktionen.)

Ich will mit ein paar Dingen aufräumen, die immer so gerne in die Landschaft gesetzt werden. Unmittelbar nach der Wahl habe ich für die GRÜNEN klargestellt, wo die Probleme bei einer rot-rot-grünen Koalition liegen. Die liegen in der Fraktion der Linkspartei. Das habe ich zwei Tage nach der Landtagswahl gemacht. Ich habe es öffentlich gemacht. Ich habe ganz klar gesagt: In dieser Fraktion sitzen Leute, die für keinerlei Stabilität gut sind und die fremdgesteuert werden. Ich will gar nicht ins Detail steigen.

(Abg. Schramm (LINKE): Wer ist denn fremdgesteuert? - Sprechen bei der LINKEN.)

Darum geht es mir gar nicht. An dieser Stelle halte ich den Punkt für viel interessanter, dass das auch Thema in den Sondierungsgesprächen war und dass Herr Lafontaine diese Problematik dort eingeräumt hat. Das ist doch der Punkt! Darüber müssen wir reden!

(Sprechen bei der LINKEN.)

Er hat auch zugesagt, dieses Problem zu lösen. Ist das geschehen? Nein! Es ist nicht geschehen. Die Situation war unverändert. Nein, zwei Tage vor unserem entscheidenden Parteitag hat Oskar Lafontaine noch einmal eins draufgesetzt, was viele Delegierte auf unserem Parteitag - die selbst unter die-

sen schwierigen Bedingungen sogar noch für Rot-Rot-Rün gewesen wären - veranlasst hat zu sagen, jetzt geht gar nichts mehr, das machen wir nicht.

(Lautes Sprechen von der LINKEN. - Zurufe.)

So viel zur Vergangenheit. - Die Grundlage dieser Koalition ist aber sachlich und inhaltlich geprägt. Uns als GRÜNEN ist es gelungen, in einer ganzen Reihe von Themenfeldern sowohl die Christdemokraten als auch die Freidemokraten zu überzeugen, dass wir hier gewisse Veränderungen brauchen.

Allem voran steht die wichtige Bildungslandschaft. Wir werden die Bildungslandschaft in diesem Lande umwandeln. Wir werden sie verändern. Es wird längeres gemeinsames Lernen geben, ob Sie das wollen oder nicht. Ich hoffe aber an dieser Stelle, Sie werden da zu Ihrer eigenen Programmatik stehen. Es wird in diesem Lande bis zum siebten Schuljahr kein Sitzenbleiben mehr geben. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir werden in diesem Lande ein Mehr an Ganztagschulen haben. Wir werden das G 8 reformieren. Wir werden in diesem Lande eine Gemeinschaftsschule zum Nutzen vieler in dieser Gesellschaft einführen. Das Folgende halte ich nicht nur für eine wichtige bildungspolitische, sondern auch für eine wichtige sozialpolitische Frage. Wir werden in diesem Lande die Studiengebühren im nächsten Jahr abschaffen. Ich bin stolz darauf, dass wir das in diesem Parlament erreichen werden.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen. - Lautes Sprechen bei den Oppositionsfraktionen. - Abg. Linsler (LINKE): Tatöö, tatöö.)

Wir werden auch mit Blick auf den Bergbau das Ende dieses sehr problematischen Teils der Energieversorgung in diesem Land erleben. Wir werden es 2012 erleben. Wenn wir mit Ihnen eine Koalition gemacht hätten - zumindest waren Ihre Ankündigungen im Wahlkampf so -, dann hätte der Bergbau noch weitergehen sollen. Sie waren vollmundig dabei und haben damit bei den Bergleuten - Herr Lafontaine, insbesondere Sie - fleißig Stimmen eingesammelt. Sie wollten den Bergbau ja weiter betreiben. Oh Wunder wurde diese Position drei Tage nach der Wahl von Ihrer Seite einkassiert und zur Disposition gestellt und de facto das Gegenteil behauptet. So viel zum Thema Glaubwürdigkeit und Wahlbetrug.

(Beifall von den Regierungsfraktionen. - Sprechen.)

Aber mich nervt auch Ihre Darstellungsweise, als hätten sich nur die Christdemokraten und die Freidemokraten in den Sondierungsgesprächen bei dieser und bei jener Position bewegt. Ich betrachte mir insbesondere das ganze Themenfeld der Energieerzeugung und Energieversorgung. Wie war das in den Jahren 2007 und 2008, als wir hier in diesem

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

Hause über ein Kohlegroßkraftwerk in Ensdorf mit 1.600 Megawatt diskutiert haben? Waren das nur die Christdemokraten, die ein Riesenkraftwerk wollten? Mitnichten! Gerade der Herr Jost hat mich als Spitzenmann der GRÜNEN immer wieder als Industrievernichter attackiert, weil wir gegen dieses Kohlegroßkraftwerk sind. Auch und gerade die Sozialdemokraten wollten ebenfalls diese Technologie. In den Sondierungsgesprächen war das auch nicht mehr wahr. Das heißt einfach übersetzt: Sie selbst als SPD haben sich in dieser zentralen Frage zumindest genauso weit bewegt wie die andere Seite auch. Das sollten Sie zumindest zugestehen und nicht permanent versuchen, hier den Eindruck zu erwecken, als hätten Sie vor der Wahl etwas ganz anderes gefordert.

(Sprechen bei der SPD.)

Herr Maas, das haben Sie nämlich nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Es wird auch eine Schwerpunktverlagerung bei der Verkehrspolitik innerhalb dieser Legislaturperiode geben. Es ist uns gelungen, den Schwerpunkt vom Straßenbau auf den öffentlichen Personennahverkehr zu verlagern, wobei ich an dieser Stelle ganz klar sage: Was wir als GRÜNE in diesem Land nicht machen wollen und auch nicht machen werden, ist eine Politik gegen das Auto. Darum geht es gar nicht. Nein. Wir wollen es aber vielen Menschen, die heute noch mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, erleichtern, auf den ÖPNV umsteigen zu können, um die Staus in diesem Land zu verkürzen. Das ist unser Ziel. Das nutzt nicht nur dem Klima, sondern auch den Nerven vieler Autofahrerinnen und Autofahrer, die dann nicht mehr im Stau stehen werden.

Herr Maas, ich war eben überrascht, als Sie versucht haben, ein in meinen Augen nicht ganz unwichtiges Thema wie den Tierschutz nebenbei ins Lächerliche zu ziehen. Das haben Sie so getan, als wäre - ich kann die Worte wiederholen - Tierschutz und Nichtraucherenschutz das Hobby einzelner Grüner. Herr Maas, vielleicht sind Sie anderer Meinung. Offenkundig sind Sie das. Ich halte das für ein ganz wichtiges Themenfeld. Das sage ich Ihnen ganz offen.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Linsler (LINKE): Raucherschutz. Komme einmal zu Deinem Hobby.)

Ich halte auch das Thema Nichtraucherenschutz für nicht ganz unwichtig. Herr Maas, ich sage Ihnen, ich kenne viele Sozialdemokraten, die im Wahlkampf auf mich zugekommen sind. Sie haben mir mit Blick auf die Position der SPD, die immer so ein bisschen Wischiwaschi war, gesagt: Herr Ulrich, bleiben Sie standhaft, auch gegenüber dem Heiko Maas. Setzen

Sie das bitte durch! Auch das sollte nicht vergessen werden.

(Lautes Sprechen bei der SPD.)

Ich will auch noch ein Thema ansprechen, das mir als Grünem mit Blick auf die Energiepolitik besonders wichtig ist. Es geht um den Atomausstieg. Auch hier, denke ich, haben wir in dieser Landesregierung einen Konsens erzielt, den wir in der Vergangenheit mit der SPD ja irgendwann erzielen mussten. Sie tun ja von sozialdemokratischer Seite gerade so, als sei die SPD immer die Partei gewesen, die gegen Kernkraft sei. Herr Maas, ich darf Sie daran erinnern: Die Atompartei in Deutschland war in den Siebziger- und Achtzigerjahren die SPD.

(Beifall der Abgeordneten Willger-Lambert (B 90/GRÜNE).)

Sie ist erst nach und nach von dieser Position abgerückt. Auch das ist eine historische Wahrheit.

(Sprechen und Zurufe.)

Und auch das sage ich hier ganz offen: Auch eine Jamaika-Koalition ist keine Liebesheirat. Mitnichten. Aber auch Rot-Grün war nie eine Liebesheirat, sondern immer nur ein Zweckbündnis zum Erreichen eines gemeinsamen inhaltlichen Ziels.

Jetzt komme ich so langsam zum Ende meiner Rede. Herr Maas, Sie haben in der letzten oder vorletzten Woche versucht, Jamaika so ein bisschen ins Lächerliche zu ziehen, indem Sie sagten, die Saarländer müssten Angst haben, dass die Jamaika-Koalition ruckzuck zu einem „Fluch der Karibik“ werden könnte. Herr Maas, das ist ein schönes Bild. Ich kenne diesen Film gut, und er gefällt mir auch gut. Eine zentrale Figur in diesem Film ist ja Captain Jack Sparrow. Den kennen Sie bestimmt, und ich gehe einmal davon aus, dass sich sowohl Herr Lafontaine als Oppositionsführer als auch Herr Maas als Oppositionsführer in dieser Rolle sehen. In dem Film wird sie ja von Johnny Depp wahrgenommen. Da Sie aber jetzt beide um diese zentrale Position konkurrieren, sollten Sie einmal die Frage klären, wer den Johnny und wer den Depp spielt. Ich glaube, Herr Lafontaine hat eine sehr klare Vorstellung davon, wer in dieser Konstellation welche Rolle übernehmen wird.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Zurufe von den Oppositionsfractionen.)

Aber übersetzt heißt alles das, was wir heute von Ihnen in diesem Hause gehört haben, dass Sie in den nächsten Jahren in sehr hohem Maße auf parteipolitische Auseinandersetzung und weniger auf inhaltlichen Streit setzen werden. Ich finde das schade. Ich hoffe, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten zu einer sachlichen Gemeinsamkeit finden wer-

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

den, dass Sie Ihre Rolle als Opposition finden werden und wir unsere als Regierung. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Ley:

Für die Regierung hätte jetzt eigentlich Wirtschaftsminister Dr. Christoph Hartmann das Wort. Allerdings hat mir der Finanzminister mitgeteilt, dass er auf die gestellte Frage des Herrn Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine Antwort geben könnte. Ich frage deshalb das Plenum, ob dem Finanzminister kurz die Gelegenheit dazu gegeben werden soll. - Bitte schön, Herr Finanzminister.

Minister Jacoby:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Lafontaine hat im Rahmen seines Debattenbeitrags zweimal die Frage an den saarländischen Ministerpräsidenten gerichtet, inwieweit die von ihm geführte Landesregierung in ein Steuerverfahren beziehungsweise Strafverfahren gegen den Unternehmer Ostermann involviert war oder ist.

(Zurufe von den Oppositionsfraktionen.)

Das war die Frage, die zweimal hier gestellt worden ist, und dazu möchte ich in aller Öffentlichkeit in einer Minute eine Antwort geben. Darauf hat Kollege Lafontaine sicherlich ein Anrecht, und er wird die Disziplin haben, diese Antwort entgegenzunehmen. Ich möchte Folgendes dazu sagen. Erstens: Es ist seit zehn Jahren bewährte Praxis und ständige Übung dieser Landesregierung, Steuerverfahren ausschließlich nach Recht und Gesetz durch die zuständigen Finanzämter und die unmittelbar Verantwortlichen betreiben zu lassen. - Zweitens: Es gab und gibt zu keinem Zeitpunkt Vorgaben oder Weisungen der politischen Führung im Blick auf auch nur ein Steuerverfahren in unserem Land. Und das gilt auch in Bezugnahme und im Blick auf mutmaßliche Steuerverfahren/Steuerstrafverfahren gegenüber dem Unternehmer Ostermann. - Dritte Bemerkung: Die Staatsanwaltschaft verfährt ebenso in eigener Zuständigkeit und in eigener Verantwortlichkeit und in der Wahrnehmung eigener Kompetenz. - Letzte Bemerkung: Ich habe Verständnis für die von Ihnen mit einem gewissen Unterton hier eingebrachte Frage, Herr Lafontaine. Ich habe deshalb Verständnis dafür, weil die Praxis Ihrer Regierung eine ganz andere war. Das hat zu Untersuchungsausschüssen geführt und ist entsprechend aufgearbeitet worden. Dies bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

(Anhaltender starker Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft und Wissenschaft Dr. Christoph Hartmann.

(Abg. Lafontaine (LINKE): Darüber wird noch zu reden sein. Das kann doch wohl nicht wahr sein. - Minister Rauber: Untersuchungsausschüsse gab es doch bei Ihnen! - Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD): Bei euch auch. Öfter mal einen Untersuchungsausschuss. - Ministerpräsident Müller: Der schlimmste Mann im ganzen Land ist der Denunziant.)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Hartmann:

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Stil der Auseinandersetzung ist schon bemerkenswert. Deswegen darf ich zu Beginn meiner Rede vielleicht ein paar Dinge noch einmal klarstellen, die auf persönlichen Angriffen beruhen. Erstens. Herr Kollege Maas, Sie haben erklärt, dass das Mitglied der Landesregierung Georg Weisweiler in die FDP eingetreten sei, um eine Karriere zu machen.

(Abg. Linsler (LINKE): Das ist nichts Schlimmes.)

Der Kollege Linsler ruft jetzt dazwischen: Das ist richtig.

(Abg. Linsler (LINKE): Das ist nichts Schlimmes, habe ich gesagt.)

Gut, ich bin ja lernfähig und offen.

(Abg. Linsler (LINKE): Sehr gut.)

Ich kann nur Folgendes sagen. Vielleicht findet das in Ihrer Kategorie nicht statt, aber Georg Weisweiler hat eine brillante Karriere hinter sich. Georg Weisweiler ist jetzt, am Ende dieser Karriere, die er gemacht hat, bereit und in der Lage - auch aufgrund dessen, dass er eine brillante Ausbildung empfangen hat -, sich mit 63 Jahren noch einmal in den Dienst des Landes zu stellen. Unter finanziellen Gesichtspunkten hat er dies nicht nötig, weil er finanziell abgesichert ist. Aber wenn jemand bereit ist, einen solchen Dienst zu übernehmen, ist das aller Ehren wert und kein Grund für irgendwelche Diffamierungen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Der zweite Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, betrifft Hartmut Ostermann. Er ist hier als „der Kerl“ bezeichnet worden. Hartmut Ostermann hat mit 24 Jahren ein Unternehmen gegründet, das mittlerweile über 10.000 Mitarbeiter hat, ein Unternehmen, das vielen Menschen Lohn und Brot gibt.

(Zurufe von den Oppositionsfraktionen.)

(Minister Dr. Hartmann)

Ja wenn das in diesem Land schon ein Problem ist, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, dann frage ich Sie: Wer soll denn hier an der Saar noch für Arbeitsplätze sorgen? Die Diffamierung von Unternehmern, die Diffamierung von Arbeitgebern - nur weil sie es sind - wird uns im Saarland nicht weiterbringen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition. Deswegen nehmen Sie das bitte zurück!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Sie haben darüber hinaus die Frage gestellt, Herr Kollege Lafontaine, warum Herr Ostermann an den Koalitionsverhandlungen teilgenommen hat. Ganz einfach: Er ist der Vertreter der Kreisverbände der FDP. Die haben das in der Kreisvorsitzendenrunde so ausgewählt.

(Zuruf des Abgeordneten Linsler (LINKE).)

Vorher ist er von 440 Mitgliedern der FDP Saarbrücken zum Kreisvorsitzenden gewählt worden. Das ist ein ganz normaler Prozess. Und ich kann Ihnen sagen - jetzt spreche ich als Parteivorsitzender - : Wir als FDP lassen uns nicht von Ihnen oder irgendjemand anderem erklären, wer bei uns wo und wann und wie verhandelt. Das machen wir in eigener Abstimmung und Verantwortung.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Der Kollege Maas hat eine bemerkenswerte Rede gehalten.

(Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD): Sehr gut. - Abg. Lafontaine (LINKE): Das stimmt.)

28 Minuten hat er geredet. Davon hat er die ersten 21 Minuten nur über das Thema „Verfahren und Personen“ gesprochen. Danach waren ihm die Inhalte immerhin sechs Minuten wert, bevor er eine Minute über das Ende geredet hat.

(Zuruf der Abgeordneten Hoffmann-Bethscheider (SPD).)

Danach, Frau Kollegin Hoffmann-Bethscheider, kam Herr Lafontaine. Er hat zwar über Inhalte gesprochen, aber fast ausschließlich über solche, die auf der Bundesebene und nicht hier stattfinden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich stelle fest, die Opposition in diesem Hause hat an der Regierungserklärung und an dem Koalitionsvertrag nichts inhaltlich zu kritisieren, sondern nur in der Fragestellung von Personen oder dem Verfahren. Wenn das der Beginn von fünf Jahren Opposition ist, dann muss ich sagen, das ist verdammt wenig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es ist über die Versorgung von Parteifreunden und die Anzahl der Ministerien, die angeblich so ausge-

weitert werden sollte, gesprochen worden. Ich kann Ihnen dazu sagen - Kollege Hubert Ulrich weiß das genauso wie der Kollege Peter Müller -, es war von vornherein geklärt, dass wir über die Zuschnitte und die Anzahl der Ressorts am Ende reden und nicht zu dem Zeitpunkt, als es in der Saarbrücker Zeitung gestanden hat. Mit Verlaub, mit mir hat über die Zuschnitte und die Anzahl der Ressorts zu dem Zeitpunkt, als irgendetwas in irgendeinem Organ der Medien zu finden war, kein Mensch geredet. Insofern gab es nie eine Debatte unter den drei Koalitionen, wie viel zusätzliche Ministerien es geben würde.

(Abg. Linsler (LINKE): Staatssekretäre!)

Lieber Herr Linsler, „Si tacuisses...“ kann ich an der Stelle nur sagen, denn jetzt kommen Sie und fragen nach der Zahl der Minister und Staatssekretäre. Wenn ich dies als Jüngerer tun darf, kann ich Ihnen nur sagen, dass nichts über ein ordentliches Archiv geht. Ich habe hier die Informationsschrift für alle Beschäftigten der Landesverwaltung, die Ausgabe 1/1990.

(Minister Dr. Hartmann zeigt eine Zeitschrift.)

Man schlage diese auf. Man sieht das Foto eines wunderbaren Kabinetts. Man kann zählen, wie viele Personen auf diesem Bild sind. Auf der anderen Seite ist die Anzahl der Staatssekretäre zu sehen. Die Zeitschrift ist mittlerweile ein bisschen vergilbt, was aber nicht an den Personen, sondern an dem Bild liegt. Das gebe ich zu. Ob Sie es glauben oder nicht, ich zähle live und in Farbe vor: Ich sehe elf Staatssekretäre. Ich schlage die andere Seite auf und zähle die Anzahl der Minister: Es sind zehn Minister, meine sehr geehrten Damen und Herren. - Und das in einer Alleinregierung.

(Heftige Zurufe des Abgeordneten Linsler (LINKE).)

Und dann stellt sich irgendjemand hin und sagt, es solle jemand versorgt werden? - Das ist ein lächerliches Argument, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Als Nächstes wurde gesagt, es sei furchtbar, dass der Ministerpräsident das Justizressort mitmacht. Auf eines müssen wir uns doch einigen:

(Zuruf von der LINKEN)

Entweder sind wir dafür auszuweiten, dann können wir ein eigenes Justizressort machen. Dann weiß ich aber auch, was Sie hier erklärt hätten. Sie hätten gesagt, das sei ganz furchtbar, die Anzahl der Ministerien sei zu hoch. Nun wird an dieser Stelle zusammengeführt. Da heißt es wiederum, dies sei ebenfalls ganz schlimm. Wissen Sie, sich in der Form einen „schlanken Fuß“ zu machen, wie es diese Op-

(Minister Dr. Hartmann)

position tut, indem sie grundsätzlich kritisiert, nur um zu kritisieren, ist zwar die Freiheit der Opposition, es ist jedoch auch ein sehr durchsichtiges Manöver.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Es ist darüber geredet worden, dass jeder eingeknickt sei, es sei furchtbar, man habe seine Identität aufgegeben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Koalition ist Kompromiss. Das wissen wir. Ich habe überhaupt gar kein Problem, darüber zu reden, an welcher Stelle die FDP oder auch andere Parteien Kompromisse machen mussten. Wenn wir übrigens hundert Prozent unseres Programmes hätten durchsetzen wollen, dann wäre die einzige Möglichkeit gewesen, so lange weiter zu wählen, bis es wieder eine absolute Mehrheit gegeben hätte. Das ist demokratiethoretisch genau der Punkt. Wenn wir das nicht wollen, bedeutet dies, dass wir Koalitionsregierungen bilden müssen und es Kompromisse geben muss.

Der eigentliche Punkt ist jedoch, dass inhaltlich einige Dinge in diesem Koalitionsvertrag stehen, die Ihnen als Opposition das Leben in den nächsten fünf Jahren sehr viel schwerer machen werden, einfach weil es jetzt einen breiteren Konsens gibt, mehr Parteien eingebunden sind und es deswegen schwierig für die Opposition ist, inhaltlich Kritik äußern. Diese schweren Zeiten sind für Sie schon angebrochen. Das ist für Sie schon Realität. Das zeigen die Entgegnungen, die es auf die Regierungserklärung gegeben hat.

(Zuruf des Abgeordneten Linsler (LINKE).)

Diese schweren Zeiten sind bereits da. Demjenigen, der versuchen sollte, sich an dieser Stelle mit irgendwelchen Zwischenrufen zu profilieren, muss ich sagen: Ich biete ihm an, sich mit denjenigen zu unterhalten, die beispielsweise in meinem Hause anrufen und sagen, sie hätten Liquiditätsprobleme, sie hätten deswegen ein Problem, weil sie ihr Unternehmen gern in irgendeiner Form weiterführen wollten. Herr Linsler, ich kann die Zwischenrufe, die Sie gemacht haben, gern einmal für diese Personen aufnehmen und ihnen vorspielen. Was Sie hier tun, wird der Situation, die es in den Unternehmen gibt, wirklich nicht gerecht.

(Beifall von den Regierungsfraktionen. - Zuruf des Abgeordneten Linsler (LINKE).)

Die Anzahl der Kurzarbeiter, die fast täglichen Anrufe von Unternehmen, die sich entweder in Insolvenz befinden oder vor der Insolvenz stehen, all das sind Fragen, die dieser Landesregierung keinen einfachen Job bescheren. Sie kritisieren, wie schlimm es im Bereich der Steinkohle gewesen sei. Damit keine Geschichtsklitterung geschieht, möchte ich eines sagen: Sie behaupten, die bisherige Landesregierung hätte dafür Sorge getragen, dass Arbeitsplätze im

Bereich des Bergbaus weggefallen und Menschen in Arbeitslosigkeit gekommen seien. Aber - und das will ich an der Stelle festhalten - es hat nicht einen einzigen Bergmann gegeben, der in die Arbeitslosigkeit gehen musste. Wenn jetzt der eine oder andere nach Ibbenbüren gehen muss, dann ist das für diese Personen bedauerlich. Das sehe ich ein, aber ich sage Ihnen als Wirtschaftsminister dieses Landes, ich wäre froh, ich könnte jedem, der bei mir anruft und der Angst um seinen Arbeitsplatz hat, eine Perspektive geben, wie es bei den Bergleuten in diesem Land getan wird.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen. - Zuruf des Abgeordneten Linsler (LINKE).)

Ein weiterer Punkt betrifft die Wissenschaft. Ich möchte einige Worte zu den Streiks, die im Moment stattfinden, sagen. Ich habe für vieles Verständnis, weil es natürlich um die weitere Verbesserung der Lehre gehen muss und wird. Die Landesregierung hat sich diesem Thema verschrieben. Wir werden in den Dialog mit den Studierenden und Hochschulen eintreten. Ich habe den AStA der Universität des Saarlandes zu einem Gespräch gebeten. Es ist schon terminiert. Ich bin der Meinung, dass im Dialog viele Fragestellungen geklärt werden können. Dieser Dialog, den ich vonseiten Landesregierung nicht nur den Studierenden und Hochschulen, sondern auch den Unternehmen, Arbeitgebern, aber auch den Arbeitnehmern, Kammern und Gewerkschaften anbieten darf, ist die richtige Basis, um die wirklich schwierige Zeit in diesem Lande ein Stück weit abzumildern.

Deswegen kann ich Ihnen am Ende dieses kurzen Redebeitrages sagen: Wir können uns über unterschiedliche Fragestellungen unterhalten. Wir können uns über die Frage unterhalten, ob wir die Dinge einfach fortführen. Ich kann Ihnen aber auch sagen, die Menschen draußen haben dafür kein Verständnis. Sie haben uns nicht gewählt, damit wir hier ein Kasperletheater abziehen. Sie haben uns gewählt, weil sie die Hoffnung haben, dass wir das schwierige Schicksal, das sie haben, ein Stück weit positiv begleiten können. Im Namen auch aller anderen Kolleginnen und Kollegen dieser Landesregierung biete ich Ihnen an, dies in Form eines Dialogs zu tun. Die ausgestreckte Hand ist da.

(Zuruf des Abgeordneten Linsler (LINKE).)

Sie können sie ergreifen, sie können sie aber auch ausschlagen. Jetzt ist die ausgestreckte Hand da. Die Frage ist, was sie daraus machen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause. Wir treffen uns um 14.45 Uhr wieder. Ich darf noch eine gute Nachricht

(Präsident Ley)

bekannt geben: Der Kameramann, der heute Morgen zusammengebrochen ist, notärztlich versorgt und ins Krankenhaus gebracht wurde, ist auf dem Weg der Besserung. Er konnte das Krankenhaus auch schon wieder verlassen. - Ich wünsche allen einen guten Appetit.

(Die Sitzung wird von 13.44 Uhr bis 14.47 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Ries:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir fahren in der unterbrochenen Sitzung fort.

(Vereinzelt höflicher Beifall.)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Professor Dr. Bierbaum von der LINKEN. Sie haben eine Restredezeit von 3 Minuten und 43 Sekunden.

Abg. Prof. Dr. Bierbaum (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass diese Regierungskoalition vor allen Dingen auf personellen und nicht auf sachlichen Zusammenhängen beruht, dann war es Ihre Rede, Herr Ulrich.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Sie haben, anstatt über Sachthemen zu reden - später haben Sie es ein bisschen getan -, eine unglaubliche Dämonisierung von Oskar Lafontaine vorgenommen, und zwar persönlich!

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Nein!)

Sie müssen schon sehr viel Angst vor Herrn Lafontaine haben, dass Sie sich einer derartigen Dämonisierung bedienen. Ich sage auch ganz klar - -

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Vielleicht unterbrechen Sie mich einmal nicht. Ich muss klar sagen, dass ich entsetzt bin über Ihre Skrupellosigkeit. Ich bin entsetzt darüber, dass Sie eine Frage, die Sie eigentlich gar nichts angeht, nämlich ob Herr Lafontaine politisch im Saarland tätig sein möchte oder nicht, derart instrumentalisieren und dazu benutzen, Ihren Parteitag mit zu manipulieren.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen. - Weiterer Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Ich bin auch entsetzt über die Skrupellosigkeit, mit der Sie bei Herrn Maas um Stimmen betteln, ihm anschließend ins Gesicht lachen und das Märchen von der Ampel-Koalition erzählen.

(Beifall und Bravo-Rufe bei den Oppositionsfraktionen. - Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Wie war das mit der Sachlichkeit?)

Noch eine Bemerkung. Herr Minister Jacoby, ich muss die Frage des Kollegen Lafontaine noch einmal wiederholen, weil auf sie nicht geantwortet worden ist. Es geht um den Zusammenhang zwischen der Regierungsbildung und der Einstellung der Steuerverfahren.

(Zuruf.)

Nein, das hat er nicht klar gesagt. Er hat gesagt, keinen Einfluss darauf genommen zu haben. Die Frage ist in ihrer Substanz nicht beantwortet worden. Aber der Minister kann das ja noch einmal klarstellen.

(Zuruf von der Regierungsbank: Völlig absurd!)

Das können Sie für absurd halten. Sie können es noch einmal - -

(Weiterer Zuruf von der Regierungsbank: Sie sind schlauer, als Sie jetzt tun. - Lautes Sprechen.)

Wenn Sie sich beruhigt haben, kann ich vielleicht einen Punkt in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit noch einmal ansprechen. Ich möchte auf einige Dinge zurückkommen, die dieses Land in der Tat bewegen. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen - und ich glaube, da haben wir einen gemeinsamen Ausgangspunkt -, dass sehr schwere Zeiten auf uns zukommen und dass das Thema der weiteren industriellen Entwicklung des Landes ein zentrales Problem darstellt, weil das Saarland bekanntermaßen sehr stark von der industriellen Entwicklung abhängt.

Allerdings vermisste ich zum einen eine längerfristige industriepolitische Konzeption. Davon war in Ihrer Regierungserklärung überhaupt nichts zu hören, auch nicht im Koalitionsvertrag. Zweitens vermisste ich sehr stark konkrete Maßnahmen, wie denn mit den Industriebetrieben umgegangen wird, die von der Krise betroffen sind. Wir haben eine Menge Insolvenzen. Einen Plan, wie damit umzugehen ist, haben Sie nicht. Ich habe den Eindruck, dass Sie einerseits ein Bekenntnis zum Industriestandort Saarland ablegen wollen, andererseits aber die tatsächliche Industriepolitik dem Insolvenzverwalter überlassen. Das geht nicht.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Wir verlangen wesentlich konkretere Maßnahmen und haben auch einen Vorschlag zu machen, nämlich die Einrichtung eines Saarland-Fonds, in dem die Unterstützungsmaßnahmen gebündelt werden. Das ist für uns ein wichtiger Punkt, den wir gerne weiter mit Ihnen vertiefen möchten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Thomas Schmitt von der CDU-Fraktion.

Abg. Schmitt (CDU):

Frau Präsidentin, zunächst herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl! Es freut mich sehr - -

(Sprechen.)

Sicher freut es mich! Es freut mich wirklich! Vielleicht sollten wir noch einmal zu der Gepflogenheit zurückkehren, dass wir in der Vergangenheit fraktionsübergreifend, unabhängig von den politischen Standpunkten, immer etwas Respekt vor der Person des anderen hatten.

(Zuruf.)

Doch, das ist so. Ich habe das auch in der Zeit, als ich jetzt einige Wochen diesem Parlament nicht angehört habe, durch Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion und anderen Fraktionen so erfahren. Ich meine, wir sollten wieder zu solchen Verhaltensweisen zurückkehren und nicht in gegenseitige Beleidigungen verfallen oder unter der Gürtellinie argumentieren. Das war in der Vergangenheit in diesem Haus nicht üblich und deshalb sollten wir es auch in Zukunft unterlassen.

(Zuruf: Was hat er gesagt?)

Ein bisschen Respekt vor der Person des anderen kann nicht schaden. - Wir haben uns jetzt umfangreich gestritten und über die Genese einer Koalition diskutiert. Ich kann verstehen, dass es für Ärger und Enttäuschung sorgt, wenn man sich schon kurz vor der Regierungsverantwortung gesehen hat und es dann doch nicht so weit gekommen ist. Aber wenn eine Partei keine absolute Mehrheit hat, kann sie nicht per se einen Alleinvertretungsanspruch erheben, unbedingt die Regierung zu stellen. Es kann bei aller Liebe auch bei 24 Prozent keinen moralischen Alleinvertretungsanspruch einer Partei geben, dass ausschließlich sie die Regierung hätte anführen dürfen; das hat das Wahlergebnis vom 30. August nun wirklich nicht hergegeben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vielleicht kehren wir zu einigen Inhalten der Regierungserklärung zurück, wie sie auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurden. Das ist ein Koalitionsvertrag zwischen drei Partnern, die jeweils unterschiedliche Ansichten hatten und teilweise auch noch haben, wo man zwangsläufig zu Kompromissen kommen musste. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass in diesem Koalitionsvertrag jeder seinen eigenen Charakter, seine eigene Identität behalten konnte, dass auch jeder Partner dem anderen seine Identität lässt, dass wir aber trotzdem ein gemeinsames Wertefundament und eine gemeinsame Hand-

lungsperspektive für dieses Land für die kommenden fünf Jahre entwickelt haben.

Da gibt es durchaus unterschiedliche Bewertungen im Hinblick auf die Politik der vergangenen zehn Jahre. Wir als CDU werden nicht alles widerrufen, was wir in den vergangenen zehn Jahren getan haben. Aber darum geht es nicht. Wir wollen ausgehend von dem, was bis heute erreicht wurde, gemeinsam für die nächsten fünf Jahre Politik machen. Das beinhaltet in vielen Teilen Kontinuität, aber auch Veränderung, eine andere Schwerpunktsetzung, als es sie gegeben hätte, wenn wir alleine weiterregiert hätten. Das ist doch überall so! Wenn eine Partei vorher eine absolute Mehrheit hatte, hat sie ihre Politikvorstellungen pur verwirklichen können. Hat sie einen Koalitionspartner, muss sie Kompromisse eingehen. Hat sie einen anderen Koalitionspartner, muss sie wieder andere Schwerpunkte setzen.

(Zuruf von den Oppositionsfractionen.)

Das wissen Sie doch. Wir haben in den vergangenen vier Jahren auf Bundesebene mit der SPD regiert, jetzt regieren wir mit der FDP. Auch dort wird es selbstverständlich andere Schwerpunkte geben, ohne dass man seine Seele verkauft und sagt, alles, was in den letzten Jahren passiert ist, war falsch.

(Zuruf von den Oppositionsfractionen: Redezeitverplemperung!)

Warum ist das Redezeitverplemperung? Nur weil man nicht um sich schlägt und andere nicht diffamiert? Für mich ist das keine Redezeitverplemperung.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich bin jetzt einmal bewusst darauf eingegangen, weil ich alle fünf Minuten den Zwischenruf „Kontinuität!“ von der SPD-Fraktion gehört habe. Ich habe versucht zu erklären, was möglich ist, wo Kontinuität besteht und wo wir teilweise andere Schwerpunkte setzen müssen. Ich komme damit zu einem großen Themenfeld, der Bildungspolitik. Selbstverständlich wird es auch dort in Zukunft andere Schwerpunkte geben. Aber - und das ist auch die Wahrheit - unsere Bildungspolitik hat nie ausschließlich aus Grundschulstrukturreformen und G 8 bestanden.

(Zuruf von den Oppositionsfractionen: Grundschulschließungen!)

Ich spreche immer noch von Grundschulstrukturreformen und lasse mir da die Wortwahl nicht vorgeben.

(Weitere Zurufe von den Oppositionsfractionen.)

Im Übrigen, wie man Schulen schließt, weiß der Herr Lafontaine auch sehr genau; der hat genug Hauptschulen zugemacht.

(Empörte Zurufe von den Oppositionsfractionen.)

(Abg. Schmitt (CDU))

Das ist doch die Wahrheit! Wir hatten in der Vergangenheit schon einen Spitzenplatz bei der Versorgung mit Krippenplätzen und wir hatten schon einen Spitzenplatz unter den westdeutschen Flächenländern. Auf dieser Position werden wir aufbauen. Wir werden auch künftig auf die Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen. Auch in der Vergangenheit hatten wir im frühkindlichen Bereich und insbesondere im vorschulischen Bereich ganz erheblich investiert. Ich erinnere an das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. Darauf können wir künftig aufbauen, indem wir das letzte Kindergartenjahr zu einem Bildungsjahr ausbauen. Eine Nachricht ist dieser Tage durch die Presse gegangen. Wir haben das Programm Früh Deutsch lernen jetzt flächendeckend. Das haben wir im Jahr 2004 begonnen und das haben wir jetzt in der Fläche geschafft. Darauf können wir gemeinsam mit allen Partnern aufbauen. Wir können nun sagen, das kann man jetzt verlängern. Hier können wir eine noch umfassendere Sprachförderung für Kinder von Migranten entwickeln.

Ich komme jetzt zu dem Bereich Ganztagsbetreuung und Ganztagssschulen. Wir haben von Beginn an gesagt, wir wollen Freiwilligkeit, wir wollen Flexibilität, wir wollen aber zuerst in die Fläche gehen. Wir haben ein flächendeckendes System von freiwilliger Ganztagsbetreuung errichtet. Darauf aufbauend haben wir gesagt, jetzt investieren wir noch verstärkt in die Qualität. Und das haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode umgesetzt. Und dann haben wir gesagt, der nächste Schritt sind Ganztagsklassen. Das war auch das Modell, das wir den Wählerinnen und Wählern angeboten haben: ganztägige Bildung und Ganztagsklassen um die Wahlfreiheit zu gewährleisten. Andere Partner hatten andere Vorstellungen. Das ist durchaus richtig.

Deshalb haben wir uns darauf verständigt - und das ist überhaupt kein Bruch mit unserer Philosophie -, dass an Standorten, an denen ohnehin mehrere Angebote vorhanden sind, es auch Schulen geben kann, die komplett gebunden sind und andere, die komplette Halbtagschulen sind. Uns war wichtig, dass wir die Wahlfreiheit auch künftig beibehalten. Das ist uns gelungen. Wir werden weiterhin offene Angebote, teilgebundene Angebote und künftig auch gebundene Angebote haben. Wichtig war für uns nur, dass die Eltern entscheiden können welches Angebot sie wahrnehmen wollen. Wir wollen das kontinuierlich entwickeln, weil sich die Strukturen in diesem Bereich weiterhin verändern werden.

Dann haben Sie uns vorgeworfen, im Bereich der Zweigliedrigkeit, die jetzt angestrebt wird, hätten wir auch komplett unseren Kurs verlassen. Eines kann ich Ihnen sagen: Schon bei den Strukturreformen, die wir bei den Erweiterten Realschulen in den vergangenen Jahren durchgeführt haben, war der Weg

bis zu einem gewissen Grad vorgezeichnet. Wir haben Elemente, die sich im Gesamtschulbereich bewährt hatten, auf die Erweiterten Realschulen übertragen. Dazu gehören die A-Kurse, die wir ab der Klasse 9 eingeführt haben. Dazu gehört die verstärkte Durchlässigkeit, dazu gehört die Kooperation und die Einrichtung von Oberstufen. Wir sind mittlerweile so weit, dass wir eigentlich eine echte Abgrenzung der Strukturen von Gesamtschule und Erweiterter Realschule praktisch gar nicht mehr richtig definieren können. Es gibt Erweiterte Realschulen, die sind integrativer als manche Gesamtschule. Es gibt Erweiterte Realschulen, die arbeiten in Kursen. Es gibt Gesamtschulen, die sind stärker differenziert als Erweiterte Realschulen. Von daher steht unser Angebot. Lassen sie uns darüber nachdenken, wie wir diese beiden Schulformen tatsächlich in eine einzige Schulform überführen können und zu einer echten Zweigliedrigkeit kommen.

Eines sage ich dazu allerdings für die CDU-Fraktion ganz bewusst. Dabei steht für uns das Gymnasium nicht zur Debatte. Das ist für uns Kernposition und davon werden wir auch nicht abrücken. Dazu gehört für uns auch, dass dieses Gymnasium weiterhin rechtlich so verankert ist, dass es ohne verfassungsändernde Mehrheit nicht abgeschafft werden kann. Das Angebot an die Opposition, mit uns darüber zu reden, gilt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Zurufe von der SPD.)

Natürlich ist das ein Angebot an die Opposition, über eine solche Verfassungsänderung zu reden. Sie können es ja annehmen oder ablehnen. Es ist ein Angebot! Ich könnte Ihnen jetzt vorlesen, was dazu in der Vergangenheit im SPD-Wahlprogramm gestanden hat. So weit ist diese Zweigliedrigkeit von dem, was der Kollege Braun und der Kollege Maas uns hier öfters angeboten haben, gar nicht entfernt. Lassen Sie uns darüber reden und schauen, ob wir in dieser Frage zu einem Konsens kommen.

Meine Damen und Herren, wir haben auch in der Vergangenheit wirtschaftspolitische Akzente gesetzt. Was Herr Professor Bierbaum hierzu gesagt hat, stimmt so nicht. Wir werden auf diesem Weg weiter fortfahren. Wir werden unsere Clusterpolitik fortsetzen. Wir werden sie um einen weiteren Bereich erneuerbare Energien ergänzen. Es ist doch nicht so, dass wir die Betriebe in der klassischen Industrie hier im Land allein gelassen hätten. Wir haben doch die Bürgschaftsrahmen ausgeweitet, wir haben doch ein Landeskonzunkturprogramm gemacht. Es gibt doch personelle Unterstützung. Jeder Betrieb, der in Not ist, kann sich an die Landesregierung wenden. Natürlich haben wir einen Rahmen und die entsprechenden Hilfsprogramme für diese Unternehmen. Wir stehen für jeden Arbeitsplatz und wir werden auch in Zukunft für jeden Arbeitsplatz kämpfen. Und

(Abg. Schmitt (CDU))

dabei spielt für uns die klassische Industrie eine Rolle, es spielen aber auch die neuen Technologien eine Rolle. Wir haben hier einen erfolgversprechenden Weg eingeschlagen. Im Koalitionsvertrag haben wir Gemeinsamkeiten mit unseren Partnern gefunden, wie wir auf diesem Weg weiter voranschreiten können. Ich glaube, wenn wir umsetzen, was in diesem Vertrag enthalten ist, können wir mit frohem Mut Politik für dieses Land machen. - Vielen Dank!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat der Minister für Bildung, Klaus Kessler.

Minister Kessler:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich außerordentlich, dass das Thema Bildungspolitik heute insofern auf eine große Gemeinsamkeit aller Fraktionen gestoßen ist, dass die Teile, die im Koalitionsvertrag hier heute zur Bildungspolitik vorgestellt worden sind, im Wesentlichen zu keinen großen Auseinandersetzungen geführt haben. Ganz offensichtlich - das leite ich daraus ab - treffen wesentliche Teile und Vorhaben der Bildungspolitik dieser Landesregierung auch auf Zustimmung der Oppositionsparteien. Zumindest entnehme ich das der heutigen Debatte. Eine fundierte inhaltliche Kritik habe ich dazu jedenfalls nicht vernommen.

Insofern gehe ich davon aus, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele zukünftig unsere gemeinsamen Ziele sein werden, die da lauten: Erstens, wir wollen mehr Bildungsgerechtigkeit. Das heißt mehr Bildung für alle durch eine Entkopplung der Bildungschancen von der sozialen Herkunft. Alle Menschen in diesem Land sollen ihre Bildungspotenziale entfalten können. Wir wollen zweitens mehr Förderung und bessere Lernbedingungen zur bestmöglichen Qualifizierung junger Menschen. Dies soll durch längeres Lernen erreicht werden. Und wenn ich sage längeres Lernen, dann bedeutet das nicht nur ein längeres gemeinsames Lernen in der Schule, sondern längeres Lernen und längeres gemeinsames Lernen umfasst natürlich auch den Bereich vor der Schule. Insofern richten wir unseren Blick in dem Zusammenhang auch auf das schulvorbereitende letzte Kindergartenjahr.

Dazu gehört zweitens die Ausweitung der Grundschulzeit um ein Jahr bis zum fünften Schuljahr. Das ist immerhin mehr als bis zum vierten Schuljahr. Das längere gemeinsame Lernen umfasst auch den Bereich der weiterführenden Schulen, weil wir hier die Differenzierung öffnen wollen und den Umfang der Differenzierung der Schulkonferenz überlassen wollen. Hier sind die Eltern beteiligt, und an dieser Stelle stärken wir auch das Elternwahlrecht im Zusammenhang mit der Schulstruktur. Wir wollen drittens

eine Reform des Bildungssystems unter Berücksichtigung der Faktoren demografische Entwicklung, Erhaltung eines wohnortnahen qualifizierten Bildungsangebotes mit allen Abschlüssen und darüber hinaus eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weil dies in Zukunft noch wichtiger wird. Aus diesem Grund werden wir zusätzlich zu den Betreuungsangeboten auch weitere gebundene Ganztagschulen einrichten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Und wenn Sie mich jetzt fragen: Wie geht das? - Das geht zuerst einmal durch eine bessere Bildungsfinanzierung.

Wir wollen - erstens - die demografische Rendite, also die Stellen, die durch zurückgehende Schülerzahlen frei werden und zur Verfügung stehen, nicht aus dem System herausholen, wie das in der Vergangenheit des Öfteren der Fall war. Die Stellen bleiben vielmehr im Schulsystem - zur Verbesserung der Qualität.

Wir wollen - zweitens - eine schrittweise Erhöhung der Bildungsausgaben auf einen Anteil am Gesamthaushalt von bis zu 30 Prozent. Das gab es noch nie in diesem Land!

Drittens wollen wir - und das ist eine logische Folge dieser Argumentation - keine Beteiligung des Bildungsressorts an generellen Sparquoten, zu denen es eventuell im Zuge der Umsetzung der Schuldenbremse kommt.

Meine Damen und Herren, denken wir einmal zurück, beispielsweise an die Neunzigerjahre, an die Zeit vor 1999. Damals sah das noch ganz anders aus. Damals gab es die linearen Sparquoten über alle Ressorts. Damals gab es Stelleneinsparungen, zum Beispiel die Einsparung von bis zu 1.000 Lehrern. Mit uns wird es das in Zukunft nicht geben. Wir investieren in die Bildung - in die Bildung als einem zukunftssträchtigen Bereich dieses Landes, in die Bildung als Zukunftsbereich der Kinder in diesem Land. Das ist uns einfach wichtig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir werden auch in diesem Lande den Rechtsanspruch auf eine Betreuung der Unter-Dreijährigen ab dem ersten Lebensjahr, wie er von der Bundesregierung zur Einführung bis zum Jahr 2013 vorgegeben ist, umsetzen. Denn die Familien brauchen das. Die Eltern in diesem Land müssen die Sicherheit haben, dass sie, wenn sie berufstätig sein wollen, auch einen Betreuungsplatz in diesem Lande bekommen. Dies werden wir so umsetzen.

Wir werden des Weiteren im Bereich der Erzieherinnenausbildung das Niveau insofern anheben, als wir die Erzieherinnenausbildung auf Fachhochschulniveau anbieten, dies in einem Stufenplan. Denn wir

(Minister Kessler)

wissen, dass der Schatz der frühen Kindheit gehoben werden muss. Was wir in der frühkindlichen Bildung leisten können, was wir auch durch eine gute Erzieherinnenausbildung qualitativ noch verbessern können, das ist uns sehr viel wert. Investieren wir an dieser Stelle nicht, müssen wir später alles teuer reparieren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich kündigte bereits an, dass wir unter dem Stichwort „längeres gemeinsames Lernen“ die Verlängerung der Grundschulzeit wollen. Das ist ja nichts Neues in der Republik. Es gibt ja Länder, die eine Verlängerung der Grundschulzeit haben. Man geht dort nicht nur bis zum fünften Schuljahr, sondern bis zum sechsten Schuljahr. Beispielsweise ist das Vorhaben in Hamburg so. Es gibt das in Berlin so, wo übrigens ja die Linkspartei auch mitregiert.

(Zurufe von Abgeordneten der Oppositionsfractionen.)

Dies sage ich auch mit Blick auf die Frage nach einem möglichen Wechsel, mit Blick auf die Problematik, wo die Kinder hingehen können, wenn man in ein anderes Bundesland wechselt. Die Lösung dieses Problems hat man ja auch in Berlin vorgenommen. Das gibt es in Brandenburg und so weiter.

Wir wollen eine individuelle Förderung der Kinder im vierten und fünften Schuljahr erreichen, indem wir auch ein differenziertes Förderinstrument anbieten. Denn entscheidend ist - auch bei allen, die jetzt schon gegen dieses fünfte Schuljahr Opposition machen: Wie ist die Ausgestaltung dieses fünften Schuljahres? Wie ist in diesem fünften Schuljahr die Vorbereitung auf die beiden weiterführenden Schulen?

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Und übrigens: Oskar Lafontaine hat ja den europäischen Standard angesprochen, den wir hierzulande beim Umbau unseres Schulsystems auch berücksichtigen sollten. Ein längeres gemeinsames Lernen, auch bis zum fünften Schuljahr, nähert sich natürlich dem europäischen Standard an! Blijben wir beim vierten Schuljahr -

(Abg. Linsler (LINKE): Wir waren ja mit sechs Jahren einverstanden! Und jetzt sind es nur noch fünf Jahre!)

und dort müssten wir ja wohl bleiben, wenn Sie einer Verfassungsänderung nicht zustimmten -, so würden wir uns diesem europäischen Standard nicht nähern können. Uns nun zu unterstellen, wir wollten eigentlich eine Verfassungsänderung gar nicht, ist im Grunde eine Unverschämtheit! Das ist eine Unverschämtheit, denn - -

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Zurufe von den Oppositionsfractionen.)

Denn ob eine Verfassungsänderung an dieser Stelle überhaupt zustande kommt, das liegt ja nicht an den Koalitionsfractionen, an den Fractionen, die die Landesregierung tragen! Das liegt ja an Ihnen, Herr Maas und an Ihrer Fraction, und es liegt an Ihnen, Herr Lafontaine und an Ihrer Fraction. Wir brauchen ja Ihre Zustimmung für diese weitgehende Schulreform.

(Abg. Linsler (LINKE): Und Sie müssen auf sechs Jahre gehen, Herr Minister!)

Ich entnehme aber Ihren Redebeiträgen, dass Sie gesprächsbereit sind. Wir werden uns zusammensetzen und über alles reden. Wir werden auch alle Bedenkenträger einbeziehen. Irgendwann aber, meine Damen und Herren von der Opposition, kommt auch für Sie der Lackmустest: Was wollen Sie? Wollen Sie in diesem Lande Fundamentalopposition betreiben? Oder wollen Sie auch einen Beitrag leisten, damit wir mit der Bildungsreform einen bedeutenden Schritt vorankommen - für unsere Kinder und für die Zukunft des Landes?

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich weise des Weiteren darauf hin, dass wir im Zusammenhang mit der notwendigen Schulreform in diesem Lande ein neues Schulmodell im Bereich der weiterführenden Schulen einführen wollen. Auf der einen Seite werden wir dann das Gymnasium haben, das mit dem sechsten Schuljahr beginnen wird. Auf der anderen Seite werden wir die Gemeinschaftsschule haben. Auch diese ist keine Neuerfindung von uns! Die Gemeinschaftsschule gibt es, inklusive der Begrifflichkeit, bereits in Schleswig-Holstein und in Berlin - wo ja die Linkspartei mitregiert -, und es wird sie demnächst auch unter der Großen Koalition in Thüringen geben. Die Gemeinschaftsschule steht aber ja auch vom Namen her im Wahlprogramm der Linkspartei!

(Zurufe von der LINKEN: Ja, aber was genau?!)

Ich erwarte daher, dass Sie sich unser Modell genau anschauen und dass Sie dann prüfen, was davon Ihren Vorstellungen entspricht. Ich lade Sie ein, mit uns gemeinsam eine fortschrittliche Schulreform, die allen in diesem Lande zugutekommt, zu machen.

(Beifall bei der CDU und von B 90/GRÜNE.)

Wir werden auch die Lehrerausbildung reformieren. Es ist bereits gesagt worden, dass wir umstellen von der schulfrembezogenen Lehrerausbildung auf eine Stufenlehrausbildung. Wir werden das Lehramt für die Primarstufe und die Sekundarstufe I, das Lehramt für die Sekundarstufe I und das Lehramt für die Sekundarstufen I und II einführen. Das macht Sinn vor dem Hintergrund der Schulreform in diesem Land. Das macht aber auch Sinn, um Lehrpersonal, je nach Stufenausbildung, flexibler an unterschiedlichen Schulformen einsetzen zu können. Auch dies

(Minister Kessler)

ist ein großer Fortschritt, den wir in diesem Lande beanspruchen. Ich lade Sie ein, sich auch an dieser Diskussion zu beteiligen.

Wir werden auch mit Blick auf Schulstrukturreformen und parallel dazu die Lehrerfortbildung reformieren, denn ich weiß ja, dass Schulstrukturreformen allein noch keine Verbesserung in diesem Land bringen werden. Wir werden einschlägige Programme anbieten, damit die Lehrer auch zurechtkommen mit der Reform, damit sie wissen, was es bedeutet, individuelle Förderung in den Schulklassen zu betreiben.

Im Übrigen werden wir auch die Klassen im Rahmen eines Stufenplanes verkleinern. Die „Kleinere-Klassen-Garantie“, die die Vorgängerregierung eingeführt hat,

(Zuruf von der LINKEN: Und leider nicht umgesetzt hat!)

besteht fort. Wir werden künftig in diesem Land auch kleinere Schulklassen haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich sagte es bereits: Ich halte nichts von ideologischen Auseinandersetzungen um „Zwangsganztagsschulen“ oder Ähnliches. Wir werden, weil wir das Wahlrecht hochhalten, den Eltern ein echtes Wahlangebot unterbreiten, das Angebot zur Wahl zwischen verschiedenen Schulformen und zur Wahl zwischen verschiedenen Betreuungsangeboten.

Zu diesen Betreuungsangeboten zählt: Wir werden - erstens - die freiwillige Ganztagschule fortführen. Wir werden - zweitens - auch das Angebot an Ganztagsklassen aufrechterhalten. Wir werden aber drittens - und damit wird ein komplettes Wahlangebot bestehen - den Eltern auch die Möglichkeit bieten, gebundene Ganztagschulen, die wir einrichten werden, auszuwählen. Das ist auch eine Frage der Schulträgerschaft; die müssen Anträge stellen. Diese Anträge werden wir prüfen und entsprechend den Prüfergebnissen auch genehmigen. Ich lade Sie herzlich ein, uns an dieser Stelle zu unterstützen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein Punkt ist heute noch nicht genannt worden: Die Lehrerschaft sieht sich einer zunehmend schweren Aufgabe gegenüber, bedingt durch gesellschaftliche Veränderungen, durch das Aufbrechen und die Veränderungen der Familienstrukturen. Wir müssen in den Schulen, neben dem Vorhalten eines vernünftigen Unterrichtsangebots, neben der Gewährleistung einer guten Personalausstattung, neben einer Verbesserung der Qualität, auch die schulischen Unterstützungssysteme verbessern. Daher werden wir das, was die Vorgängerregierung - das sage ich ganz bewusst - erfolgreich eingeführt hat, flächendeckend ausbauen: die Schulsozialarbeit. Unser Ziel ist es, an jeder mittelgroßen Schule mindestens

einen Sozialarbeiter auf einer festen Stelle zu haben. Wenn das kein Angebot an die Opposition ist, dann weiß ich es auch nicht mehr! Immerhin habe ich auch diesen Aspekt in Ihren Wahlprogrammen gelesen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich komme zum Schluss. Unser Ansatz geht dahin, im Bildungssystem mehr Gerechtigkeit herzustellen. Unser Ansatz geht dahin, mehr Chancengleichheit herzustellen. Unser Ansatz geht dahin, mehr Bildung für alle zu verwirklichen. Damit im Zusammenhang steht natürlich auch unser Vorhaben, unser Grundsatz: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Und deshalb haben wir es nach langem Ringen um einen Kompromiss in der Koalition erreicht, dass die Studiengebühren für das Erststudium abgeschafft werden. Dies ist ein großer Erfolg und folgt dem Satz, der nach wie vor richtig ist: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

An die Oppositionsfractionen richte ich am Schluss den Appell: Gehen Sie mit uns gemeinsam den Weg, das Bildungssystem und die Schulformen in diesem Land zu stärken und zu verbessern. Machen Sie bitte an dieser Stelle - das hat die Bildung nicht verdient - keine Fundamentalopposition, machen Sie keine Blockade. Ich kenne alle ihre Wahlprogramme. Zu 70 Prozent steht das in Ihren Wahlprogrammen drin, was wir jetzt umsetzen werden.

(Mehrere Zurufe von der LINKEN.)

Wenn Sie uns dabei nicht begleiten, machen wir es ohne Sie. Dann müssen Sie sich gegenüber den Menschen draußen rechtfertigen,

(Weitere Zurufe von der LINKEN)

warum Sie nicht gemeinsam mit uns den richtigen Weg für eine bessere Bildungspolitik in diesem Lande gehen wollen.

(Abg. Linsler (LINKE): Herr Minister! Verfassungsrang für das Gymnasium ist mit uns nicht drin!

Wir gehen ihn gemeinsam in der Koalition. Ich lade Sie nochmals herzlich zu einem Dialog ein. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Ulrich Commerçon von der SPD-Fraktion.

Abg. Commerçon (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Minister! Wir haben heute Morgen in der Regierungserklärung 37-mal - ich habe es kurz überflogen - Worte wie „gemeinsam“, „zusammen“, „solidarisch“, „parteiübergreifend“, „verbindend“

(Abg. Spaniol (LINKE): „Fair“)

gehört. Das ist sehr bezeichnend für Sie. Ihre Worte sind immer sehr wohlfeil, bei den Taten haben wir heute Morgen das Gegenteil erlebt.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen. - Zuruf des Abgeordneten Meiser (CDU).)

Herr Kollege Meiser, Sie rufen dazwischen. Sie haben eben ein Bild verwendet, das aus dem Bereich des Fußballs entlehnt ist, in dem Sie sich wirklich auskennen. Ich gebe zu, ich kenne mich da nicht so sehr aus, aber eines zumindest weiß ich - -

(Abg. Maas (SPD): Es stimmt nicht, dass er sich da auskennt.)

Ich kann es nicht beurteilen. - Eines zumindest weiß ich: Man kann nicht die ganze erste Halbzeit foulen, dann aus der Kabine kommen und sagen: „Jetzt wollen wir aber alle fair zueinander sein.“ Herr Kollege Meiser: So geht es nicht!

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Herr Minister Kessler! Bei Regierungserklärungen ist ja oft gar nicht so entscheidend, was drin steht, sondern viel entscheidender ist das, was nicht drin steht. Ich habe im bildungspolitischen Teil, muss ich sagen, viele lobenswerte Absichtserklärungen gesehen. Aber ich sage Ihnen: Ich weiß - insbesondere angesichts dieses Ministerpräsidenten und dieses Finanzministers, mit denen ich zehn Jahre in diesem Hause Erfahrungen gemacht habe -, wie geduldig Papier ist und wie hart die Realität ist, wenn dann der Haushalt zur Verabschiedung kommt. Eigentlich müssten gerade Sie das vom Bildungshaushalt auch wissen, weil Sie die Erfahrung auch in den vergangenen Jahren gemacht haben. Ich sage Ihnen - wir haben das eben noch mal abgestimmt -: Selbstverständlich werden wir unsere Positionen jeweils sehr eng auch mit der GEW abstimmen. Ich merke nur, auch dort gibt es erst mal größte Zögerlichkeit. Wir warten erst mal ab, was wirklich am Schluss von den ganzen Worten in die Realität umgesetzt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Ich will jetzt angesichts der Kürze der Zeit nur noch zwei Themen herausgreifen, das eine ist das Thema Hochschulen, für das Sie ja nicht zuständig sind, das haben Sie ja abgegeben.

(Abg. Linsler (LINKE): Schulminister! - Widerspruch von der CDU.)

Gut, Sie haben es nicht abgegeben. Es war schon vorher beim Wirtschaftsministerium. Aber Sie haben es nicht in Ihrem Ressort,

(Abg. Linsler (LINKE): Schulminister! - Weitere Zurufe. - Lautes Sprechen)

sind vielleicht ganz froh, dass Sie es nicht haben, denn sonst hätten Sie gestern zu der Bildungsdemonstration gehen müssen. Es war übrigens erstaunlich: Von den Grünen war niemand da! Bei den letzten Bildungsdemonstrationen sind die Grünen immer in der ersten Reihe marschiert.

(Lautes Sprechen.)

Ich kann Ihnen auch sagen warum - damit das noch mal klargestellt wird. In diesem Land werden leider, obwohl es dafür eine theoretische parlamentarische Mehrheit gibt, Studiengebühren eben nicht abgeschafft! Es wird weiter Studiengebühren geben. Ich habe heute Morgen gesehen, der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN-Fraktion hat sogar geklatscht, als der Ministerpräsident gesagt hat: Für Konsektivstudiengänge wird es weiter Studiengebühren geben. Von daher können Sie sicher sein: Für Zweitstudien und Langzeitstudenten wird es weiter Studiengebühren geben. An dieser Stelle haben Sie Ihr Wort gebrochen, Herr Kollege Ulrich, und Sie müssen schon mal sehen, wo Sie die 500 Euro jeden Monat hernehmen, die Sie und Ihre ganze Fraktion dem AStA versprochen haben.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Da kommt der wirkliche Lackmus-Test. Ich weiß, Sie haben auch auf Ihrem Parteitag von dem Lackmus-Test gesprochen, den die Sozialdemokraten bestehen müssten. Für die, die das nicht wissen, will ich es erklären: Beim Lackmus-Test ist es so, dass das Papier anschließend rot ist. Wir brauchen die Farbe nicht zu wechseln, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das haben wir überhaupt nicht nötig! Wir waren vor dieser Wahl rot und wir waren nach dieser Wahl rot. Manche haben die Farbe gewechselt, die waren vorher grün, sind reif geworden und kommen jetzt zu den Roten. Auch das hat was mit Ihrer Politik zu tun. Insofern müssen Sie den Lackmus-Test erstmal bestehen, Herr Kollege Ulrich!

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Wir werden eine Abstimmung in diesem Hause darüber herbeiführen, ob Studiengebühren konsequent abgeschafft werden, so wie Sie das vor der Wahl versprochen haben, oder nicht. Dann müssen Sie sagen: „ja oder nein“, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

(Abg. Commerçon (SPD))

Noch ein Wort zur Hochschulpolitik. Auch das ist ja erstaunlich: Da demonstrieren gestern Tausende von Studierenden auf den Straßen und reden über die unzumutbare Umsetzung der Einführung

(Lautes Sprechen)

von Bachelor- und Masterstudiengängen.

(Zurufe von der CDU.)

Auch hier draußen. - Auch dazu in dieser Regierungserklärung kein einziges Wort. Auf der einen Seite wird gesagt: Bildung ist das Megathema. Auf der anderen Seite sagt niemand etwas zu der teilweise katastrophalen Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland. Auch das ist bezeichnend, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch der Wissenschaftsminister hat dazu geschwiegen.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen. - Minister Dr. Hartmann: Ich habe zu wichtigen Dingen bereits Stellung genommen. - Zuruf des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Sie können sich ja gern noch mal melden, Herr Minister, Sie können ja immer anschließend noch was sagen.

(Das Rednerpult fährt in die Höhe.)

Es ist mittlerweile sehr unangenehm hier, wenn der Tisch immer weiter hochfährt. Aber das sind vielleicht so die Tricks.

(Heiterkeit und Lachen. - Lautes Sprechen.)

Ich möchte darum bitten, meine Redezeit zu stoppen. Irgendwann ist das Ding ganz oben an der Decke.

(Zuruf: Sonst geht es immer nur abwärts - Mehrere Zurufe von der CDU. - Vizepräsidentin Ries: Man kann das Pult von hier oben aus gar nicht steuern.)

Von hier aus kann man es auch nicht steuern. Das ist lustig. Es geht aber auch so. Machen wir einfach weiter.

Herr Minister Kessler! Sie haben das Thema Verfassungsänderung angesprochen. Der Kollege Maas hat heute schon einiges zu dem Thema gesagt.

(Ein Saaldiener fährt das Rednerpult auf die geeignete Höhe herunter.)

Jetzt geht's.

(Oh!-Rufe und vereinzelter Beifall.)

Die Streichung der Verfassungsgarantie, so wie sie in Ihrem Koalitionsvertrag steht, hat den ein oder anderen Pferdefuß. Über die werden wir noch reden müssen. Das Dialogangebot kam im Übrigen heute Morgen erst vom Kollegen Maas, Herr Minister Kessler. Für uns ist eines völlig klar: Im Mittelpunkt steht

bei uns nicht die Frage der Schulform, sondern das Wohlergehen der Schülerinnen und Schüler in diesem Lande. Das muss oberste Priorität an dieser Stelle haben!

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Deswegen sage ich Ihnen: Es gibt keinen Automatismus, es kann auch keinen geben. Ob wir einer Verfassungsänderung zustimmen oder nicht, können wir heute nicht sagen. Sie haben noch keine vorgelegt, wir wissen bis heute nicht, wie sie aussehen soll. Deswegen kann ich Ihnen nicht sagen, ob wir dem zustimmen werden.

Ich sage Ihnen auch noch etwas anderes.

Vizepräsidentin Ries:

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Commerçon (SPD):

Eine halbe Minute müsste meine Redezeit verlängert werden, weil es hier zwischendurch hoch und runter ging.

(Zuruf des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Ja, es geht auch wieder hoch. - Ich sage Ihnen an dieser Stelle nur so viel: Wir wollen keine weitere unnötige Unruhe. Was Sie machen mit dem jetzigen Vorschlag, ist eine Erweiterung der Grundschule auf das 5. Schuljahr. Das heißt auch - das muss man auch mal deutlich sagen -: Es wird an den Gymnasien von G 9 über G 8 nach G 7 gehen.

(Abg. Schmitt (CDU): Nein, nein, so nicht.)

Wir wollen sehr genau hinterfragen, was das im Einzelfall bedeutet. Es gibt diesen Automatismus nicht. Wir haben aber bestimmte Bedingungen. Sie wissen: Ein 5. Grundschuljahr gibt es in keinem anderen Bundesland. Ein 5. Grundschuljahr ist eben genau nicht kompatibel mit den anderen Bundesländern. Wir haben immer gesagt, wir wollen längeres gemeinsames Lernen. Meines Wissens waren Sie immer dafür, das müsse mindestens bis zum 9. Schuljahr gehen. Darüber können wir gerne reden, das wäre ein wirklicher Fortschritt. Darüber reden wir gerne mal.

(Zuruf des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Ich sage Ihnen aber auch noch was anderes: Es wird Bedingungen geben. Eine Bedingung wird sein: Wir wollen zuerst eine klare - -

Vizepräsidentin Ries:

Herr Abgeordneter! Wir haben Ihnen schon eine Minute mehr gegeben.

(Oh! von der CDU. - Heiterkeit.)

Abg. Commerçon (SPD):

Es muss zuerst eine klare Vorlage der Schulentwicklungsplanung geben. Wir wollen zuerst mal konkret die Ausgestaltung sehen. Am Schluss, wenn Sie uns von all dem im Detail überzeugt haben, kann eine Verfassungsänderung stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Sprechen.)

Ich sage das ganz eindeutig: Die Verfassungsänderung ist nicht der Anfang, sondern - wenn überhaupt - der Schluss. Darüber werden wir noch munter zu diskutieren haben in diesem Hause. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Roland Theis von der CDU-Fraktion.

(Zurufe, Sprechen und Unruhe. - Zuruf von der SPD: Achtung, das Rednerpult! - Abg. Theis (CDU) justiert die Höhe des Rednerpultes.)

Abg. Theis (CDU):

Es geht immer noch ein bisschen tiefer, haben wir heute gelernt. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das passt sehr gut, wenn Herr Commerçon vor einem spricht.

(Lachen und Zurufe.)

Ich bin sehr froh - -

(Fortdauernde Zurufe und Heiterkeit bei der SPD.)

Der Punkt, an dem Sie lachen können, kommt gleich, Herr Commerçon. Ich lese Ihnen gleich was vor. Der Punkt, an dem Sie lachen können, kommt also noch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin froh darüber, dass wir heute eine Debatte erleben konnten, die zeigt, dass Parlamentarismus von Unterschieden lebt. Und viele von uns sind ja Juristen und haben im Staatsrecht gelernt, dass dies heißt, dass die Unterschiede politisch deutlich werden müssen. Ich hätte nicht gedacht, dass in meiner ersten Parlamentssitzung die Unterschiede vor allem im Niveau so deutlich werden, Herr Commerçon. Da haben Sie gerade wieder den Boden durchgeschlagen.

(Lachen bei der SPD.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht noch ein Hinweis zu dem, was Sie vorhin gemacht haben. Es stimmt ja, Herr Linsler hat das beim Thema Bergbau live erlebt. Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Es ist aber auch so, wer zuhört, ist klar im Vorteil. Und der Herr Wissenschaftsminister - Herr Commerçon, das ist übrigens Herr Dr. Hartmann, hier links von mir,

der zuständige Minister - hat soeben das Thema Diskussion und Einbindung, Partizipation der Studierenden sehr wohl genannt. Er hat davon gesprochen, dass er Sie eingeladen hat. Ich war gestern auch bei der Demonstration. Da waren nicht 1.000 Leute, da waren vielleicht 250 Leute. Wir haben mit den Leuten gesprochen, sehr geehrter Herr Commerçon. Wer lesen kann, ist, wie gesagt, klar im Vorteil. Das bezieht sich nicht nur auf Verträge, das bezieht sich auch auf Koalitionsverträge. Ich habe auf meinem Platz noch ein lupenreines Exemplar des Koalitionsvertrages liegen. Das kriegen Sie gleich von mir. Da steht auf Seite 19 im bullet point 4 „Wir werden den aktuellen Stand der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen auch im Hinblick auf die Mobilität von Studierenden weiterhin überprüfen.“ Sehr geehrter Herr Commerçon, das steht da drin, und das werden wir auch tun, ob Sie uns dazu auffordern oder nicht. Das ist wichtig für uns, weil es wichtig für die Studierenden in diesem Land ist.

(Beifall von der CDU.)

Ich glaube, heute ist eines deutlich geworden. Es ist deutlich geworden, dass es in diesem Haus wirklich große Unterschiede gibt, vor allen Dingen im Stil. Der Stil von Jamaika sagt: Lasst uns gemeinsam an die Probleme dieses Landes gehen; lasst uns gemeinsam in den Wettbewerb der Ideen eintreten und uns vor allen Dingen auch mal die Denkschablonen der Siebziger- und Achtzigerjahre beiseite lassen und überlegen, wie wir gemeinsam die Probleme lösen. Gemeinsamer Wettbewerb - nicht um die dreistesten Zwischenrufe und nicht um die dreistesten Beleidigungen hier im Parlament, sondern um die besten Ideen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

Ich weiß, das passt nicht in die Vorstellungswelt von ewigen Jusos. Aber das unterscheidet uns eben, das unterscheidet Jamaika von der Opposition in diesem Haus. Denn es steht für Offenheit, es steht für Toleranz und es steht auch für die Bereitschaft, auf Argumente Anderer zuzugehen und diese auch zuzulassen.

Und vielleicht fragen Sie sich mal, ob nicht „irgendwer“ daran Schuld ist, dass es hier zu Jamaika kam, sondern dass es vielleicht auch der andere Stil war, die Bereitschaft, Kompromisse miteinander zu machen, die über 130 grüne Delegierte auf dem Landesparteitag überzeugt hat, und nicht irgendeine Weltverschwörung, die Sie heute hier versucht haben - -

(Zurufe, Widerspruch und Unruhe bei der Opposition. - Beifall bei CDU und B 90/GRÜNE.)

(Abg. Theis (CDU))

Ich glaube, ein Weiteres ist heute auch deutlich geworden - Herr Maas hat uns ja leider schon verlassen - und auch dazu noch ein Wort. Ich kann ja verstehen, dass die Enttäuschung verdammt groß ist. Der ein oder andere, das hat man ja in den Zeitungen gelesen, hat sich schon Anzüge in gedeckteren Farben gekauft, weil er dachte, als Ministerpräsident müsse man das tun. Und ich kann verstehen, dass Herr Maas deshalb eine gewisse Frustration mit sich herumschleppt. Ich bitte Sie nur, in Ihrem und in unserem Sinn: Zeigen Sie es nicht so deutlich. Ich bin gerne bereit, wenn ich ein wenig abnehme, dem Herrn Maas den ein oder anderen gedeckteren Anzug abzukaufen. Ich mag schwarze Anzüge, ich helfe Ihnen dabei, vielleicht wird das die Frustration ein wenig in Grenzen halten.

Liebe Freundinnen und Freunde, wichtig ist aber auch, heute hier zu sagen, dass das, was Sie an diesem Koalitionsvertrag kritisieren, dass das, was Sie an Neuerungen kritisieren, in der Kontinuität der Erfolge der vergangenen Jahre steht. Wir fangen bei diesen Megathemen heute nicht bei null an. Und auch hier kann man ja mal die Unterschiede festmachen zwischen dem, wofür Jamaika steht, dem, wo Jamaika heute anfängt, und dem, was die Bilanz der alten SPD ist. Sie ist ja hier gemütlich vereint in den beiden Fraktionen von LINKEN und SPD. Das ist ja die alte SPD, die seit 1999 dieses Land Gott sei Dank nicht mehr regiert.

(Zurufe und Sprechen bei SPD und der LINKEN.)

Und ja, Herr Commerçon, Sie dürfen auch mir zuhören, ja, Frau Spaniol, Sie dürfen mir auch zuhören: In den letzten Jahren der Regierungsbeteiligung der SPD, in der Ihr neuer Mann ja bereits Minister war, kann man heute schon mal die Vergleiche ziehen. Die Vergleiche zwischen dem, wo Jamaika startet, und dem, auf welchem Stand die alte SPD dieses Land zurückgelassen hat. Und zwar in den Zukunftsthemen, die wir heute in diesem Koalitionsvertrag entscheiden. In der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in den Chancen junger Menschen in Bildung und Ausbildung und auch in den Arbeitsmarktchancen älterer Menschen. Ich finde, es ist wichtig, dass wir auch darüber sprechen, auch wenn ich jedenfalls noch nicht in dieser Altersklasse bin.

Wo standen wir denn bei den Betreuungsplätzen unter drei Jahren am Ende Ihrer gemeinsamen Regierungszeit der vereinigten Linken in diesem Land? Bilanz SPD alt, Betreuungsplätze unter drei Jahren: 621. Startposition von Jamaika heute: über 3.000. Wo standen wir denn bei den Chancen junger Menschen in Bildung und Ausbildung, was die Schulen angeht? Bilanz SPD alt 1999 über 1.000 Lehrer abgebaut; Startposition Jamaika: 209 neue Lehrerstellen geschaffen. Wo standen wir denn bei den Ausbildungschancen junger Menschen? Bilanz SPD alt 1999: 615 unversorgte Bewerber, Startposition Ja-

maika: 300 mehr Stellen als Bewerber. Und wo standen wir denn bei den Arbeitsmarktchancen älterer Menschen: Bilanz SPD alt: 612.400 Arbeitslose über 55 Jahren; Startposition Jamaika: 4.500.

Unsere Schwerpunkte, meine sehr verehrten Damen und Herren, die wir in diesem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, die stehen in der Kontinuität der Erfolge der vergangenen zehn Jahre. Das ist die Startposition von Jamaika. Ich glaube, das hat die Regierungserklärung gezeigt, und das werden die kommenden fünf Jahre zeigen. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort in der Aussprache hat nun Horst Hirschberger, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion.

Abg. Hirschberger (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Professor Bierbaum, Sie hatten die Frage gestellt nach einem Konzept der Insolvenzvermeidung. Ich habe mich jetzt sofort schlaugemacht, weil mich das interessiert hat, was Sie aufgeworfen haben. Ich habe den Wirtschaftsminister gefragt. Der Wirtschaftsminister hat mir berichtet, dass alle Unternehmen, die sich an das Wirtschaftsministerium wenden, individuell beraten werden: Was kann getan werden in ihrer Lage? Insofern setzt diese Regierung in der Tat auf Handeln, auf Beratung, auf Unterstützung und nicht auf den Insolvenzverwalter. Deshalb: Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Lieber Herr Kollege Commerçon, ich möchte Ihnen einmal sagen: So wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. Das ist in der Tat so.

Im Ansatz habe ich Ihren Redebeitrag für vernünftig gehalten, dass Sie gesagt haben - -

(Lachen und Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Nein, nein, ich komme noch zum weiteren Punkt Ihres Redebeitrags. Sie haben gesagt, uns wird immer gesagt, wir werden eingeladen zur Zusammenarbeit, zur Mitarbeit. Ich möchte das gern erneuern. Ich will hier noch einmal ganz klar sagen, und auch Herr Minister Kessler hat das für die Landesregierung erklärt: Wir sind interessiert an einer Zusammenarbeit mit der Opposition. Aber dazu gibt es Mindestanforderungen. Wir wollen auch nicht von Anzügen reden, die zu groß oder zu klein sind. Das sollte nicht der Stil des Umgangs in diesem Parlament zwischen uns sein.

(Beifall.)

Was wir hier brauchen, ist nicht der Streit der Ideologien, sondern der Wettstreit der besseren Ideen. Sie

(Abg. Hirschberger (FDP))

sind dazu eingeladen, bessere Ideen zu liefern, hier Ihren Beitrag zu leisten.

Ich will Ihnen dazu noch etwas sagen. Wenn heute weniger als 50 Prozent der Bevölkerung die Demokratie noch für die geeignete Staatsform hält, dann müssen sich zuerst die Parlamentarier an die eigene Nase fassen. Was haben sie falsch gemacht, dass es so weit kommen konnte? Das ist eine Frage des Stils, wie wir uns im Parlament aufführen. Heute Morgen haben Sie, hat Ihre Partei hier keinen Beitrag geleistet, der beispielhaft ist. Das muss ich Ihnen leider sagen. Das hätte ich mir ganz anders gewünscht. Ich hoffe, dass wir in Zukunft zu einer vernünftigen Zusammenarbeit kommen.

(Sprechen bei der LINKEN.)

Ich will noch kurz etwas zu den Studiengebühren sagen. Sie haben gesagt, die Studiengebühren würden nicht abgeschafft. Faktisch werden sie abgeschafft, wer ein Studium durchführt, zahlt keine Studiengebühren. Es gibt jede Menge Ausnahmetatbestände - Krankheit, Schwangerschaft, Irrtum in der Wahl des Studienganges. All das führt zu Zusatzsemestern, die anerkannt werden und gebührenfrei bleiben. Ich halte es für sinnvoll, dass man irgendwo eine Grenze für Langzeitstudenten zieht.

(Wie lang hat denn der Ministerpräsident studiert?)

Fragen Sie den Ministerpräsidenten, nicht mich, ich bin nicht sein Doktorvater. Diese Frage stellt sich auch so nicht. Die Frage ist, wie schaffen wir es, dass die Leute schneller aus der Universität rauskommen? Sie tun doch keinem Studenten einen Ge-

fallen, wenn Sie ihn länger studieren lassen. Helfen Sie ihm doch, dass er so schnell wie möglich sein Studium abschließt, das wäre schön. Dass wir ein Zweitstudium mit Gebühren belegen wollen, darüber können wir noch mal reden. Das müssen wir dann sehen, wenn wir das hier beraten. Aber ich halte auch das für einen normalen Vorgang. Wenn man sieht, dass junge Handwerksmeister ihre Ausbildung selbst zahlen müssen, ist es schwierig, das Zweitstudium von Gebühren freizustellen. Ich glaube, das ist eine Frage, wie man dem Steuerzahler gegenüber grundsätzlich eingestellt ist.

Herr Lafontaine - er ist leider weg - hat heute Morgen von einem öffentlichen Arbeitsmarkt gesprochen, den er öffnen will. Ja lieber Gott, er hat sich hier aufgeführt als der Bewahrer der Staatsfinanzen. Und dann redet er von einem öffentlichen Arbeitsmarkt. Wie soll er denn finanziert werden? Das kann ich Ihnen sagen, nur über Steuergelder. Ich glaube, da muss man in der Argumentation redlich bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schliesse damit die Aussprache.

Wir sind am Ende der Sitzung angelangt, ich schliesse damit die Sitzung.